

Tagebuch 1948

Kreissekretär der LDP in Potsdam

Freitag, den 2. Januar 1948

10 Uhr Beginn meiner Tätigkeit als Kreissekretär im Nauener Tor. Das Büro ist scheußlich ungemütlich. Die Räume sind feucht, kalt und dunkel. Ich bringe den Kanonenofen in Gang und vertiefe mich in die Akten. 237 Mitglieder müßten wir jetzt haben. Die Beitragseingänge laufen offenbar spärlich. Dem entspricht mein Gehalt: einhundertfünfzig brutto plus fünf- undsiebenzig Aufwand. Am Vormittag schaut Mühlmann herein, um uns beiden gute Zusammenarbeit zu wünschen. Mit dem mag es wohl gehen.

Sonntag, den 4. Januar 1948

Früh auf. Schon um 9 Uhr begann im Klub- und Konferenzhaus der „Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ mit einer Delegierten-tagung. Mich hatte meine Ortsgruppe dorthin entsandt. Die Regularien gingen schnell vonstatten, es war alles schon vorweg vereinbart. Auch die Einführungsansprache von Oberbürgermeister Paul nahm nicht viel Zeit in Anspruch. Dann spult der Potsdamer SED-Chef Meschkat – ein schwammiger Paukertyp – sein Referat ab. Es war so lang und inhaltslos wie sein Titel: „Der Kampf um Einheit und gerechten Frieden nach dem deutschen Volkskongreß in Berlin“. Die gesteuerte Aussprache brachte auch keine Abwechslung. Ich beeilte mich, rechtzeitig nach Hause zu kommen. Die Eltern feiern heute ihren dreißigsten Hochzeitstag. Es gibt ein für teures Geld auf dem Schwarzen Markt erstandenes Festessen: dicke Erbsen mit Sauerkraut und Bockwurst. Darum muß ich auf die Schlußan-sprache leider verzichten.

Freitag, den 9. Januar 1948

Mit der heutigen Post kam die Absage für das Medizinstudium. Das Rektorat der Universität Berlin teilt mir auf einem vorgedruckten Formular folgendes mit: „In Anbetracht der sehr geringen Zahl der für das Wintersemester 1947/48 zuzulassenden Bewerber war es leider nicht möglich, Sie zu berücksichtigen“. Im Auftrage – Unterschrift. Den wirklichen Grund meiner Ablehnung werden sie mir wohl niemals schriftlich geben. Aber ich weiß ihn auch so.

Freitag, den 6. Februar 1948

Heute morgen zum ersten Mal zur Sitzung des Kreissequesterausschusses¹² im Stadthaus. Der Ausschuß besteht aus sieben Mitgliedern. Fünf sind Kommunisten (ein SED-Vertreter, zwei vom FDGB¹³, eine FDJ¹⁴-Vertreterin und Frau D. vom Demokratischen Frauenbund)¹⁵ zwei Nichtkommunisten: Herr Schmidt von der CDU und ich. Die kommunistische Überlegenheit ist also gesichert. Unsere Aufgabe: Anhand einer Liste, die von mir Unbekannten zusammengestellt wurde, über das Schicksal von Möbeln, Grundstücken, Häusern und Betrieben im Stadtkreis Potsdam zu entscheiden. Sie gehören meist entweder nach dem Westen geflüchteten Personen oder solchen Leuten, die wegen ihrer Funktionen in Staat, Partei und Wehrmacht vor 1945 jetzt als politisch belastet gelten. Manche Dinge sind auch einfach herrenlos.

Heute, auf der 32. Sitzung der Kommission, hatten wir ca. 20 Objekte zu klären. Bei den ersten Fällen beschlossen wir einstimmig die Rückgabe von Möbeln. Beim siebenten Fall stimmten erstmals CDU und LDP gegen die fünf Kommunisten. Es handelt sich um die Möbel eines Mannes, der in der Hitlerzeit angeblich politischer Leiter gewesen sein soll. Herbeigerufene Zeugen bestätigen eine politische Aktivität des Beschuldigten nicht. Dennoch entscheidet die Mehrheit für Übereignung des Mobilars. Später stand das Haus eines Generals Goettke in Babelsberg zur Diskussion. G. ist zur Zeit noch in Kriegsgefangenschaft. Er soll aufgefordert werden mitzuteilen, wer hier seine Interessen vertritt. Auch die drei Häuser eines Freiherrn von Wangenheim waren auf der Liste, zwei davon sind durch den Krieg zerstört. W. war ebenfalls General der Wehrmacht. Es soll geprüft werden, ob es sich hier um herrenloses Gut handelt – Vertagung bis März.

Am Schluß noch zwei wohl typische Fälle. Ein Herr P. wird beschuldigt, Blockleiter und Nazi-Aktivist gewesen zu sein. Der erste von uns vernommene Zeuge ist SED-Mitglied, Organisationsleiter. Er sagt aus, P. sei ein gutmütiger und anständiger Mensch gewesen und habe angeblich aus der Partei austreten wollen. Von Aktivismus also keine Spur. Dennoch hatte der Zeuge 1945 die Verhaftung P.s veranlaßt! Warum? Die Frau des Beschuldigten und ihr Rechtsbeistand sagen aus, daß ein Teil der Möbel Frau P. gehört. Nach kurzer Beratung einstimmiger Beschluß: Rückgabe der Möbel, da Aktivität nicht nachgewiesen.

Herr K. hat weniger Glück, offenbar, weil er keinen Zeugen von der SED aufzuweisen hat, der seine Verhaftung veranlaßte. K. war PG seit 1933 und Blockleiter. Er soll einem gewissen Jost mit der Gestapo gedroht haben, als dieser sich weigerte, an den Übungen des Volkssturms teilzunehmen. Die Kommission vernimmt vier Zeugen sowie Herrn K. in eigener Person. Die Zeugen sagen günstig für K. aus. Dann hören wir Herrn Jost. Er kann sich plötzlich nicht mehr genau erinnern. Er weiß nur noch, daß K. „etwas von Gestapo“ gesagt hat. Herrn Schmidt (CDU) und mir

genügen solche „Belastungen“ nicht, wir plädieren für Freigabe der Möbel. Die fünf Kommunisten sind dagegen. Die Möbel werden also Herrn K. endgültig weggenommen.

Sonabend, den 7. Februar 1948

Vormittags Sitzung des Ausschusses für die Märzfeier im Volksbildungsamt. Im Mittelpunkt der Einhundertjahrfeier der 48er-Revolution in Potsdam sollen die Ehrungen für den Potsdamer Bürger und Demokraten Max Dortu stehen. Es heißt, Dortu sei die Seele der revolutionären Aktionen Potsdamer Arbeiter gewesen. 1849 wurde er bei einem Aufstand im Badischen verhaftet und auf Grund eines Standgerichtsurteils erschossen. Die Waisenstraße, in der Dortu 1826 geboren wurde, soll am 17. März seinen Namen erhalten. Auf einer Großkundgebung am 18. März wird eine Gedenktafel für den Potsdamer Revolutionär (wie das klingt!) enthüllt. Dazu kommt eine Ausstellung über die Vorgänge des 48er Jahres in Potsdam. Der Ausschuß beschloß Einzelheiten der Ausschmückung von Stadt und Betrieben. Der am trefflichsten geschmückte Betrieb soll sogar prämiert werden.

„Die Neue Zeitung“ von heute veröffentlicht eine Proklamation General Clays über die Zusammensetzung der Verwaltung der Bizone. Die Befugnisse der deutschen Behörden werden wesentlich gestärkt. Die Amerikaner scheinen keine Hoffnung mehr zu haben, die Einheit Deutschlands mit russischer Zustimmung wiederherstellen zu können.

Sonabend, den 28. Februar 1948

Sitzung des Ausschusses für Jugend- und Nachwuchsfragen bei der Parteileitung in der Berliner Taubenstraße. Jochen P. (Landesjugendreferent) gab unter TOP 2 eine kritische Stellungnahme zur kommunistischen Freien Deutschen Jugend (FDJ). Er berichtet, er sei wegen seines Rundschreibens zu diesem Thema heftig kritisiert worden. P. stellte darum Mißtrauensantrag gegen sich selbst. Diesen Antrag lehnte der Ausschuß einstimmig ab. Den Ausschußmitgliedern wurde mitgeteilt, daß zur Zeit sämtliche telefonischen Gespräche der LDP-Dienststellen abgehört werden.

Dienstag, den 2. März 1948

Auf der heutigen Sitzung der Sequesterkommission wurde gegen die Stimmen von CDU und LDP die Übereignung der Akademischen Verlagsgesellschaft Athenaiion beschlossen. Es geht hierbei um vier bebaute Grundstücke in Potsdam und Babelsberg im Gesamtwert von ca. 250000 Reichsmark. Grund für die Enteignung? Der Inhaber der Verlagsgesellschaft, Dr. Hachfeld, soll nazistische Literatur verlegt haben. Ob das stimmt, wird nicht nachgeprüft. Außerdem sei H. seit 1942 Parteianwärter gewesen.

Noch in zwei weiteren Fällen stimme ich mit dem CDU-Vertreter gegen eine Übereignung, diesmal von Möbeln, weil die politischen Belastungen unklar bzw. nicht nachgeprüft sind.

Auszug aus meinem Monatsbericht¹⁶ an die Kommandantur:

„... Die Versammlungen waren weiterhin relativ schwach besucht. Auch die wöchentlichen Diskussionsabende, die im Februar begannen und nun nur noch alle vier Wochen stattfinden sollen. Die aktiven Parteifreunde sind nach wie vor mit politischer Arbeit in Ausschüssen und Kommissionen überlastet ...“

Freitag, den 12. März 1948

Heute vormittag sechs Stunden Kreissequesterkommission. Es war der Tag der SS. Die Möbel folgender Chargen standen zur Debatte: SS-Rottenführer, SS-Brigadeführer, SS-Hauptscharführer, SS-Arzt. Dazu eine Dame, die angeblich Sekretärin bei Reichsminister Speer gewesen sein soll, ein Oberregierungsrat aus Goebbels' Propagandaministerium, zwei Blockleiter und weitere Parteigenossen. Dreimal stimmte ich allein gegen die Mehrheit der Kommission, siebenmal beschloß die Kommission einstimmig die Rückgabe des Inventars, einmal überstimmten der CDU-Vertreter und ich gemeinsam mit den beiden FDGB-Funktionären die Vertreter von SED, FDJ und DFD. Möglich, daß die Landeskommision diese Entscheidung wieder aufheben wird. Insgesamt wurden 20 Fälle verhandelt. Siebenmal sprach sich die Kommission mehrheitlich oder einstimmig für Übereignung der Möbel aus.

Gestern berichtete die „Welt“, daß sich der amtierende tschechische Außenminister Dr. Jan Masaryk am Mittwoch früh um sechs Uhr aus dem Fenster seiner Wohnung zwei Stockwerke tief in den Hof gestürzt habe und sofort tot gewesen sei. Radio Prag soll von einem „nervösen Zusammenbruch“ gesprochen haben. Der britische Premierminister Attlee meint dagegen, M. habe „das Leben nicht mehr in der erstickenden Atmosphäre eines totalitären Regimes ertragen können“. Das scheint mir glaubhafter.

Aufmacher der „Welt“ aber war ein dreispaltiger Bericht über eine scharfe Kontroverse zwischen Robertson und Sokolowskij am vergangenen Mittwoch im Alliierten Kontrollrat.¹⁷ Anlaß: eine Intervention Sokolowskij wegen der angeblichen Behinderung der Tätigkeit von KPD und SED in den Westzonen. Robertson fuhr eine Retourkutsche und wies auf die Benachteiligung von LDP und CDU in unserer Zone hin. Er kündigte an, er werde in Zukunft jedesmal etwaige neue „Komplimente des sowjetischen Vertreters gegenüber den Briten“ in voller Stärke zurückgeben. Wie lange wird das noch gutgehen?

Sonntag, den 13. März 1948

Die Westpresse meldet heute die Flucht des Potsdamer CDU-Vorsitzenden Egidi nach dem Westen. Er habe am Dienstag mit seiner Familie die

Ostzone verlassen. Egidi war vor einigen Wochen angeblich auf Veranlassung des brandenburgischen Innenministers Bechler verhaftet und nach kurzer Zeit wieder freigelassen worden. Nun habe er mit neuen „Manövern“ gegen sich gerechnet.

Donnerstag, den 18. März 1948

Jetzt geht es Schlag auf Schlag. Die jüngsten Aktionen der Sowjets in Mitteleuropa haben den Westen in Bewegung gebracht. Mit großen Schlagzeilen berichten die Westberliner Blätter heute von drei weitreichenden Entscheidungen: der Unterzeichnung eines westeuropäischen Beistandspaktes in Brüssel, der Forderung Trumans nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in den USA und dem Beschluß der 16 Marshall-Plan-Länder, die drei Westzonen in die Organisation der Europahilfe einzugliedern. In einem Kommentar der „Welt“ zu diesen Ereignissen heißt es: „Kein Zweifel, die Nachrichten aus Washington und Brüssel verraten eine Weltlage ernstester Bedrohung. Man tut gut daran, darüber keine Illusionen zuzulassen“. Nun, wir hier in der Ostzone haben solche gewiß nicht.

Mittwoch, den 24. März 1948

Unsere Partei wird von Sowjets und SED immer mehr gleichgeschaltet, besonders, seit auf Befehl der Besatzungsmacht die „Volkskongreßbewegung“ geboren wurde. Träger dieser Bewegung ist die SED, ihr wahres Ziel ein kommunistisches Deutschland, das später einmal an die Sowjetunion angeschlossen werden soll. Das ist keine Behauptung von mir oder von westlichen Politikern oder Zeitungen. Das entnehme ich Äußerungen kommunistischer Funktionäre und Minister, die in aller Öffentlichkeit gemacht wurden¹⁸.

Die CDU hat aus diesen Tatsachen Konsequenzen ziehen wollen; ihr Vorsitzender Jakob Kaiser distanzierte sich von dieser „Volksbewegung“. Ergebnis: Kaiser wurde von der Besatzungsmacht abgesetzt, eine Säuberung der Vorstände eingeleitet und die so auf Vordermann gebrachte Partei in die Volkskongreßbewegung eingereiht. Unser Vorsitzender Külz dagegen ist sofort zu Kreuze gekrochen – er wagte es nicht, Widerstand zu leisten. Damit entgehen wir zwar für den Augenblick einem ersten Konflikt mit den Russen. Die Masse der Parteifreunde steht jedoch in dieser Frage nicht hinter Külz. K. war bereits auf dem letzten Parteitag harter Kritik ausgesetzt, und er wäre bei den Vorstandswahlen wohl durchgefallen, wenn nicht die Delegierten aus Vernunftgründen und aus Furcht vor sowjetischen Repressalien eingelenkt hätten. Doch nun ist die LDP gespalten. Der Berliner Landesverband hat sich von der Zonen-LDP losgesagt, da er seine betont antikommunistische Haltung nicht mit der Nachgiebigkeit der Zonenleitung vereinbaren kann. War das richtig – oder was soll man tun? Sollen wir uns selbst auflösen? Oder sollen wir noch einmal

ganz offen gegen den kommunistischen Terror auftreten, um dann in Ehren unterzugehen? Natürlich können wir versuchen, uns mit List und Tücke zu behaupten, durch die Klippen hindurchzumanövrieren, bis der rettende Tag gekommen ist. Aber wenn der Tag kommt, an dem das kommunistische Regime hinweggefegt wird, werden auch wir zur Rechenschaft gezogen werden und unsere heutige Politik verantworten müssen.

Donnerstag, den 1. April 1948

Elf Mitglieder des Kreisvorstandes, darunter auch ich, haben heute die Einberufung des Kreisvertretertages auf den 16. April beantragt. Dieser soll beschließen, daß Mitglieder des Landesvorstandes und Angestellte der Landesleitung nicht zugleich Mitglieder des Kreisvorstandes Potsdam sein dürfen. Damit wollen wir erreichen, daß durch Vertreter des Landesvorstandes kein ungebührlicher Einfluß auf die Arbeit der Potsdamer Parteiorganisation genommen und – umgekehrt – die Einflußnahme des Kreisverbandes auf die Geschäftsführung der Landesleitung nicht abgebrems wird. Angesichts der politischen Lage scheint uns ein solcher Beschluß dringend geboten. Alle Kreisvorstandsmitglieder haben unterschrieben, nur Dr. Mühlmann nicht. Man sagt, er mache sich Hoffnung, auf dem nächsten Landesparteitag zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt zu werden. Da er aber auch Kreisvorsitzender bleiben will, kommt ihm dieser Antrag unlegen.

Am Mittwoch haben die Sowjets eine verschärfte Kontrolle aller alliierten Transporte von Berlin nach Westdeutschland angeordnet. Britische Militärlastwagen wurden gestern abend in Marienborn zurückgeschickt. Die Amerikaner erklärten die Inspektion der Militärzüge durch die Sowjets für unzulässig, Frankreich verlangt Erläuterungen und wendet sich zugleich gegen den Ton, in dem die Mitteilung der Sowjets abgefaßt ist. Der Konflikt zwischen den Alliierten verschärft sich stündlich.

Sonntag, den 4. April 1948

Gestern Sitzung des Landesjugendausschusses der LDP. Wir tagten gegen unsere ursprüngliche Absicht in Potsdam. Die SMA¹⁹ hat uns verboten, den Ausschuß nach Berlin in die Zonenleitung einzuberufen. Die Russen mißtrauen uns. Dennoch sprachen wir uns auch in Potsdam offen aus, zumal wir anfangs nicht bemerkten, daß in unserer Mitte eine Vertreterin des Informationsdienstes der Landesregierung saß und eifrig mitstenographierte. Wir baten von Koerber, der an der Sitzung teilnahm, energischen Protest bei den zuständigen Stellen gegen derartige Methoden einzulegen. Ich glaube aber kaum, daß er unserem Wunsch entsprechen wird.

Hauptthema unserer Beratungen war noch immer das Verhältnis zur kommunistischen FDJ. Rudi Bätcher berichtet über unser Gespräch mit dem FDJ-Landesvorstand am 11. März. Es hatte drei Stunden gedauert

und erwartungsgemäß zu keinem Ergebnis geführt. Wir wiesen damals besonders auf die Intoleranz dieses Jugendverbandes gegenüber seinen nichtsozialistischen Mitgliedern hin und drängten auf eine Zusicherung, daß die FDJ künftig alle politischen Meinungen ihrer Mitglieder respektieren wolle. Unser Hauptgesprächspartner war der FDJ-Landesvorsitzende Otto Wiesner, ein kleiner, unscheinbarer Funktionär, der im Dritten Reich in einem Konzentrationslager der Nazis gesessen hat. Er versuchte, uns mit gewundenen, nichtssagenden Erklärungen abzuspeisen. Er wich aus.

Nach dem Bericht Bätchers brachten unsere Freunde aus den Kreisverbänden wiederholt zum Ausdruck, daß eine Zusammenarbeit mit und eine Arbeit in der FDJ für einen Nichtkommunisten auf die Dauer unmöglich sei. Ich bin allerdings der Meinung, daß wir diese Angelegenheit überbewerten, sie zu unrecht zur politischen Kardinalfrage machen. Eine positive Entscheidung für eine Zusammenarbeit mit der FDJ können und wollen wir nicht, eine negative aber dürfen wir nicht treffen. Also, was soll's?

Später nahm von Koerber das Wort. Er meint, wir müßten versuchen, uns in diesen schwierigen Zeiten irgendwie durchzulavieren. Wichtig sei nur, die Partei zu erhalten, auch wenn das nur mit vielen Kompromissen und Zugeständnissen an das gegenwärtige Regime möglich sei. Einige der jungen Parteifreunde stimmten diesen Ausführungen nur mit der Einschränkung zu, daß wir bei diesem Verfahren nicht unser Gesicht verlieren dürften. Sie beklagen lebhaft den Mangel an Zivilcourage vor allem bei den Herren der Parteileitung.

Nach der Tagung zu Gerhard W., um mich in dessen Laden mit Zeitungen für den Sonntag zu versorgen. W.s Laden ist Treffpunkt vieler mit den politischen Verhältnissen Unzufriedener, die hier ihre Westzeitungen einkaufen und häufig auch offen diskutieren bzw. schimpfen. Nach Ladenschluß begaben wir uns in den „Schwan“ zu vielen Gläsern Schnaps. W. spricht gern über seine Kriegserlebnisse.

Wir sprachen über die Konsequenzen eines offenen militärischen Konflikts zwischen den Sowjets und den Westmächten, der heute wohl nicht mehr auszuschließen ist. Wie kommt man dann hier raus in den Westen? Gerhard beschreibt mir einen nach seiner Ansicht sicheren Weg. Ich nehme aber an, daß die Sowjets uns junge Männer noch vor Beginn der eigentlichen Kampfhandlungen deportieren werden.

Montag, den 5. April 1948

Wie ich heute morgen erfuhr, ist unser Finanzminister Walter Kunze mit Frau und Kindern nach dem Westen geflüchtet. Das kommt nicht ganz unerwartet. Kunze stand schon seit geraumer Zeit unter Beschuß der SED-Zeitungen. Er mußte bereits vor Monaten den Landesvorsitz wegen „Arbeitsüberlastung“ niederlegen, weil er sich durch seine offene Sprache bei

den Kommunisten mißliebig gemacht hatte. Vor wenigen Wochen wurde in Henningsdorf bei Berlin ein „volkseigener Betrieb“ eingeweiht. Kunze war eingeladen. Er kam, sah die roten Fahnen und kommunistischen Spruchbänder – und fuhr sofort wieder nach Potsdam zurück. Darauf erschien im amtlichen Organ der sowjetischen Besatzungsmacht, der „Täglichen Rundschau“, ein Pamphlet gegen den Finanzminister. Kunze wurde richtig fertiggemacht. Damals waren wir alle der Überzeugung, daß der Zeitpunkt seines Sturzes nicht mehr fern sei. Dr. Kunze hat ihn nicht abgewartet, sondern ist seinen Gegnern zugekommen. Meine Parteifreunde liefen mir heute abend fast die Tür ein, um Näheres zu erfahren. Ich weiß leider auch nicht viel mehr als allgemein bekannt. Dr. Mühlmann deutet lediglich an, daß der Nachfolger Dr. Kunzes im Amt bereits gefunden sei und schon morgen im Landtag bestätigt werden solle. Außerdem seien die Sowjets gegenwärtig schlecht auf die Liberaldemokraten zu sprechen. Wen wundert's!

Am Abend taucht auch Gerhard auf. Er sei für den kommenden Donnerstag zu Innenminister Bechler bestellt, weil er Angestellten der Landesregierung westliche Zeitungen und Zeitschriften ins Haus geliefert habe. Die Regierung selbst bezieht ganz offiziell täglich hunderte von Westzeitungen über Gerhard. Wahrscheinlich sind diese Exemplare aber nur für politisch Zuverlässige bestimmt.

Dienstag, den 6. April 1948

Heute morgen verging mir der Appetit, als ich auf nüchternen Magen in die „Tagespost“ schaute: auf der ersten Seite eine kurze Meldung mit der Überschrift „Mißtrauen für Minister Kunze“. Darunter eine Mitteilung unseres Landesvorstandes, wonach er auf seiner letzten Sitzung Dr. Kunze das Vertrauen entzogen habe.

Als ich wenig später bei der Landesgeschäftsstelle Auskunft über das Zustandekommen dieser Meldung erbat, antwortete man mir mit verlegenem Achselzucken und nichtssagenden Bemerkungen. Herr v. Koerber rief mich zu sich, erkundigte sich nach meiner Arbeit und kam dann unvermutet mit dem Angebot heraus, zum Landesverband überzuwechseln. Ich soll dort Landessekretär bzw. Landesgeschäftsführer werden. Ich äußerte mich dazu vorerst sehr zurückhaltend. Auch sprach K. betont von einem engeren Zusammenschluß des Kreisverbandes mit dem Landesverband. Gerade dagegen aber richtet sich unser Antrag vom 1. April. Ich bat von Koerber, die im Gespräch aufgetauchten Fragen gemeinsam mit Dr. Mühlmann zu dritt zu erörtern.

Bisher haben die westlichen Blätter noch nichts über Dr. Kunzes Flucht gebracht. Sie sind diesmal schlecht informiert.²⁰

Am Nachmittag beim Oberbürgermeister, Beratung der Ausgestaltung des 1. Mai. Paul schlug vor, den Feiertag unter die Parole „Einheit und

Volksbegehren“ zu stellen. Sehr originell! Heftiger Streit entbrannte zwischen der SED und ihren „Transmissionsriemen“ um die Frage, ob alle Organisationen einen Begrüßungsredner stellen sollen oder nur die drei Parteien. Oder ob eine Begrüßungsansprache ganz entfallen solle. Ich war für letzteres, ebenso mein Klassenkamerad Wilke Henke, Landesgeschäftsführer der CDU. Aber die Genossen einigten sich schließlich auf die drei Parteien. Zum Abschluß wurden die unvermeidlichen Kommissionen gebildet, auf daß der Veranstalter der Mai-Feier, der kommunistische FDGB, eine überparteiliche Exekutive erhalte.

Mittwoch, den 7. April 1948

Heute nahm der „Morgen“ zum Fall Kunze Stellung. Das Zentralorgan unserer Partei mutmaßt, daß Kunze „verschwunden“ sei, „weil seine Position wegen verschiedener Differenzen mit seiner Parteiorganisation unhaltbar geworden war“. Die Zeitung zitiert eine Erklärung von Koerbers, der die „passive Haltung Kunzes gegenüber den Parteirichtlinien“ und „unverhüllt reaktionäre Tendenzen“ in Kunzes Haltung kritisiert. Unfaßbar! Koerbers letzte Landtagsrede soll auf einen ähnlichen Ton gestimmt gewesen sein. Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe Stadtmitte hat daraufhin sein Amt niedergelegt. Ich bin gespannt, ob die Delegierten von Koerber bei der Vorstandswahl im Mai das Vertrauen geben werden.

Auch Dr. Schneider hat heute im Landtag eine Erklärung abgegeben, ähnlich im Inhalt, aber vorsichtiger formuliert. Sollten die Herren eine Auflage von der SMA bekommen haben?

Mühlmann erzählte mir, daß als Nachfolger von Kunze zwei Herren in Frage kämen: Arthur Lieutenant, der geschäftsführende Vorsitzende der Partei, oder Herr Neumann, ein Fabrikbesitzer aus der Mark. Lieutenant müßte dann allerdings seinen Vorstandsposten niederlegen, und das wolle er nicht. Nun, morgen werden wir es erfahren. Übrigens teilte mir Mühlmann auch mit, daß der Landesvorstand Kunze nicht das Vertrauen entzogen habe, wie es in der Pressenotiz hieß. Diese Meldung sei falsch und frei erfunden.

Heute abend berichtete der Berliner Rundfunk, Marschall Sokolowskij habe neue Richtlinien über die Behandlung der von den Russen verschleppten Personen herausgegeben. Angeblich sei daran gedacht, unschuldige Männer, Frauen und Jugendliche freizulassen und die Angehörigen der weiter in Haft Verbleibenden zu benachrichtigen. Die Sowjets haben das Verdienst an diesen Richtlinien der SED zugeschoben, mit deren Hilfe jedoch die willkürlichen Verhaftungen durchgeführt worden sind. Dagegen hatten sich LDP und CDU wiederholt für diese Unglücklichen eingesetzt, aber bei der SMA kein Gehör gefunden. Der Kommentator von „Radio Berlin“ Geßner, bemerkte übrigens zu Sokolowskij's Erklärung, daß man gegen alle „Agenten ausländischer Mächte“ und gegen

„Saboteure an der Neugestaltung des politischen Lebens in der Ostzone“ noch schärfer als bisher vorgehen werde. So bleiben die Zuchthäuser und Arbeitslager wenigstens nicht leer.

Donnerstag, den 8. April 1948

Gestern abend um 21 Uhr hatte der Kommentator von „Radio Berlin“ das Schuldbekenntnis der Sowjets wegen der Massenverhaftungen verkündet. Heute berichtet der „Sozialdemokrat“, daß 22000 Häftlinge des Lagers Buchenwald nach Rußland deportiert worden seien.

Heute morgen lag nun auch die gestrige Landtagsrede Schneiders im Auszug vor. „Wir werden“, so erklärte der LDP-Fraktionsvorsitzende, „nun wahrscheinlich bald Gelegenheit haben, in der Presse des Westens zu lesen, daß wieder ein überzeugter Demokrat dem kommunistischen Einfluß gewichen ist. Wir, die wir die Vorgänge aus nächster Nähe beobachten konnten, wissen, daß die Situation eine grundsätzlich andere war.“ Ich meine, hier kann man wohl doch nicht von „vorsichtigen Formulierungen“ sprechen, eher von einem Kotau vor SED und Besatzungsmacht.

Für den Vormittag hatte die FDJ-Kreisleitung einen Vertreter der CDU und mich zu einer Aussprache über die künftige Zusammenarbeit eingeladen. Man zeigt sich entgegenkommend und betont freundlich. Konkrete Zusagen hinsichtlich der Behandlung von Nichtkommunisten im Jugendverband wurden freilich wiederum nicht gegeben.

Leutnant Kapkajew von der russischen Zentralkommandantur, der dieser Unterredung beiwohnte und sie wohl auch veranlaßt hat, forderte uns mit bewegten Worten auf, freundschaftlich miteinander umzugehen. Henke ist aber genau so skeptisch wie ich, was das künftige Verhältnis des kommunistischen Jugendverbandes zu den Mitgliedern der demokratischen Parteien anbetrifft.

Dauerkrise der LDP

Sonabend, den 10. April 1948

Heute nacht ist Dr. Külz gestorben. Als ich am späten Nachmittag aus Berlin zurückkam, teilten mir die Eltern diese Neuigkeit mit, die „Radio Berlin“ heute mittag bekanntgemacht hat. Külz soll einem Herzschlag erlegen sein. Es ist zu vermuten, daß der 74jährige ehemalige Reichsminister den Aufregungen der letzten Monate, insbesondere im Zusammenhang mit dem pseudodemokratischen Volkskongreß, nicht mehr gewachsen war. Einer späteren Zeit mag es vorbehalten bleiben, ein objektives Urteil über Fehler und Verdienste dieses Mannes zu fällen, der wohl zu den um-

strittensten Politikern des heutigen Deutschland gehört hat. Man darf gespannt sein, wer der Nachfolger im Amt des Parteivorsitzenden wird.²² Auf jeden Fall dürfte er es schwer haben, das Vertrauen der Besatzungsmacht im gleichen Maße zu erwerben wie der alte Külz.

Ich selbst habe den Verstorbenen im vergangenen Jahr persönlich kennengelernt, bei einem durch Mühlmanns Vermittlung zustande gekommenen Gespräch über meine Studienprobleme. K. machte auf mich den Eindruck eines etwas weltfremden, aber seriösen Herren alter Schule. Er setzte sich damals für mich bei der Zentralverwaltung für Volksbildung ein, freilich ohne den geringsten Erfolg. Sein Wort galt offensichtlich nichts bei den Zonenbehörden, die den alten Herren ansonsten immer wieder zu allerlei politischem Firlefanz mißbrauchten, um ihren fragwürdigen politischen Machenschaften ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen.

In Berlin besuchte ich heute unseren Landesjugendsekretär Jochen P., der in Wilmersdorf mit einem Zwölffingerdarmgeschwür im Krankenhaus liegt. Er wurde jüngst in Potsdam von einem Gericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er einem kommunistischen Funktionär in einer öffentlichen Versammlung undemokratische Machenschaften vorgeworfen haben soll. Jochen bestreitet das. Er will die Landesleitung bitten, sich seiner Sache anzunehmen. Da wird er wenig Glück haben. Man ließ noch immer Parteifreunde fallen, die sich bei der SED oder bei der Besatzungsmacht unbeliebt gemacht hatten. Ich riet Jochen, nicht mehr nach Potsdam zurückzukehren.

Ich berichtete P. ausführlich über die gestrige Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe, auf der sich Herr von Koerber für seine Stellungnahmen zum Fall Kunze rechtfertigen mußte. Er tat das sehr geschickt, stellte K. als einen Querulanten dar, der immer und überall opponiere und sich politisch höchst ungeschickt benähme. Die Folgen der Flucht Kunzes sind gegenwärtig noch nicht zu übersehen. Einige seiner Angestellten (Parteifreunde) wurden dem Vernehmen nach zunächst verhaftet, sind aber inzwischen wieder auf freiem Fuß.

Sonntag, den 11. April 1948

RIAS brachte in seinen 22 Uhr-Nachrichten die Meldung, der thüringische Justizminister Dr. Helmut Külz, Sohn des gestern verstorbenen LDP-Vorsitzenden, werde in nächster Zeit zurücktreten. Külz junior wolle die kommunistische Politik nicht länger unterstützen und habe u. a. gegen die Sequestierungsmaßnahmen in der Ostzone Protest erhoben (was Külz senior kurz vor seinem Tode, allerdings in vorsichtiger Form, ebenfalls getan hat).²³ Im übrigen – so der RIAS – seien Külz Vater und Sohn in letzter Zeit im Streit um grundsätzliche Stellungnahmen zu politischen Vorgängen in der Zone häufig aneinandergeraten.

Der „Morgen“ veröffentlichte heute auf Seite 1 eine Stellungnahme der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland zum „Tod des bedeutenden demokratischen Politikers Deutschlands“. Der Tod von Külz sei ein „Verlust für alle Kämpfer für die Einheit des deutschen Staates, für Freiheit und Unabhängigkeit des demokratischen Deutschlands. Voller Achtung und tiefstem Schmerz erweisen wir der sterblichen Hülle dieses würdigen Menschen die letzte Ehre“, erklärten die Sowjets. Der Leitartikler des LDP-Zentralorgans ging noch einmal in gewundenen Formulierungen auf die heftig umstrittene Politik des verstorbenen Vorsitzenden ein und schrieb: „Die Arbeit, die er leistete, stand naturgemäß im mehr oder minder schiefen Licht der Parteimeinungen, war der Kritik und oft genug der böswilligen Mißdeutung ausgesetzt ... Mag die Meinung des Tages gelegentlich hoch um ihn emporgebrandet sein, er wird in der Erinnerung nicht zu denen gehören, deren Charakterbild in der Geschichte schwankt.“ Was zu bezweifeln ist.

Montag, den 12. April 1948

Die Stimmung in der Partei ist miserabel. Die Dauerkrise der LDP fällt vielen Parteifreunden auf die Nerven. Mit weiteren Parteiaustritten ist zu rechnen. Wie lange wird es überhaupt noch möglich sein, in der LDP mitzuarbeiten?

Der Landesverband war heute bereits von der Demission des Külz junior unterrichtet, nur der gute Mühlmann nicht. Der rief mich eben an, um mir mitzuteilen, daß von Koerber wahrscheinlich morgen mit mir über eine Tätigkeit in der Landesleitung sprechen solle. M. bat, Koerber noch keine endgültige Zusage zu geben.

Die Westzeitungen widmen heute Wilhelm Külz überaus kritische Nachrufe. Der „Sozialdemokrat“ z. B. nannte Külz einen „Routinier, der den Mantel nach dem Wind zu drehen verstand“. Das „Volksblatt“ meint, Külzens Verhalten in den Jahren seit der Kapitulation sei gekennzeichnet gewesen „durch einen Opportunismus, der zur Spaltung der Liberaldemokratischen Partei und in der Ostzone zu ihrer völligen Unterjochung durch die SEP führte“.²⁴

Dienstag, den 13. April 1948

Heute kurze Unterredung mit Mühlmann über den möglichen Wechsel zum Landesverband. M. bat mich erneut, meine Entscheidung bis Mitte Mai hinauszuschieben, bis zu seiner möglichen Wahl als stellvertretender Landesvorsitzender. Der als mein Nachfolger in der Kreisgeschäftsstelle vorgesehene Herr B. dürfte kaum die Zustimmung Mühlmanns finden. B. soll sich allzu eifrig in Schwarzmarktgeschäften betätigen. Gerhard W., den ich heute über meinen möglichen Tätigkeitswechsel informierte, rea-

gierte unwillig. Er gab zu bedenken, daß die Landesleitung ziemlich weit links stehe, zugleich aber auch ein Opportunistenclub sei.

Ich traf heute auch zufällig Dr. B., 1946/47 Assistenzarzt am St. Josef-Krankenhaus. Er war jüngst im Heimkehrerlager Gronenfelde bei Frankfurt/Oder tätig. Unter den aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Soldaten seien auch Angehörige des von den Sowjets gegründeten Komitees „Freies Deutschland“²⁵ gewesen, die von ihren Kameraden allgemein als „Graue Eminenzen“ bezeichnet würden. Diese Männer habe man bevorzugt behandelt. Sie würden von den Russen sofort aus der Masse der ehemaligen Gefangenen aussortiert und zur besonderen Verwendung in die Zone abgeschoben. Die anderen Soldaten seien übrigens nicht mehr ganz so elend und verwahrlost wie vor einem Jahr, aber noch immer fast durchweg krank und aufgeschwemmt. B. behauptet, die dort ständig tätigen Ärzte seien „strafversetzt“; sie würden als politisch Unzuverlässige solange im Lager beschäftigt und politisch geschult, bis sie sich zum Eintritt in die SED bereiterklärten.

Mittwoch, den 14. April 1948

Gestern übergab ich Koerber die Resolution unseres Kreisverbandes, heute zeigt er sich schlecht gelaunt, weil er nun seine Position im Kreisverband aufgeben muß. Er nennt uns eine „Verschwörerclique“ und spart nicht mit ironischen Bemerkungen über das „schlafende Heer“ des Kreisverbandes und die Unterzeichner der Entschließung. Er meinte, damit käme dann wohl auch Mühlmann nicht mehr als stellvertretender Landesvorsitzender in Frage. Im übrigen habe er bereits einen Berliner Herren aufgetan, der an meiner Stelle die zunächst für mich vorgesehene Position in der Landesleitung erhalten solle. Nun habe ich meine Quittung.

Donnerstag, den 15. April 1948

Seit heute gehöre ich als Vertreter der LDP der Kommission zur Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums an. Ein wenig grotesk ist das schon. Schließlich wurde ich dreimal von der Berliner Universität wegen bürgerlicher Herkunft zum Studium nicht zugelassen. Jetzt soll ich die fördern, derentwegen ich bisher auf mein eigentliches Berufsziel verzichten muß. Die Sitzung fand im Volksbildungsministerium statt. Anwesend waren Vertreter der SED, CDU, LDP, des FDGB, der FDJ, des Landesgesundheitsamtes, der VVN²⁶ u. a. Die Sitzung leitete Volksbildungsminister Rücker, ein ehemaliger Studienrat und in Moskau geschulter Angehöriger der deutschen Wehrmacht. Hauptaufgabe dieser Sitzung: die Konstituierung eines Vereins „zur Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums“ und die Übernahme eines Stipendienfonds für Arbeiterkinder, der bisher von dem inzwischen aufgelösten „Werk der Jugend“²⁷ verwaltet wurde.

Rücker hielt eine längere Rede und führte dabei u. a. aus: Die Studentenschaft der Ostzone sei bedauerlicherweise weitgehend „westlich orientiert“ und verhalte sich abwartend, wenn man ihr auch keine ausgesprochen antisowjetische Haltung vorwerfen könne. Die amerikanische Propaganda von der „Freiheit der Persönlichkeit“ habe aber auf die Studenten Eindruck gemacht. Diese glaubten daher, machen zu können, was sie wollten. Das zeige, daß man bisher nicht mit genügender Sorgfalt bei der Auswahl der Studenten verfahren sei. Man müsse nun alle Hebel in Bewegung setzen, um die Kinder der Arbeiter und Bauern auf die Universitäten zu bekommen. Leider aber seien viele Bauern konservativ und rückständig – sie ließen ihre Kinder nicht studieren. Rücker nannte Zahlen, um die „unmöglichen Verhältnisse“ an den beiden größten Universitäten der Ostzone zu verdeutlichen: so betrage der Anteil der Arbeiterstudenten in Leipzig 36,1 Prozent, der Bauernstudenten aber nur 3,5 Prozent. In Berlin sei es noch schlimmer. Hier seien nur 14,9% der Studenten Arbeiter- und 2,1% Bauernkinder. Der Minister schloß seinen Vortrag mit dem Appell, sich künftig mehr als bisher um die Studenten zu kümmern, damit diese nicht die „lebendige Verbindung mit der Wirklichkeit, mit der Masse“ verlören. Studenten, so Rücker, seien „Funktionäre der Gesellschaft“. Wer die lebendige Verbindung zu dieser Gesellschaft verlöre, dem müsse man das Stipendium entziehen, der müsse von der Universität entfernt werden. Rücker: die Studenten seien im übrigen „moralisch verpflichtet“, der kommunistischen Einheitsgewerkschaft (FDGB) anzugehören.

Die sich dem Vortrag anschließenden Beratungen waren von geringem Interesse. Es gab noch einige Diskussionen darüber, wer in diesem Verein den Vorsitz übernehmen soll. Die Kommunisten plädierten einmütig für den FDGB. Und also geschah es.

Heute nachmittag berichtet mir Gerhard, in den letzten Nächten seien in Potsdam ca. 200 junge Männer von der Besatzungsmacht verhaftet worden, ausschließlich ehemalige Angehörige der deutschen Wehrmacht. Die Mehrzahl der Verhafteten seien Spezialisten gewesen: U-Boot-Männer und Flieger, Offiziere und Mannschaften. Am Abend rief Gerhard erneut an: er müsse mich noch einmal sprechen. Wir trafen uns am Brandenburger Platz.

Gerhard erzählt, daß von seinen zehn in Potsdam lebenden ehemaligen Klassenkameraden in den letzten beiden Nächten angeblich fünf verhaftet worden seien. Er wisse nun nicht, was er machen solle. Was ich denn zu tun gedächte? Ich erkläre, zumindest vorerst bleiben zu wollen. Wir liefen zu meinem Schulkameraden Hans G., um ihn zu warnen und zogen dann mit einem weiteren Klassenkameraden Helmut R. in ein kleines Lokal, um die Lage zu besprechen. R., vormals aktiver Hauptmann und jetzt in Berlin als Vertreter in der Textilbranche tätig, will noch heute nacht nach Westberlin zurückkehren. Gerhard schläft in seinem Laden, Hans und ich kehrten in unsere Wohnungen zurück.

Freitag, den 16. April 1948

Ich finde soeben noch ein paar Notizen über die Rede Koerbers vor den Mitgliedern meiner Ortsgruppe am 9. April. Zum Fall Kunze führte er u. a. aus: Kunze habe sich politisch immer „auf der Grenzlinie“ gehalten und sei klaren Entscheidungen aus dem Wege gegangen. Andererseits aber habe Kunze seine Stellungnahmen zu politischen Fragen auf die Spitze getrieben. Seine negative Haltung zum Volkskongreß sei bekannt. Auch er, von Koerber, habe sich anfangs gegen diesen Volkskongreß ausgesprochen. Aber nachdem die Parteileitung sich entschlossen habe, am Volkskongreß teilzunehmen, habe er seine Haltung revidiert. Kunze dagegen habe das nicht getan und sich in dieser Hinsicht weiter völlig passiv verhalten. Koerber erinnerte sodann an den Landes-Volkskongreß in Brandenburg am 7. März, an dem auch ich teilnahm. Dr. Kunze sei damals nur für eine halbe Stunde erschienen und habe sich dann in ein Café zurückgezogen. Auch beim Deutschen Volkskongreß in Berlin habe man Kunze nie gesehen. Bei der Tagung des Hauptausschusses der LDP-Zonenleitung in Weimar habe Kunze zwar im Präsidium gesessen, sich aber weder für noch gegen Külz erklärt.²⁸

Eines Tages sei Kunze angetragen worden, die Patenschaft über einen volkseigenen Betrieb zu übernehmen, wie das bei Ministern und Parteivor-sitzenden nun einmal üblich sei. Darauf habe Kunze an den Ministerpräsi-denten Steinhoff (SED) geschrieben, er habe dazu keine Zeit. Schließlich sei er zur Einweihung der volkseigenen Werke in Henningsdorf eingela-den worden. Kaum angekommen, habe er sofort wieder kehrtgemacht, weil der Ort mit roten Fahnen und sozialistischen Spruchbändern ge-schmückt war. Über diesen Vorfall habe Kunze mit einer Anzahl seiner Bekannten gesprochen, die Westpresse habe darüber berichtet. Es kam dann zu einer Landesvorstandssitzung, auf der ihm nahegelegt worden sei, zurückzutreten. Das habe Kunze abgelehnt, aber von Koerber pro forma den Landesvorsitz übergeben. Ein Untersuchungsausschuß des Landes-vorstandes sei beauftragt worden, die gegen Kunze gerichteten Anschuldi-gungen der „Täglichen Rundschau“ zu überprüfen. Der Ausschuß sei zu-nächst zu dem Ergebnis gelangt, daß die Amtsführung Kunzes in dessen Ministerium einwandfrei gewesen sei. Das habe man protokollarisch fest-gelegt. Dieses Schriftstück habe nun Kunze mit nach dem Westen genom-men, und er argumentiere, er sei zunächst rehabilitiert worden, dann aber wäre man doch noch zu einer anderen Entscheidung gekommen. Nach Meinung Koerbers aber sei dieses Schriftstück nicht die endgültige For-mulierung des Untersuchungsergebnisses gewesen – was Kunze gewußt haben soll. Später habe man noch ein zweites Protokoll verfaßt, das sich auch mit den politischen Vorgängen beschäftigt habe und zu einem ande-ren Ergebnis gekommen sei.

Bei alledem steht wohl fest, daß sich die Partei im Falle Kunze ziemlich

merkwürdig benommen hat. Und die Rolle, die Koerber dabei spielte, scheint mir auch nicht ganz durchsichtig zu sein.

Nach Gerhards Angaben sollen die Russen zusammen mit deutscher Polizei auch in der vergangenen Nacht wieder Verhaftungen vorgenommen haben. In den anderen Ländern der Ostzone sei es bereits zu einem früheren Zeitpunkt zu ähnlichen Aktionen gekommen.

Am Nachmittag ein Gespräch mit Rudi Bätcher. Auf der nächsten Jugendausschußsitzung wird die Frage der Neubesetzung des Postens eines Landesjugendsekretärs zu erörtern sein. Jochen P. wird wahrscheinlich nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus nicht mehr zu seinen alten Aufgaben zurückkehren. B. wünscht, daß ich an Jochens Stelle trete. Ich muß mir das noch überlegen.

Sonabend, den 17. April 1948

Der erste wirklich warme Tag des Jahres, 24 Grad Celsius in den Nachmittagsstunden, dazu ein wolkenloser blauer Himmel. Ich schließe heute mein Geschäftszimmer frühzeitig und fahre nach Berlin.

Heute vormittag hat mich Mühlmann aufgesucht und mir den Auftrag gegeben, die zwanzig politisch aktivsten Parteifreunde herauszusuchen, ihre Namen auf ein Blatt Papier zu schreiben und diese Liste am Montag Leutnant Kapkajew von der Hauptkommandantur zu übergeben. Den Sinn dieser Aktion konnte mir Mühlmann nicht mitteilen. Ich werde mich vorsichtshalber selbst mit auf die Liste setzen, um zu erfahren, was es damit auf sich hat.²⁹

Heute nacht um 2 Uhr beginnt in ganz Deutschland die „Sommerzeit“. Das ist der einzige Kontrollratsbefehl, der in diesem Jahr unser Volk beglückte, die einzige alliierte Anordnung auch, die auf ganz Deutschland Anwendung findet. So haben wenigstens alle Deutschen heute nacht eine Stunde weniger Schlaf. Die Einheit rückt indessen in immer weitere Ferne. Nach einem Bericht des „Tagesspiegel“ von heute hat es auf der gestrigen Sitzung der stellvertretenden Kommandanten Berlins wieder lebhaftere Auseinandersetzungen gegeben. In der zweistündigen Aussprache kam es wie schon üblich zu gegenseitigen Vorwürfen. Der sowjetische Oberst Jelisarrow forderte dabei u.a., daß in Berlin die Tätigkeit der „Jungen Union“ und der „Jungen Liberaldemokraten“ verboten werde.

Im Westen wurde „der erste Schritt zum Zusammenschluß Europas“ getan, so die Schlagzeile des „Tagesspiegel“. Die sechzehn am Marshallplan³⁰ beteiligten Länder unterzeichneten eine Charta, in der sie sich zu wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenarbeit verpflichten. Die Westzonen sind in diese Zusammenarbeit mit einbezogen. An uns denkt niemand mehr.

Dienstag, den 20. April 1948

Am Vormittag die zweite Sitzung der Kommission für das Arbeiter- und Bauernstudium. Beschluß, gegebenenfalls die Studienbewerber vorzuladen, damit wir uns ein persönliches Bild von den jungen Menschen machen können. Die kommunistische Seite traut den Zonen-Organisationen nicht genügend politisches Verantwortungsbewußtsein bei der Auswahl ihrer Mitglieder für das Studium zu. Es wird bemängelt, daß allein schon der Eintritt in die SED genüge, um Jugendlichen den Weg auf die Universitäten zu ebnen. Man müsse aber wissen, was denn der Jugendliche in seiner Organisation getan habe, ob er aktiv gewesen sei. Ich protestierte gegen eine Bemerkung des Vertreters des Volksbildungsministeriums, die darauf hinauslief, die Studienbewerber bei persönlicher Vorstellung zu überrumpeln. Der betreffende Herr berichtet, er pflege bei Abiturientenprüfungen folgende Frage zu stellen: „Wie denken Sie sich die Finanzierung Ihres Studiums?“ Sagt der Abiturient, der Vater werde die Ausbildung bezahlen, so sei der Fall für ihn (den Herrn des Ministeriums) schon erledigt. Denn diese Antwort zeuge von einer mangelnden „sozialen Einstellung“ des jungen Menschen, der wissen müßte, daß das „werktätige Volk“ sein Studium mit Steuermitteln finanziere.

Ich lese z. Z. ein erschütterndes Buch über den 20. Juli 1944. Der Verfasser ist der ehemalige Oberst der deutschen Wehrmacht Wolfgang Müller. Der Titel: „Gegen eine neue Dolchstoßlüge“. Mit großer Sachlichkeit wird der verbrecherische Wahnsinn der Hitlerischen Kriegsführung geschildert. Besonders bedrückend empfinde ich die Tatsache, daß wir damals fast alle in Deutschland mit Unverständnis auf die Ereignisse des 20. Juli reagiert haben. Auch ich. In meinem Tagebuch vom Sommer 1944 stehen nur ein paar belanglose Notizen, die mehr das Sensationelle als das Tragische der Vorgänge registrieren. Auch unsere Einheit wurde alarmiert, als wir am Abend des 20. Juli von einem Übungsschießen in Wandern nach Frankfurt/Oder zurückkehrten. Die Bedeutung des Tages, der eine winzige Chance für die Beendigung des Krieges eröffnete, ist uns weder damals noch in dem darauffolgenden Kriegsjahr ins Bewußtsein gerückt. Ich kann nicht einmal behaupten – jedenfalls erinnere ich mich dessen nicht mehr – daß uns die Nachricht vom Attentat auf Hitler besonders beeindruckt hätte. Unser enger politischer Horizont ließ uns lediglich eine gewisse Befriedigung darüber empfinden, daß der Anschlag mißglückt war. Wir meinten, daß dieses deutsche Volk mit Hitler stehe und falle. Auch hatten wir keine Ahnung, wie hoffnungslos die Kriegslage für Deutschland im Sommer 1944 bereits war – wir glaubten noch fest an den Endsieg. Wir taten es zum Teil sogar noch im April 1945 im sowjetischen Kriegsgefangenenlager.

Nationaldemokraten als neue Partei – Maifeier in Potsdam – „Volksbegehren“

Sonntag, den 25. April 1948

In Halle und Erfurt werden jetzt auf sowjetisches Geheiß Gründungsausschüsse für eine „Nationaldemokratische Partei“ gebildet. Schon seit Wochen berichten unsere ostzonalen Blätter über „spontane“ Zustimmungen, vornehmlich aus ehemals nazistischen Kreisen, zu der Gründung einer neuen Partei. Vorausgegangen sind entsprechende Forderungen einer bereits existierenden „National-Zeitung“, deren einzige Aufgabe darin besteht, diese Parteigründung publizistisch vorzubereiten. Nachdem dann prominente Kommunisten wie Wilhelm Pieck ihren Segen zur Geburt einer nationalbolschewistischen Partei und der NDP vorsichtshalber auch gleich Instruktionen für ihre künftige Politik mit auf den Weg gegeben haben, kommt die Sache jetzt richtig in Schwung. Die „spontanen“ Gründungskomitees suchen programmgemäß bei der SMA um eine Lizenzierung ihrer Partei nach – mit Erfolg natürlich.

Warum aber nun diese neue Partei von Moskaus Gnaden? Dafür dürfte es zwei Gründe geben: 1. Die SED hat ihre Aufgabe, Partei der gesamten Ostzonenbevölkerung zu werden, nicht erfüllt. Die Deutschen lehnen nach wie vor in ihrer großen Mehrheit den Kommunismus leidenschaftlich ab. 2. Bei den kommenden Wahlen im Herbst – falls diese überhaupt stattfinden sollten – würde die SED eine gewaltige Niederlage erleiden und die beiden bürgerlichen Parteien, CDU und LDP, zweifellos die Mehrheit bekommen. Durch die Gründung einer raffiniert getarnten, zweiten kommunistischen Partei sollen nun die beiden Rivalen der SED geschwächt werden, indem man einerseits einen großen Teil der Parteilosen aufsaugt, andererseits aber auch versucht, Mitglieder der CDU und LDP zu sich herüberzuziehen. Gegenwärtig ist ohnehin in den Ämtern und Behörden unserer Zone ein starker Druck auf die politisch nicht organisierten Angestellten feststellbar; sie sollen Parteimitglieder werden. Die meisten Angestellten werden diesem Druck auf die Dauer nicht widerstehen können, wenn sie nicht ihre Existenz verlieren wollen. In die SED freilich wollen sie nicht eintreten, wohl auch nicht in unsere sowjethörigen bürgerlichen Parteien. So bleibt ihnen nur die NDP, über deren Charakter und politischen Weg sie noch nichts wissen. Wie dieser Versuch des politischen Dummenfangs ausgehen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht voraussagen. Aber auf die Dauer werden die Sowjets wohl mit ihrer national verbrämten, kommunistischen Neugeburt ebenso wenig Glück haben wie mit ihrem alten Protektionskind, der SED.

Wir haben also jetzt vier Parteien in der Ostzone, dafür aber noch immer nichts zu essen. Am Sonnabend teilte die Abteilung Handel und Versorgung der Stadt Potsdam mit, daß es ihr nicht möglich sei, die Ansprü-

che auf Marmelade und Kunsthonig in diesem Monat zu erfüllen. In den Monaten April und Mai soll außerdem je eine Dekade mit Zucker statt mit Fett beliefert werden. Als Kartoffelersatz werden wie in den Vormonaten Salzgemüse und Kohlrüben angeboten.

Mittwoch, den 28. April 1948

„Der Morgen“ veröffentlichte gestern einen Brief des stellvertretenden LDP-Vorsitzenden, Arthur Lieutenant, an die SED zur Frage der Teilnahme der LDP an den Maifeiern. L. wies auf den Aufruf des FDGB hin, wonach die Demonstrationen am 1. Mai auch dem Sozialismus gelten sollen. Hierdurch sei eine „beträchtliche Unruhe in unsere Mitgliedschaft hineingetragen worden, da die LDP nicht für den Sozialismus eintritt ... Wir bitten Sie daher, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir uns außerstande sehen, uns an den Maifeiern zu beteiligen ...“

Der Potsdamer Kreisvorstand, der gestern abend tagte, kam nach eingehender Debatte zu dem Beschluß, sich an der hiesigen Maifeier zu beteiligen, falls der Landesverband nicht anders beschließen sollte. Wir hatten bereits zugesagt und den überparteilich gefaßten Maiaufruf unterschrieben. Sollten die Kommunisten allerdings noch in letzter Minute auch die Potsdamer Maifeier sozialistisch ausgestalten, müßten auch wir die Konsequenzen ziehen. Die Feier steht hier unter dem Motto „Für Einheit und gerechten Frieden“. Natürlich ist das nur eine Tarnung kommunistischer Ziele, aber das neutrale Motto hat zur Folge, daß die Besatzungsmacht uns zwingen kann, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Ich selbst werde auf jeden Fall nicht mitdemonstrieren. Entweder beteilige ich mich an einem privaten Maiausflug mit Parteifreunden zu unserer Parteischnule in Behrendsdorf oder ich fahre nach Berlin zur Maikundgebung der antikomunistischen Parteien auf dem Platz der Republik.

Am Abend mit Gerhard und Fräulein K. beim FDJ-Kreisvorstand zu einer Dreiparteien-Besprechung. Hauptthema: die Organisation des „Volksbegehrens“. Die FDJ-Funktionäre teilten uns mit, daß auch die Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren mit abstimmen dürfen, und zwar auf sogenannten Jugendlisten. Dem Volksbegehren wird sich kaum jemand entziehen können, weil in den Abstimmungslokalen Namenslisten ausliegen und damit genau kontrolliert werden kann, wer gewählt hat und wer nicht.

Seit gestern abend finden in Potsdam zahlreiche Ausweiskontrollen in den Straßen, Gaststätten usw. durch Russen und deutsche Polizei statt. Wer keinen gültigen Ausweis besitzt oder in Berlin – also im „Ausland“ – beheimatet ist, wird verhaftet, auf einen russischen Lastwagen geladen und zum NKWD in der Villa Ingenheim (Zeppelinstraße) abtransportiert. Dort bleiben die Verhafteten oft viele Stunden. Gerhard und ich beobachteten gestern spät abends den Verlauf einer solchen Razzia auf dem Brandenburger Platz. Dort gastiert zur Zeit der Zirkus Barlay. Rotarmisten und

Polizisten kontrollierten die Zirkusbesucher. Eine größere Gruppe von Menschen wurde auf dem Zirkusgelände zurückgehalten. Angehörige und Freunde der Verhafteten sowie viele Neugierige wie wir standen nahe dem Brandenburger Tor und warteten besorgt und gespannt, was mit den Festgehaltenen geschehen werde. Die Menge machte sich immer wieder durch laute Beschimpfungen und Haßausbrüche gegen Russen und deutsche Polizisten Luft. Dann polterte ein schwerer Lastwagen heran. Die Rotarmisten trieben mit lauten Rufen die Verhafteten auf das Fahrzeug. Unter den haßerfüllten Blicken des Publikums fuhr der Wagen in Richtung Westen davon.

Heute traf ich auf der Brandenburger Straße Parteifreund H., früher im Finanzministerium tätig und nach Kunzes Flucht beurlaubt. Er berichtet, von Koerber habe dieser Tage eine Unterredung mit Innenminister Bechler gehabt. Dabei habe Bechler behauptet, Dr. Kunze sei ein Agent in ausländischen Diensten gewesen und habe eine Untergrundbewegung im Land Brandenburg aufziehen wollen. Im übrigen – so Bechler – sei es ganz gleichgültig, ob die aus dem Finanzministerium entlassenen LDP-Mitglieder an der „Verschwörung“ beteiligt gewesen seien oder nicht: für einen gehobenen Posten im Staatsdienst kämen sie ohnehin nicht mehr in Frage.

Freitag, den 30. April 1948

Potsdam prangt im roten Flaggenschmuck. Selbst mein liberaldemokratisches Geschäftszimmer im Westflügel des Nauener Tors ist durch rote Fahnen sinnig eingerahmt; das besorgte unsere Stadtverwaltung. Morgen werden die Werktätigen Potsdams hinter roten Fahnen und Transparenten, die rote Nelke im Knopfloch, vollkommen freiwillig zur Maidemonstration im Lustgarten marschieren. Auch die Parteien. Ich indessen werde beide Feiertage mit Gleichgesinnten in unserer Parteischule am Glubigsee verbringen.

Zur Vorbereitung der Feiern riegeeln Rotarmisten und Volkspolizisten die Straßen in Potsdam ab, kämmen die Häuser durch – und das vornehmlich nachts – auf der Suche nach Westberlinern und „ausländischen Agenten“, die angeblich die demokratische Aufwärtsentwicklung der Ostzone sabotieren wollen. Mit dieser Aufwärtsentwicklung ist es aber offenbar nicht weit her. Dafür spricht der Propagandarummel, den unsere Presse in den letzten Tagen um sowjetisches Brotgetreide macht. Wochenlang hatte man der Bevölkerung eingeredet, der Anschluß an die neue Ernte sei gesichert und damit die Ernährung der Ostzonenbevölkerung. Auf einmal erfahren wir, daß u. a. 20000 t Brotgetreide fehlen, die zur Aufrechterhaltung der dürtigen Rationen erforderlich wären. Die Sowjets haben durch den Abtransport eines großen Teiles der letzten Ernte dieses Defizit hervorgerufen. Jetzt sehen sie sich genötigt, 20000 t Brotgetreide wieder zurückzugeben. Diese Rückgabe erfolgt freilich nicht kostenlos, sondern

muß von uns durch umfangreiche Materiallieferungen an die UdSSR bezahlt werden. Trotzdem feiert die kommunistische Presse diese Tat mit riesigen Schlagzeilen als einen Akt sowjetischer Hilfsbereitschaft.

Auszug aus meinem Monatsbericht an die Kommandantur:

1. Stimmung der Bevölkerung: „Solange das Hauptnahrungsmittel dieser Gebiete, die Kartoffel, nicht in annähernd ausreichendem Maße der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden kann, werden alle, die keine zusätzlichen Lebensmittel illegal kaufen können, Hunger leiden müssen. Das insbesondere dann, wenn, wie jetzt bei der Teileinkellerei von Kartoffeln geschehen, die Bevölkerung statt der ihr zustehenden hochwertigen Nahrungsmittel nur minderwertiges Gemüse geliefert bekommt.“

Dagegen wirkt sich der Befehl Nr. 64 von Marschall Sokolowskij über die Einstellung der Tätigkeit der Entnazifizierungs- und Sequesterkommissionen auf die Stimmung speziell der ehemaligen PGs vorteilhaft aus.³¹ Allgemein hofft man, daß auch die deutschen verantwortlichen Stellen den Befehl so ausdeuten und durchführen möchten, wie er von der Besatzungsmacht offensichtlich gedacht ist: als eine endgültige und vollständige Rehabilitierung aller harmlosen kleinen Mitläufer. Das würde wesentlich zur Beruhigung der Bevölkerung und zur Aktivierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens beitragen.

Die Stellung der Bevölkerung zur innen- und außenpolitischen Lage bleibt weiterhin zurückhaltend und skeptisch. Mit Bestürzung wird die fortschreitende Verstimmung zwischen den Alliierten beobachtet, weil sie die heiß ersehnte Vereinigung der deutschen Gebiete in immer weitere Ferne zu rücken scheint. Müde Resignation gegenüber dieser Tatsache ist leider keine Einzelercheinung mehr.“

Montag, den 3. Mai 1948

1. Mai 1948 in der Ostzone: Überall rote Fahnen und Transparente. Die Bevölkerung demonstrierte gezwungenermaßen für „Einheit und gerechten Frieden“. Mit rund 35 Parteifreunden aus dem Lande Brandenburg verbrachte ich zwei sehr vergnügte Tage in Behrendsdorf. Die Parteischnule der LDP war im Dritten Reich ein beliebtes Ausflugslokal und Hotel für Parteibonzen. Das Haus liegt direkt an dem idyllischen Glubigsee, einem Ableger des großen Scharmützelsees. Noch sind die beiden großen, durch Kriegseinwirkung beschädigten Gebäude des Hotels nicht völlig wiederhergestellt, noch fehlt es an Betten, auch müssen die Zimmer neu gestrichen werden. Doch für ein paar Tage läßt es sich hier schon angenehm wohnen. Fast von jedem Zimmer hat man einen herrlichen Blick auf Wald und See.

Ehrendast bei unserer abendlichen, feuchtföhlichen Feier war Leo Leux, ein kleiner, lebhafter und vergnügter Mann. Der Film- und Schlagerkomponist der späten dreißiger und frühen vierziger Jahre lebt heute in Bad Saarow. Auf einem alten, leicht verstimmtten Klavier spielte Leux seine Evergreens: Kleine Mama, wie geht es Ihrem Baby – Stern von Rio – Dummes, kleines Ding. Und schließlich auch noch seine neueste Komposition „In Bad Saarow, am Scharmützelsee“. Dieses Lied wird aber bestimmt kein Schlager – und das nicht allein wegen des Textes.

Während eines Spazierganges am Glubigsee eröffnete mir Herr Flatau, daß meiner Übersiedlung in die Landesleitung nun nichts mehr im Wege stehe. Er habe selbst darüber noch einmal mit Herrn von Koerber gesprochen. Nach einer Einarbeitungszeit solle ich die Geschäftsführung des Landesverbandes übernehmen.

Während wir auf unseren Bus zur Rückfahrt warteten, warf jemand die Frage auf, welcher Partei wir wohl angehören würden, wenn heute nicht 1948, sondern 1932 wäre. Jochen P., Rudolf Bätcher und ich stammen aus nationalkonservativen Familien. Wir diskutierten längere Zeit über Bedeutung und Berechtigung von Mittelparteien: Demokraten, Staatspartei, Zentrum usw. Und wir waren uns einig, weiter „rechts“ zu stehen als seinerzeit die rechten Flügel dieser Weimarer Parteien. Für uns käme nur eine gemäßigte Rechtspartei, also vielleicht die Deutsche Volkspartei, in Frage. Eine radikale Rechte indessen lehnten wir einhellig ab. Auch die stellvertretende Landesvorsitzende, Frau Helene Orthmann, bekannte sich zu dieser Einstellung, die sicherlich von sehr vielen Parteifreunden geteilt wird. Auch stimmten wir darin überein, daß sich die LDP bei Wiederherstellung der deutschen Einheit spalten werde: ein kleinerer Teil wird sich dann den Mittelparteien und der gemäßigten Linken, der größere jedoch der gemäßigten Rechten anschließen. Doch bis dahin hat es noch viel Zeit.

Wie der „Telegraf“ am Sonnabend meldete, sind Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Benelux-Länder am 30. April übereingekommen, eine deutsche verfassungsgebende Versammlung als ersten Schritt zur Errichtung einer deutschen Regierung für die Westzonen zu bilden. Diese Regierung soll im Frühjahr nächsten Jahres ins Leben gerufen werden. Die Spaltung vertieft sich.

Dienstag, den 4. Mai 1948

Gerhard hat Schwierigkeiten. Gestern abend ist er – wie er mir heute berichtet – zweimal von den Russen abgeholt worden. Er wurde auf der SMA über seine Tätigkeit in der Fachschaft Zeitschriftenhandel verhört. Er habe sich durch sein Auftreten in den Fachschaftversammlungen den Unwillen der Besatzungsmacht zugezogen. Vor allem, seitdem er vor einigen Wochen drohte, die amtliche Zeitung der SMA, die „Tägliche Rundschau“, zu boykottieren, wenn diese die plötzlich erfolgte Erhöhung des Einkaufspreises nicht wieder rückgängig mache. Letzteres sei zwar geschehen und der Boykott unterblieben, aber die Russen hätten das nicht vergessen. Sie hätten ihn gestern abend aufgefordert, seine Ämter in der Fachschaft niederzulegen. Beim zweiten Verhör sei ihm ein entsprechendes Schriftstück vorgelegt worden, das er habe unterschreiben müssen.

Freitag, den 7. Mai 1948

Himmelfahrt 1948 mit einem Wetter, wie man es nur wünschen kann: ein lachender Maihimmel, 25 Grad im Schatten. Ich machte mit Gerhard und dessen Freunden Werner S. und Kurt K. eine „Herrenpartie“. Wir kamen nur bis zum Bürgershof, einem alten Ausflugslokal hinter der Glienicker Brücke. Dort blieben wir hocken, tranken teuren Schnaps (das Gläschen zu 3,25 RM!) und schauten dem Treiben in diesem Lokal zu. Das Publikum: vorwiegend Jugendliche unter 18 Jahren, die Jungen zumeist mit langem Haarwuchs. Sie tanzten ohne Pause mit ihren „Babys“ Kreuz- und Zitterswing. Werner, ehemaliger R-Bootfahrer³² bei der deutschen Kriegsmarine, im vergangenen Jahr erst demobilisiert, verspürte beim Anblick dieser Nachkriegsjugend starke Aggressionsgefühle. Er würde gern, versicherte er ein übers andere Mal, diese „Swingfans auseinandernehmen“. Wir rieten ab. Schließlich zerquetschte er vor lauter Wut ein Bierglas in seiner Hand und zerschnitt sich dabei die Pfoten. Damit war unsere Herrenpartie vorzeitig beendet.

Heute vormittag holte mich Koerber im Wagen vom Geschäftszimmer ab. Wir fuhren in die Landesgeschäftsstelle in der Margarethenstraße. Dort ein Gespräch im Beisein Flataus über meine künftige Tätigkeit. Bei dieser Gelegenheit machte mich Koerber darauf aufmerksam, daß ich in der morgigen Sitzung des Ausschusses für Jugend- und Nachwuchsfragen wahrscheinlich als neuer Landesjugendsekretär der Partei vorgeschlagen werden soll. Er empfehle mir, dieses Angebot abzulehnen, weil es – so Koerber – in meinem eigenen Interesse liege, politisch zunächst nicht allzusehr in den Vordergrund zu treten. Auch Flatau riet zur Abstinenz. Ich erklärte mich schließlich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Sonabend, den 8. Mai 1948

Heute eine gut besuchte Sitzung des Ausschusses für Jugend- und Nachwuchsfragen im Restaurant „Alte Wache“. Koerber nahm an der Sitzung teil. Wir beschlossen, in allen Kreisverbänden Jugendausschüsse zu bilden; mit Schwierigkeiten ist dabei allerdings zu rechnen. Die Arbeit dieser Ausschüsse soll stets im engen Zusammenhang mit der Parteiarbeit stehen, eine Tätigkeit im Sinne einer parteieigenen Jugendorganisation ist nicht erwünscht. Koerber regte an, in diesem Kreise einmal die Geschichte des 19. Jahrhunderts zu behandeln, in dem der Liberalismus „den praktischen Beweis im Lebensniveau des gesamten Volkes geliefert“ habe (was immer das bedeuten mag). Über dieses Thema sollte auf der Parteischule in Behrendorf diskutiert werden.

Als die Landesvorstandswahlen zur Sprache kamen, schlug Bätcher vor, mich als zweiten Jugendvertreter in den Vorstand zu entsenden. Sofort sprang Koerber auf und erklärte, ich sei Kreisgeschäftsführer und in mei-

ner Arbeit völlig ausgelastet. Im übrigen versperre mir ohnehin die vom Kreisverband gefaßte Resolution den Weg in den Landesvorstand. Dennoch wurde ich vom Ausschuß, zusammen mit zwei anderen Parteifreunden, für die Wahl vorgemerkt.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wiesen einige Freunde auf Schilder hin, die von der SED auf allen Bahnhöfen der Zone zur Begrüßung der Heimkehrer aus Rußland aufgestellt wurden. Frage: wo bleibt die LDP? Besonders kritisierten sie, daß bei den Veranstaltungen am 1. Mai die Überparteilichkeit nicht gewahrt wurde; die LDP sei an vielen Orten für den „Sozialismus“ mitmarschiert. Eigene Fahnen und Wimpel waren nicht gestattet. Die Stellungnahme der Parteileitung zum 1. Mai sei zu spät gekommen, sie sei aber auch von vielen nicht beachtet worden, obwohl sie bindend hätte sein müssen.

Dienstag, den 11. Mai 1948

Die heutige Presse bringt einen sensationell herausgestellten Notenwechsel zwischen den USA und der Sowjetunion, in dem beide Staaten ihren Willen zur Zusammenarbeit bekunden. Sehr glaubwürdig klingt das alles nicht. Bisher haben die beiden Mächte eher den Eindruck vermittelt, als wollten sie demnächst ihre Meinungsverschiedenheiten mit Atomwaffen austragen. Nun können wir also ganz beruhigt sein – bis zur nächsten Kriegsdrohung eines dieser beiden Staaten, die wohl kaum lange auf sich warten lassen wird.

In der „Neuen Zeitung“ finde ich die Meldung, daß zwischen SED und polnischen Kommunisten Verhandlungen über die Rückgabe eines geringfügigen Teils Niederschlesiens an Deutschland im Gange seien.³³ Diese Verhandlungen seien auf Druck der Russen zustande gekommen. Mit diesem Schritt wollten die Russen angeblich den Teil der Bevölkerung für sich gewinnen, der Besatzungsmacht und Polen haßt, weil sie 1945 gegen jedes Völkerrecht Pommern, Schlesien und Ostpreußen raubten.

Donnerstag, den 13. Mai 1948

Heute kam bereits das Dementi. Die Schlagzeile der „Welt“: „Marshall und Bevin stellen richtig“. Die USA werfen Moskau Indiskretionen im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen über einen Notenwechsel zwischen den beiden Großmächten vor. Außenminister Marshall dementierte heftig, daß die USA die Absicht hätten, mit der Sowjetunion Verhandlungen über internationale Probleme aufzunehmen. Die westeuropäischen Regierungen waren durch die Meldungen vom Dienstag beunruhigt, Frankreich meldete bereits ein Mitspracherecht bei sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen an.

Pfingstsonntag, den 16. Mai 1948

Ein lachender, sonniger Maientag – wolkenloser blauer Himmel. Am Nachmittag mit Hans-Sigismund G. in Sanssouci. Der Park wimmelt von Menschen, man kann sich auf den Hauptwegen kaum vorwärts bewegen. Liebespärgchen allenthalben, Familien mit Kindern und russische Soldaten, deren Hauptinteresse den springenden Fontänen galt. Über allem ein Duft der blühenden Büsche und Linden. In der Gaststätte am Drachenhäus auf dem Klausberg herrschte Hochbetrieb. Unter schattigen alten Bäumen verzehrten wir einige Portionen der bitter nach Chemie schmekkenden Schlagcreme. Aus einem Lautsprecher dudelten die Schlager der Saison: „Kommt mit mir nach Tahiti“ ... und „Schade um die Zeit“ ...

Donnerstag, den 20. Mai 1948

Gestern abend die bisher hitzigste und lauteste Kreisvorstandssitzung. Verursacher dieses Lärms war ich selbst. Verärgert über die Passivität meiner Parteifreunde drohte ich mit Rücktritt, falls man es weiterhin an Unterstützung fehlen lasse. Schützenhilfe erhielt ich von Mühlmann und unserem Schatzmeister R. Es kam zu einer heftigen, zeitweilig ausgesprochen unsachlich geführten, mehr als zweistündigen Debatte. Abschließend verließen die Angehörigen des Landesvorstandes und der Landesleitung den Kreisvorstand, entsprechend unserer Resolution vom 1. April.

Am Nachmittag eine kommunistische Großkundgebung im Lustgarten, Auftakt für das sogenannte Volksbegehren, das am 23. Mai beginnt. Reden der drei Vorsitzenden des „Volksrats“ Wilhelm Pieck (SED), Otto Nuschke (CDU) und Prof. Hermann Kastner (LDP). Sämtliche Betriebe waren zur Teilnahme an dieser Veranstaltung befohlen. Ich blieb der Kundgebung fern.

Freitag, den 21. Mai 1948

Gestern wurde Arthur Lieutenant auf einer Sitzung des Landtages als Nachfolger des geflüchteten Dr. Kunze in das Amt des brandenburgischen Finanzministers eingeführt. L. geht der Ruf voraus, ein energischer und politisch gewandter Mann zu sein. Als ehemaliger Stadtkämmerer verfügt er zudem über fachliche Kenntnisse. Die nach der Flucht Kunzes aus dem Ministerium gefeuerten Parteifreunde schöpfen jetzt neue Hoffnung, ein Teil soll bereits wieder eingestellt sein.

Sonabend, den 22. Mai 1948

Am Sonntag beginnt das von der Besatzungsmacht befohlene „Volksbegehren“. Von morgen ab liegen in den Wahllokalen zunächst für vier Tage (23., 26., 29. und 30. 5.) die Listen aus, in die sich Erwachsene und Kinder (!) eintragen sollen.³⁴ Das Volksbegehren ist selbstverständlich nicht ge-

heim, eine genaue Kontrolle der Stimmabgabe jederzeit möglich. Seit Tagen werde ich immer wieder gefragt, wie man sich verhalten solle. Ich empfehle allen, sich in die Listen einzutragen. Einmal, weil wir alle ohnehin mit den Russen kollaborieren bzw. kollaborieren müssen: der Arbeiter demontiert für die Besatzungsmacht, der Behördenangestellte führt deren Befehle aus, der Handwerker erledigt ihre Aufträge, der Ingenieur oder Wissenschaftler leistet den Russen im Rahmen des Reparationsprogramms seine Dienste usw. Das gleiche spielt sich natürlich auch im Westen ab. Auch das Volksbegehren ist ein Befehl der Besatzungsmacht, der zudem noch den Vorteil hat, daß wir etwas unterschreiben sollen, wofür wir ohnehin alle sind: für Einheit und einen gerechten Frieden. Wobei wir unter Einheit allerdings etwas mehr verstehen: Ein Deutschland mit Schlesien, Pommern und Ostpreußen. Und ein gerechter Frieden ist gewiß kein Friede nach russischem Muster!

Aber es gibt noch einen weiteren Grund, sich in die Listen einzutragen. In Westdeutschland und darüber hinaus erwartet man wegen des russischen Drucks ein Abstimmungsergebnis von mehr als 90% für die von den Sowjets aufgestellte Parole. Das entspricht den Ergebnissen von Wahlen und Abstimmungen in Diktaturen. So wie im Nazireich sind auch in den heutigen Volksdemokratien Wahlergebnisse von nahezu 100% an der Tagesordnung. Je höher die Teilnahme am Volksbegehren ist, um so deutlicher wird vor der Welt das Betrügerische dieses Unternehmens. Bei einem Resultat von 90 bis 100% amüsiert sich die ganze Welt, bei nur 70 bis 80% würde vielleicht mancher draußen glauben, daß diese Abstimmung demokratisch vor sich gegangen sei. Das aber muß verhindert werden.

Montag, den 24. Mai 1948

Das „Volksbegehren“ hat begonnen. Am Sonntag mittag meldete Radio Berlin bereits einhundertprozentige Einzeichnungen aus kleinen Ortschaften. Hier in Potsdam haben sich bisher ganze 23% der Bevölkerung in die Listen eingetragen, im Arbeiterviertel Babelsberg sind es sogar nur 17%. Der SED und ihren Transmissionsriemen passierte dabei ein kleines Mißgeschick. FdJ-ler verteilten Handzettel, die zum Volksbegehren aufriefen und ein Bild Rumpfdeutschlands ohne die Ostgebiete zeigten. Zwar ließ die SED diese Flugblätter bald wieder einziehen, aber die Bevölkerung hatte bereits eine klare Vorstellung über die wahren Einheitsabsichten der Kommunisten erhalten.

Es gibt noch andere Pannen, die sich auf den Einzeichnungsenthusiasmus der Menschen negativ auswirken könnten. So erhielt Potsdam vor einiger Zeit aus Berlin eine Sendung von 2400 kg Geflügel. Das Gefrierhausgeflügel, vornehmlich Puten und Enten, war in Kisten verpackt und soll aus sowjetischen Beständen stammen. Als man in Potsdam die Kisten öffnete, fand man den Inhalt vollkommen ungenießbar, von Ratten zer-

fressen. Der Ernährungsausschuß beschloß eine strenge Untersuchung und die Fahndung nach den Schuldigen. Zugleich vereinbarte man, diesen Vorfall der Bevölkerung durch die Presse mitzuteilen. Da schaltete sich die SMA ein und befahl strengstes Stillschweigen. Sie hatte Angst vor der Blamage. Dafür überschwemmen uns die Russen zur Zeit mit fast ungenießbarem Salzgemüse und gesalzenen grünen Tomaten aus den Beständen ihrer Winterverpflegung.

Mittwoch, den 26. Mai 1948

Am Vormittag im Landessender Potsdam. In Vertretung der Herren von Koerber und Mühlmann gab ich ein Interview zur Gründung der Nationaldemokratischen Partei. Ich äußerte mich kritisch, wie es ja auch der Haltung der Partei entspricht. In das gleiche Horn blies Wilke Henke von der CDU.

Am Abend trafen sich Wahlhelfer und Listenführer im Wahllokal in der Gemeindeschule Margarethenstraße. Listen und sonstige Unterlagen zeichnen sich allgemein durch Unvollständigkeit und Unordnung aus. Das kann kaum verwundern. Bereits am Nachmittag auf der Vollversammlung der Ausschüsse für das Volksbegehren in Potsdam wurden die Mängel der Organisation offenbar. So waren am Sonntag einige Abstimmungslokale überhaupt nicht besetzt, andere hatten keine Unterlagen oder machten falsche Eintragungen. Die meisten Helfer der bürgerlichen Parteien scheinen zudem gar nicht in den Abstimmungslokalen erschienen zu sein. Und die Bevölkerung kommt auch nur sporadisch zum Einzeichnen. Der Auftakt des Volksbegehrens in Potsdam ist jedenfalls ein Mißerfolg, für den jeder den anderen verantwortlich machen möchte. Heute allerdings war der Besuch schon besser. Jetzt haben in unserer Stadt immerhin bereits 40% ihre Stimme abgegeben.

Sonntagabend, den 29. Mai 1948

Das „Volksbegehren“ läuft nun auf vollen Touren. Traf heute meinen Klassenkameraden Busso M., der mir folgendes erzählt: am Mittwoch hätten Russen einzelne Abstimmungslokale besucht, um die dort ausliegenden Listen mit eigenen zu vergleichen. Danach seien Rundschreiben an alle versandt worden, die sich bisher noch nicht in die Listen eingetragen haben. Diese Schreiben sollen von Beleidigungen nur so strotzen.

Eine Westberliner Zeitung meldete gestern die Verhaftung fast sämtlicher Redakteure der LDZ (Liberal-Demokratische Zeitung) in Halle. Auch seien Redakteure und Mitarbeiter der Nachrichtenämter in Stendal und Salzwedel verhaftet worden, die alle der LDP angehören.³⁵

Montag, den 31. Mai 1948

Mein letzter Tag als Kreisgeschäftsführer im Nauener Tor. Gestern habe ich offiziell gekündigt. In dem Kündigungsschreiben verwies ich noch einmal auf die mangelnde Unterstützung durch die meisten Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen.

Aus einem Brief vom 30. Mai an meinen Vetter K. in Westdeutschland: „Unsere exponierten Parteipolitiker sind meist schnell verbraucht, wenn sie nicht zuvor schon abgeschossen werden. Die Partei läßt ihre Funktionäre im allgemeinen fallen, sobald sie irgendwo politisch angeeckt haben. Den Parteifreunden kann man oft nicht trauen, denn LDP und CDU sind mit zahlreichen Spitzeln durchsetzt. Oder man kann sich nicht auf sie verlassen, weil sie zu furchtsam oder zu uninteressiert oder beides sind. Die Bevölkerung sieht nur das, was wir wegen des Terrors nicht erreichen können. Sie hat für die Liberaldemokraten nur ein halb mitleidiges, halb verächtliches Lächeln. Und ihr in den Westzonen? Auch für euch sind wir wahrscheinlich noch immer (oder mehr denn je?) ‚Külzlinge‘, Mitläufer des Kommunismus. So sitzen wir denn praktisch zwischen allen Stühlen ... Tatsächlich sind wir hier weiter nichts als eine Bremse, um den immer weiter nach Westen vormarschierenden Kommunismus aufzuhalten. Wenn die LDP keine andere Aufgabe zu erfüllen hätte, als diesen Vormarsch zu bremsen, so gäbe das ihr schon eine volle Daseinsberechtigung. Vielleicht geht die Flut eines Tages über uns hinweg. Dann haben wir wenigstens die Genugtuung, den Kopf nicht in den Sand gesteckt und eine ehrenvolle Niederlage erlitten zu haben.“

Landessekretär der LDP Brandenburg

Am 1. Juni 1948 begann ich meine Tätigkeit als Landessekretär für Politik in der Landesleitung Brandenburg der LDP. Unter den sechs Landesverbänden der LDP stand der Landesverband Brandenburg mit seinen 14429 (1.1.1949) Mitgliedern an 5. Stelle. Dreißig Kreisverbände und 474 Ortsgruppen waren durch die Landesleitung zu betreuen.³⁶ Diese hatte in der stillen Margarethenstraße, nahe dem Park Sanssouci, in einem zweistöckigen Privathaus die erste Etage mit fünf Zimmern gemietet.

Vorsitzender des Landesverbandes war seit der Flucht Finanzminister Kunzes der damals 58jährige Jurist Ingo von Koerber, Gutsbesitzer aus Groß-Plowenz in Westpreußen. Der kleine, drahtige Mann mit einer eindrucksvollen Adlernase galt allgemein als undurchsichtig. In der Weimarer Zeit gehörte er der Demokratischen Partei an. Einem Zivilberuf ging er nicht oder nicht mehr nach. Seine Einkünfte bezog von Koerber als ge-

schäftsführender Landesvorsitzender. Im Herbst 1947 war er einige Wochen spurlos verschwunden. Es ging das Gerücht, er sei von den Russen wegen einer früheren Tätigkeit als Kriegsgerichtsrat verhaftet worden. Offiziell verlautete jedoch, er sei erkrankt. Am 10. Oktober 1947 erschien er erstmals wieder in der Öffentlichkeit. Galt er bis dahin als ein engagierter Gegner des Kommunismus, so gab er sich nun – begreiflicherweise – auffallend vorsichtig und kompromißbereit.

Die Landesgeschäftsstelle in der Margarethenstraße war personell bescheiden besetzt. Bei meinem Eintritt im Juni 1948 besaß die Partei keinen Landesgeschäftsführer. Der letzte, Herr Welkow, war im Frühjahr nach Westberlin gegangen, nachdem ihm die SMA das Vertrauen entzogen hatte; er arbeitete nun unter dem dortigen FDP-Vorsitzenden Carl-Hubert Schwennicke. Außer Herrn von Koerber und mir waren zu diesem Zeitpunkt lediglich drei Referenten tätig: Liselotte G. für kulturpolitische Fragen, Alfred L. für den Bereich Landwirtschaft und Otto G., zuständig für Presse und Statistik. Dazu die Chefsekretärin, Margarethe T. – die als einzige übrigens nicht der Partei angehörte. Schreibarbeiten wurden zumeist außer Haus gegeben und von einer ehemaligen Sekretärin, die in der gleichen Straße wohnte, in Heimarbeit erledigt.

Während der ersten Monate meiner Tätigkeit in der Landesleitung gehörte (inoffiziell) zu den Mitarbeitern auch der ehemalige Referent in Ribbentrops Außenministerium, Joachim Flatau. Ich hatte F. im Herbst 1943 in Neuruppin flüchtig kennengelernt, als wir beide dort an verschiedenen Lehrgängen für Reserveoffiziersbewerber teilnahmen. F. wurde 1944 vor Leningrad sehr schwer verwundet, verlor beide Unterschenkel und den linken Arm und fristete nun sein Leben als Redenschreiber für Ingo von Koerber.

Dienstag, den 1. Juni 1948

Mein erster Tag als politischer Landessekretär in der Margarethenstraße. Ich bekomme 300 RM Gehalt, davon 150 RM steuerfrei. Überstunden werden extra vergütet. Ungeklärt ist noch, welche Lebensmittelkarte ich erhalte; ich hoffe auf die Kategorie II. Vorläufig sitze ich zusammen mit Flatau in von Koerbers Vorzimmer. F. ist ein hochintelligenter Mann, der seine durch die schweren Kriegsverletzungen bedingte seelische Verletzlichkeit hinter Ironie und Sarkasmus verbirgt.

Die Kollegen der Landesleitung sind mir bereits seit längerer Zeit bekannt, eine gute Zusammenarbeit mit ihnen scheint gegeben.

Mein Aufgabengebiet ist die Leitung der Politik des Landesverbandes in Zusammenarbeit mit dem 1. Landesvorsitzenden und dem jeweiligen Landesgeschäftsführer. Dazu gehören: Verbindung zur Besatzungsmacht (Monatsberichte)³⁷, Verbindung zu den Parteien und Organisationen, zum Volkskongreß, zu den Ministerien und zur Landtagsfraktion. Darüber hin-

aus habe ich die Referate Wirtschaft (Volkskontrolle, Sequesterangelegenheiten, Konsumgenossenschaften) und Jugend (Leitung des Landesjugendausschusses, Verbindung zur FDJ und ihrer Kindervereinigung sowie zum Jugendfunk des Landessenders) zu betreuen.

Montag, den 6. Juni 1948

Wenn die Anzeichen nicht trügen, dürfte die seit langem erwartete und befürchtete Währungsreform unmittelbar bevorstehen. Die Londoner Sechsmächtekonferenz, die am Dienstag voriger Woche zu Ende ging, hat neben weiteren Schritten zur Bildung eines Weststaates ein Abkommen beschlossen, in den Westzonen eine Währungsreform – vermutlich Anfang Juni – durchzuführen, allerdings unter Ausschluß der Westsektoren von Berlin. Hier herrscht jetzt große Unruhe, vor allem bei denen, die inzwischen wieder zu Geld gekommen sind. Dazu gehören freilich die Schollwers nicht.

Am Wochenende saß ich wieder im Abstimmungslokal. Es kamen nur wenige, um sich in die Listen einzutragen. Man hätte das Volksbegehren jetzt beenden sollen, wie es auch die SED gewünscht hatte. Aber die Besatzungsmacht ließ das nicht zu. Sie will wohl mit ihrer Aktion vor der Welt renommieren können. Niemand vermag bisher zu sagen, was die Sowjets mit diesem Volksbegehren eigentlich bezwecken. Der Eifer, mit dem die Russen jedoch diese Aktion betreiben, läßt aber Schlimmes vermuten.

Dienstag, den 8. Juni 1948

Traf heute auf der Brandenburger Straße Christa T. von der CDU. Ich kenne sie vom Landessender her. Sie ist Neulehrerin und berichtete mir über die derzeitige Situation an den Potsdamer Schulen. Sie meinte, sämtliche Schüler stünden in starker Opposition zum kommunistischen Regime und zum Volksbegehren. Sie selbst wollte nach Abschluß ihrer Lehrerausbildung eigentlich auf die Universität. Man habe ihr aber bedeutet, daß sie als Kind bürgerlicher Eltern von Hause aus soviel Intelligenz und Wissen mitbekommen habe, daß für sie ein Studium nicht mehr erforderlich sei. Als wir uns verabschieden, muß ich daran denken, was mir im vergangenen Jahr ein Parteifreund über Fräulein T. berichtet hat: sie sei von den Russen zu Spitzeldiensten gepreßt worden. Ich habe mich deshalb vorsichtshalber nicht zu ihren Berichten geäußert.

Mittwoch, den 9. Juni 1948

Eine brütende Hitze. Das Thermometer zeigt heute 31 Grad im Schatten. Im Augenblick ist die Ernährungslage in Potsdam wieder katastrophal. Mutter läuft den ganzen Tag umher, um Nahrungsmittel für die Familie zu suchen, rupft Melde aus unserem Garten und kocht das Zeug als Ge-

müse. Unsere letzte Mark geht für auf dem Schwarzen Markt gekaufte Grütze drauf. Im Herbst soll es, wenn die Ernte gut wird, angeblich eine geringfügige Erhöhung der Kartoffel- und Zuckerrationen geben.

Zur Zeit verschärft sich der Terror gegen die bürgerlichen Parteien. Kommunistische Dienststellen verlangen neuerdings von unseren Kreisverbänden genaue Berichte über interne politische und personelle Vorgänge. Wir werden das nicht hinnehmen. Bedauerlicherweise führt diese Zwangslage keineswegs zu mehr Geschlossenheit in der LDP. Im Gegenteil. Berichte aus den Kreisverbänden weisen immer häufiger auf parteiinterne Auseinandersetzungen hin, die meist auf persönlichen Animositäten beruhen. Es ist bedrückend, was sich dort abspielt. Wie sollen wir mit einer solchen Partei dem wachsenden Druck des Kommunismus widerstehen?

Donnerstag, den 10. Juni 1948

Gegen Ingo von Koerber werden von Hein und seinen Freunden fleißig Intrigen gesponnen, um seine Wahl bzw. Wiederwahl zum Landesvorsitzenden auf dem Landesparteitag Ende dieses Monats zu verhindern. Dagegen scheint meine Wahl in den Vorstand ziemlich sicher zu sein, sofern nicht noch im letzten Augenblick quergeschossen wird, vielleicht sogar vom eigenen Chef.

Sonntag, den 12. Juni 1948

Mein erster öffentlicher Auftritt. Vor dem Verbandstag des Revisions- und Wirtschaftsverbandes (Konsumgenossenschaft)³⁸ im Karstadt-Haus hielt ich heute morgen für die LDP die Begrüßungsansprache. Ich hatte mir ein Redemanuskript von 22 Zeilen vorbereitet mit einem Bekenntnis zur freien Wirtschaft, zum freien Wettbewerb zwischen genossenschaftlichem und privatem Handel. Doch als ich hinter das Podium trat, um meine Begrüßungsworte zu verlesen, irritierten mich die von der Wochenschau aufgestellten Lampen. Ich konnte weder die 400 Deligierten der Konsumgenossenschaften noch mein Papier erkennen. So machte ich nach dem „Meine sehr verehrten Damen und Herren!“ erst einmal eine längere Pause. Dann entschloß ich mich, das Geschriebene aus dem Gedächtnis vorzutragen. Das ging ganz gut.

Die Tagung leitete die vom Orchester Axel te Holte vorgetragene Ouvertüre 1812 von Tschaikowskij ein. Man hatte das Musikstück kastriert: es fehlten jene Stellen, in denen Tschaikowskij die Zarenhymne zitiert, als Symbol für den Widerstand Rußlands gegen Napoleon. Da die Marseillaise indessen nicht entfernt worden war, vermittelte das im übrigen schlecht gespielte Stück eher den Eindruck eines Sieges Frankreichs über Rußland als umgekehrt.

Ansonsten wurde unendlich viel geredet, die Einheit, der Sozialismus beschworen, Ausbeuter, Kapitalisten und Reaktionäre verdammt und hoffnungsvolle Zahlen und Prozente genannt. In dem von dem Genossen Seibt vorgetragenen Bericht des Aufsichtsrates merkte ich mir den Satz: Die Konsumgenossenschaften erstreben die Macht im Staate.

Auf den Bunten Abend mit Wirbelwindakrobaten, einem steppenden Tanzpaar und dem Berliner Kabarett „Frischer Wind“ mußte ich verzichten; ich hatte Karten für die Komische Oper, vormals Metropol-Theater in Berlin. Wir erlebten dort eine schwungvolle, mitreißende Felsenstein-Inszenierung der „Fledermaus“ von Johann Strauß.

Übrigens: Die LDP-Landesleitung soll noch in diesem Jahr die Margarethenstraße verlassen und in ein eigenes Parteihaus einziehen. Seit Wochen arbeiten die Handwerker in einem stark beschädigten Haus in der Breiten Straße, nahe der Garnisonkirche. Diese Straße trägt seit einigen Tagen den Namen des verstorbenen LDP-Vorsitzenden Wilhelm Külz.

Montag, den 14. Juni 1948

Die noch immer andauernde Hitzewelle wirkt sich katastrophal auf die Ernte aus. Unser Landwirtschaftsreferent Alfred L. und von Koerber waren dieser Tage draußen in der Provinz. Sie berichteten schlimme Dinge über den Stand des Getreides und der Ölfrüchte. In einigen Kreisen werde das Korn nur notreif, zum Teil sei es durch die glühende Sonne und den warmen, trockenen Wind völlig verbrannt. Da werden wir noch kräftig hungern müssen.

Die gegen von Koerber gerichteten Aktionen haben inzwischen ihren Höhepunkt erreicht. Einige Parteifreunde lachen sich schon ins Fäustchen, weil sie glauben, alles getan zu haben, um die Wahl Koerbers zu verhindern. Am Freitag findet die letzte Sitzung des erweiterten Vorstandes vor dem Parteitag statt. Hier muß die Entscheidung fallen. Koerber beabsichtigt, notfalls zum Gegenangriff überzugehen und sich dabei der Hilfe der Russen zu versichern. Morgen wird er darum die SMA bitten, unschuldig verfolgte und bestrafte Parteifreunde zu rehabilitieren. Dazu gehören auch die 13 aus der Landesregierung fristlos entlassenen LDP-Mitglieder, die nach Kunzes Flucht vom Innenminister, dem ehemaligen Major und Ritterkreuzträger Bernhard Bechler, gefeuert wurden. Wenn Koerber dieser Coup gelänge, hätte er das Gefecht gewonnen.

Donnerstag, den 17. Juni 1948

Morgen abend soll im Westen die Währungsreform verkündet werden. Das meldet „Radio Berlin“ soeben in seinem 22-Uhr-Nachrichtendienst. Auch die Westberliner Presse bringt heute Meldungen, wonach dieses Ereignis unmittelbar bevorsteht. Gestern vormittag haben Vertreter der Militärregierung in Frankfurt/Main führende Persönlichkeiten der deutschen

Verwaltung über Datum und Inhalt der Währungsreform in den drei Westzonen unterrichtet. Am Sonnabend wird wohl auch hier in der Ostzone die Geldreform bekanntgegeben werden.

Sehr besorgt ist von Koerber für die Partei. Wir leben ausschließlich von den Beiträgen unserer Mitglieder. Nach der Reform dürften kaum noch genug Gelder eingehen, um die Parteiarbeit zu finanzieren. Vielleicht werden wir sogar noch den für die kommende Woche einberufenen Landesparteitag absagen müssen.

Von Koerber will gestern nachmittag auf der SMA nach stundenlangen Gesprächen einige Zusagen erhalten haben, die – wie er meint – seine Wiederwahl zum 1. Vorsitzenden sicherstellen könnten. Freilich: in der wichtigsten Frage, der Wiedereinstellung der 13 entlassenen Parteifreunde, konnte er bisher noch keine konkreten Zugeständnisse erreichen. Er hofft aber, diese bis zum Parteitag noch zu erhalten. Was das Problem der von der Besatzungsmacht verhafteten Deutschen angeht, so brachte auch hier die Aussprache in der SMA keinen Fortschritt. Die Russen deuteten lediglich an, daß ein diesbezügliches Gesetz in Vorbereitung sei. Dennoch ist Koerber mit dem Ergebnis seiner Gespräche offenbar sehr zufrieden.

Das „Volksblatt“ bringt heute auf Seite 1 die Nachricht, daß der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Huebener, am Dienstag auf einer Sitzung des Magdeburger Bezirksvorstandes der LDP ein „Zonenparlament für die sowjetische Besatzungszone“ gefordert habe, um die bisherige völlige Auseinanderentwicklung des deutschen Rechts in unserer Zone zu beseitigen. Trotz Fernlenkung durch die Deutsche Wirtschaftskommission³⁹ sei die Zusammenarbeit der Länder in der Sowjetunion völlig unbefriedigend. Im weiteren Verlauf dieser Meldung heißt es über die Rede Huebeners: die Londoner Empfehlungen hätten ihn „entsetzen, aber nicht überraschen können“, weil er schon bei früheren Besuchen in den anderen Zonen festgestellt habe, daß der Westen die sowjetische Zone längst abgeschrieben habe. – Den Eindruck haben wir wohl alle!

Freitag, den 18. Juni 1948

Heute abend wurde, wie erwartet, die separate Währungsreform für die drei Westzonen verkündet. Damit ist ein entscheidender Schritt zur Zerreißung Deutschlands getan, an der alle vier Großmächte gleiche Schuld tragen. Eine Schuld, die sich einmal bitter rächen wird!

Während dieses Vorgangs von weittragender Bedeutung tagte im Landtag der erweiterte Vorstand des Landesverbands. Wichtigster Tagesordnungspunkt: Die Vorbereitung des Landesparteitages am 26./27. Juni. Siebeneinviertel Stunden lang wurde – nur von einer Pause für das Abendessen unterbrochen – schmutzigste Parteiwäsche gewaschen, persönliche Beschimpfungen an die Stelle von Argumenten gesetzt. Es war bedrück-

kend. Trotz heftigster Angriffe schlug man am Ende von Koerber doch wieder zum Landesvorsitzenden vor. Die Opponenten hatten keinen geeigneten Gegenkandidaten anzubieten, der auch das Vertrauen der SMA besitzt. Um jeden der drei Vorsitzenden und um den Schatzmeister entspann sich eine längere, heftige Diskussion. Ich selbst bin für den Vorstand nicht nominiert worden; hier hat – wie auch sonst – von Koerber seine eigenen Vorstellungen durchsetzen können.

Währungsreform, Versorgungskrise, Kampf um Berlin

Montag, den 21. Juni 1948

Gestern trat die Währungsreform in den Westzonen in Kraft, heute abend legte die Deutsche Wirtschaftskommission Marschall Sokolowskij den Plan für eine ostzonale Geldreform zur Genehmigung vor. Morgen oder übermorgen dürfte dieser Plan veröffentlicht und verkündet werden. Bereits am vergangenen Freitag haben die sowjetischen Besatzungsbehörden mit sofortiger Wirkung den Interzonenverkehr in beiden Richtungen eingestellt.

Hier gibt es heute nur ein Thema: wie wird unsere Währungsreform aussehen? Die westdeutsche gibt zur Besorgnis Anlaß. Nach dem, was bisher bei uns darüber bekanntgeworden, trifft sie die Leute ohne Vermögen, die Armen, besonders hart. Man fürchtet, daß die Kopfquote der Westzonen, nämlich 60 RM, auch hier der Richtsatz für den Umtausch 1:1 sein könnte. Andererseits nehmen auch viele an, daß die Sowjets schon aus propagandistischen Erwägungen vor einer derartig unsozialen Maßnahme zurückschrecken würden. Ganz sicher kommt die westdeutsche Reform den Kommunisten wie gerufen. Sie versäumen nicht, das Ergebnis für sich propagandistisch auszuschlachten. Seit Tagen wird hier das politische Leben durch eine unübersehbare Zahl von Protestkundgebungen und -resolutionen der Kommunisten bestimmt. Der Berliner Rundfunk sendet seit dem Wochenende ein ernstes Programm, wohl um die Bedeutung der westdeutschen Währungsreform für die Zukunft Deutschlands besonders zu unterstreichen. Gewiß tragen die Russen die Hauptschuld an der Zerreißung Deutschlands. Aber auch die Westmächte mit ihren „Londoner Beschlüssen“ und der separaten Währungsreform haben alles getan, um die Lage Deutschlands weiter zu verschärfen und unser Volk noch mehr zu knebeln.

Interessant ist die Haltung der westdeutschen FDP. Vor mir liegt „Der freie Demokrat“, eine Zeitschrift der FDP in der britischen Zone vom 17. Juni. Danach bezeichnete der Zonenvorsitzende Franz Blücher dieser

Tage auf einer öffentlichen Kundgebung in Oldenburg die Ergebnisse der Londoner Besprechungen als niederschmetternd und einen „verhängnisvollen Kompromiß der Kabinettpolitik“. Die FDP könne aufgezwungenen Notlösungen nur zustimmen, wenn sie lediglich zur Beseitigung des augenblicklichen Notstandes dienen. „Das Wort vom westdeutschen Staat möchten wir untergehen sehen!“⁴⁰ Wir auch, Herr Blücher!

Dienstag, den 22. Juni 1948

Ein Mitglied unseres Landesjugendausschusses, Parteifreund Siegfried V. aus Bad Freienwalde, bat mich auf unserer letzten Ausschußsitzung, ihm meinen dort gegebenen Bericht über die Gesellschaft zur Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums zur Verfügung zu stellen. Ich hatte darin die bisherige Tätigkeit der Gesellschaft kritisiert und auf ihre rein kommunistischen Zielsetzungen hingewiesen. Der Bericht kam zu dem Schluß, diese Gesellschaft gebe unserer Partei keine Möglichkeit zu echter Mitarbeit. Die dort vertretenen Tendenzen „lassen sich mit unserem liberaldemokratischen Gedankengut in keiner Weise vereinbaren“. Ich empfahl, daß sich nach der CDU auch die LDP aus der Gesellschaft zurückziehen und die Zonenleitung der einseitigen Hochschulpolitik der SED entgegenzutreten solle.

Am 5. Juni sandte ich das Papier Siegfried V. zu. Er wollte es in seinem Kreisverband diskutieren und dazu Stellung nehmen. Jetzt schickt er mir den Bericht zurück mit dem Bemerken, daß er „bestimmt dazu angetan erscheint, der Zuhörerschaft die, ach, so versandeten Augen zu öffnen“. Leider bekämen wir jedoch noch immer nicht die Unterstützung vom Landesverband, die wir erwarteten. – Der Brief ist unterwegs geöffnet worden und trägt einen Stempel mit kyrillischen Buchstaben. Die Inschrift des Stempels lautet: „Sovjetskaja Zona – Wojennaja Zensura 6238“.⁴¹ Ich werde Parteifreund V. über diesen Zwischenfall informieren müssen.

Heute erfahre ich von einer Kollegin der Landesleitung etwas über das politische Vorleben des Landesvorsitzenden der neuen Nationaldemokratischen Partei, des Dr. Koltzenburg. Dieser sei zunächst der LDP beigetreten, dann aber bald zur CDU übergewechselt und schließlich – kurz vor den Gemeindewahlen im Herbst 1946 – Mitglied der SED geworden. Nun hat er innerhalb von nur zwei Jahren das vierte Parteibuch in der Tasche. Ein wahrhaft überzeugender Parteivorsitzender!

Die Ernährungslage ist unverändert schlecht. Die Hausfrauen sind von früh bis spät auf den Beinen, um Eßbares zu ergattern. Die ohnehin außerordentlich dürftigen Lebensmittelzuteilungen werden immer häufiger durch „Austauschware“ ersetzt. Kartoffeln sind in fast allen Haushaltungen längst aufgegessen, neue gibt es erst im August. Gemüse erhalten wir drei- bis viermal im Monat und dann in Mengen, die knapp zu einer Mahlzeit reichen. Obst ist so gut wie überhaupt nicht vorhanden, statt Fett

wird in einzelnen Dekaden Zucker ausgegeben, statt Fleisch Magermilch und Käse. Auch „unter der Hand“ bekommt man jetzt nichts mehr, weder Grütze noch Brot, Kaffee oder Zigaretten. Die Schwarzhändler halten kurz vor der Währungsreform ihre Ware zurück.

Mittwoch, den 23. Juni 1948

Heute morgen um 8 Uhr verkündete Radio Berlin die Währungsreform für die Ostzone. Diese Mitteilung löste Unruhe und Aufregung unter der Bevölkerung aus. Der „Befehl 111“ der SMA, bestehend aus 16 Paragraphen, und die Ausführungsbestimmungen der Deutschen Wirtschaftskommission bringen beim Publikum keine völlige Klarheit, zumal heute nur wenige Zeitungen erschienen sind und diese den Händlern buchstäblich aus den Händen gerissen wurden. So sind nur wenige in der Lage, die Bestimmungen in Ruhe nachzulesen. Mißverständnisse, Gerüchte und allgemeine Verwirrung sind die Folge.

Morgen, am 24. Juni, beginnt der Umtausch des Altgeldes gegen das „neue Geld“, das sich freilich von dem alten nur durch aufgeklebte sogenannte „Spezialkoupens“ unterscheidet. Der Umtausch soll am 28. d. M. abgeschlossen sein. Die Kopfquote beträgt in der Ostzone 70 RM, also 10 RM mehr als in den Westzonen. Das übrige Bargeld von Privatpersonen hat ab morgen nur noch ein Zehntel seines Nennwertes. 100 RM der Kontengelder werden im Verhältnis 1:1 umgetauscht, bis zu 1000 RM 1:5 und darüber im Verhältnis 1:10. Das bedeutet gerade für die kleinen Leute einen empfindlichen Schlag. Volkseigene Betriebe, Industrieunternehmen und öffentliche Betriebe sowie die politischen Organisationen werden bevorzugt behandelt. Sie erhalten Neugeld im Verhältnis 1:1. Die Scheidemünzen behalten ihren alten Wert. Damit haben alle die Leute recht behalten, die in den letzten Wochen diese Münzen sammelten und damit zu einer Verknappung des Kleingeldes beitrugen.

Der Befehl 111 soll auch für Großberlin Gültigkeit haben. Aber die Amerikaner haben bereits erklärt, daß sie diese Reform in ihrem Sektor nicht anerkennen werden. Es ist anzunehmen, daß auch die Franzosen und Engländer für ihre Sektoren ähnliche Stellungnahmen abgeben werden. Das würde bedeuten, daß Berlin zwei Währungen (!) bekommt: eine östliche und eine westliche. Die Folgen wären kaum auszudenken. Damit haben die Differenzen zwischen den Sowjets und den Westmächten ein neues, gefährliches Stadium erreicht, das zu einer möglicherweise gewalttätigen Entscheidung drängt. Die nächsten Tage dürften für die Zukunft Deutschlands, ja ganz Europas von großer Bedeutung sein. Freilich gibt es noch immer Menschen, die hoffen, daß es in letzter Minute zu einem *modus vivendi* zwischen Ost und West kommen und sogar – nachträglich – eine gesamtdeutsche Währungsreform geben könnte. Ich glaube an diesen Wandel der Dinge zum Guten nicht mehr. Denn die Entwicklung der in-

ternationalen Politik in den drei Nachkriegsjahren beweist m. E. eindeutig, daß keiner der ehemaligen Kriegsalliierten zu einem wirklichen Kompromiß bereit ist. Von Koerber sieht sehr schwarz für unsere Partei und fürchtet, wie er mir heute sagte, ihren völligen Zusammenbruch.

Donnerstag, den 24. Juni 1948

Die Pessimisten behielten recht: die westlichen Besatzungsmächte haben gestern die Einführung der Deutschen Mark der Westzonen für die Westsektoren Berlins beschlossen. Der Befehl 111 der SMA wurde für diese Sektoren als „null und nichtig“ erklärt. Wie soll das enden?

Heute der erste Umtauschtag in der Ostzone. Von den frühen Morgenstunden an lange Menschenglangen vor den zahlreichen Wechselstellen. Das neue Geld ist, gutdeutsch gesagt, ein richtiger Beschiß. Die alten Banknoten tragen lediglich einen sogenannten „Spezialcoupon“, der mit seiner gummierten Seite auf den Geldschein geklebt wird. Diese Coupons sind aber so primitiv, daß sie jeder geschickte Graphiker mit Leichtigkeit nachmachen kann. Die ersten Coupons werden bereits heute auf unserem Schwarzen Markt gehandelt, auf dem es sehr lebhaft zugeht. Nur Lebensmittel und Genußmittel werden hier z. Zt. genau so wenig angeboten wie in Berlin.

Eine „hübsche“ Geschichte berichtet mir meine Kollegin Liselotte G. Sie besuchte gestern die Sitzung des Landtages und saß auf der Tribüne zufällig hinter der Frau des kommunistischen Landtagspräsidenten Friedrich Ebert. Dabei beobachtete sie, wie Frau Ebert von neben ihr sitzenden Leuten Banknotenbündel zugesteckt bekam, die sogleich in ihrer Handtasche verschwanden. Da die Geldmittel der hohen Funktionäre nicht abgewertet werden, geben die kleineren offenbar ihr Kapital diesen Privilegierten zu „treuen Händen“ in Verwahrung, damit diese das Geld ebenfalls im Verhältnis 1:1 umtauschen. So sehen also die sozialen Maßnahmen unserer Zone aus!

Übrigens: Unser Parteitag wird wegen der Währungsreform um 14 Tage verschoben.

Sonabend, den 26. Juni 1948

Bei uns herrscht zur Zeit Weltuntergangsstimmung. Die Menschen sind deprimiert und verzweifelt. Währungsreform, eine neue schwere Versorgungskrise und nun auch noch die unerträglichen Spannungen um Berlin – das alles lastet schwer auf der Bevölkerung. Diese Tage werden wohl darüber entscheiden, ob Berlin nun endgültig zur russischen Zone kommt oder nicht. Gegenwärtig versuchen die Sowjets, die westlichen Alliierten mit den Mitteln des Drucks und des Boykotts aus Berlin herauszudrängen. Sie sperren die Zufuhr von Versorgungsgütern aus dem Westen. Sie schicken Rollkommandos deutscher Kommunisten zum Stadtparlament, damit

sie die nichtkommunistischen Abgeordneten verprügeln. Viele meinen hier, daß die Westmächte weichen werden, daß sich schon binnen einer Woche das Schicksal Berlins zugunsten der Sowjets entscheiden werde und damit das Schicksal Deutschlands insgesamt.

Unsere LDP ist nahezu bankrott. Sie hat durch die Währungsreform den größten Teil ihrer finanziellen Mittel eingebüßt. Dafür haben die Kommunisten, die rechtzeitig über die Modalitäten der Währungsreform unterrichtet waren, die Geldabwertung glänzend überstanden. Die SED-Funktionäre samt ihren Freunden zahlten, wie ich erfuhr, bereits vor dem 1. Mai ihre Gelder auf die Konten der SED und ihrer Massenorganisationen ein und retteten so ihre Ersparnisse. Damit wird immer deutlicher, daß die Währungsreform vor allem auch ein politisches Ziel hat: die Zerschlagung der demokratischen Parteien LDP und CDU und die Vernichtung der privaten Unternehmen, deren Konten von dem bevorzugten Umtausch 1:1 ausgenommen waren. Mit dieser Währungsreform ist die soziale und wirtschaftliche Umwälzung in der Ostzone einen großen Schritt vorangekommen.

Donnerstag, den 1. Juli 1948

Der Kampf um Berlin zwischen den Westmächten und den Sowjets geht weiter. Bisher sind die Westmächte freilich fest geblieben. Das hat die Sowjetunion veranlaßt, in ihrer Berlin-Offensive eine kurze Atempause einzulegen und vorsichtige Andeutungen einer gewissen Kompromißbereitschaft zu machen. Allgemein wird bei uns jedoch die Ansicht vertreten, daß die Sowjetunion diese Atempause nur dazu benutzt, ihre zu weit vorgeprellten Akteure zurückzurufen und den Hebel an einer anderen Stelle anzusetzen. An einer Stelle, die noch nicht im Blickpunkt des allgemeinen Interesses der Weltöffentlichkeit liegt.

Die russische Blockade Berlins hat die Westmächte gezwungen, die Versorgung der Westsektoren durch einen ununterbrochenen Flugtransportverkehr sicherzustellen. Die Westberliner haben täglich nur für eine Stunde elektrischen Strom. Der Geldumtausch rief in Berlin eine wahre Völkerwanderung hervor, weil sich die Bewohner der Westsektoren aus naheliegenden Gründen zusätzlich mit der „Tapetenmark“ (Ostgeld) eindecken wollten. Hierbei kam es auf der Rennbahn von Karlshorst, auf der 20 Schalter für den Geldumtausch geöffnet waren, unter etwa 10 000 Menschen zu einer Panik. Einige Personen wurden zu Tode getrampelt, zahlreiche andere zum Teil erheblich verletzt.

Inzwischen beunruhigen neue Meldungen die Ostzone. Danach werden die Vorbereitungen zur Bildung eines Oststaates zur Zeit verstärkt. Dieser Staat soll in engster Anlehnung an die Sowjetunion aufgebaut werden. Schon am 24. Juni hat die „Neue Zeitung“ unter der Schlagzeile „Ostregerung am Monatsende?“ über die angebliche Absicht des Volksrates be-

richtet, am 30. Juni oder 1. Juli eine ostdeutsche Regierung auszurufen. Gestern nun erklärte der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl⁴² vor Funktionären seiner Partei, daß es für SED-Mitglieder keine Fragestellung „Ost oder West“ bzw. „Ost und West“ geben könne wie für gewisse bürgerliche Parteien und Politiker (!). Für die SED gäbe es nur ein vorbehaltloses Bekenntnis zum Osten, zur Sowjetunion und damit zu engster Anlehnung an den Ostblock, und das sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht.

Das ist eine eindeutige Zurückweisung jedes Versuchs, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen und unserem Vaterland eine ihm gemäße Verfassung und Regierung zu geben.

Freitag, den 2. Juli 1948

Der russische Vertreter, Oberst Kalinin, hat laut heutigen Pressemeldungen am Donnerstag in Berlin erklärt, daß die Alliierte Kommandantur nicht mehr bestehe. Als Begründung für das Ausscheiden der Sowjets aus der Kommandantur führt Kalinin „das wohlbekannte Benehmen des amerikanischen Kommandanten Oberst Howley und das Fehlen einer Stellungnahme der britischen und französischen Vertreter zu dem russischen Protest gegen die Einführung der Westwährung in Berlin“ an. Mit dem ersten Teil seiner „Begründung“ spielt Kalinin offenbar auf ein Schreiben Howleys vom 23. Juni an die amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin, Louise Schroeder, an. In diesem Brief hatte der amerikanische Kommandant eine Frau Schroeder am gleichen Tag übermittelte Weisung des Stabschefs der SMA, den Befehl 111 in Großberlin strikt durchzuführen, als „einseitige Anordnung“ bezeichnet, die nicht auf den amerikanischen Sektor angewandt werden könne. Kalinin hat übrigens gestern versichert, daß die sowjetische Delegation nach wie vor alle Viermächte-Vereinbarungen anerkenne. Die entsprechenden Bestimmungen blieben weiter in Kraft.

Am gleichen Tage, da die Viermächte-Zusammenarbeit in der Berliner Kommandantur durch sowjetischen Exodus zusammenbrach, haben die Militärgouverneure der drei Westzonen – wie ich dem heutigen „Tagespiegel“ entnehme – den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder die alliierten Vorschläge über die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung überreicht und Einzelheiten des bevorstehenden Besatzungsstatuts mitgeteilt. Eine verfassungsgebende Versammlung soll spätestens am 1. September dieses Jahres zusammentreten. Die Westmächte haben es verdammt eilig, die Teilung Deutschlands zu vollenden.

Mittwoch, den 7. Juli 1948

Heute morgen eine Diskussion im Landessender mit Vertretern der SED und der CDU. Unser Thema: „Berlin und wir“. Wohl um größere Reibe-

reien zu vermeiden, schob der Diskussionsleiter unsere Debatte ganz auf die wirtschaftliche Ebene. So blieben Rede und Gegenrede relativ sachlich, wie ich heute abend beim Abhören der Sendung noch einmal feststellen kann.

In den Westsektoren Berlins herrscht nach wie vor der durch die Sowjets heraufbeschworene Belagerungszustand. Alle acht Minuten landen bei Tag und Nacht britische und amerikanische Transportflugzeuge mit Versorgungsgütern auf den Flughäfen im westlichen Teil der Stadt. Seit der vergangenen Woche haben die Amerikaner ihr Riesentransportflugzeug C 54 eingesetzt. Es soll vor allem Kohlen nach Berlin transportieren.

Das ist natürlich kein Dauerzustand. Die Westmächte dürften kaum in der Lage sein, diese „Luftbrücke“ auch nur für weitere Wochen aufrechtzuerhalten. Hier ist darum die Ansicht verbreitet, daß die westlichen Alliierten Berlin doch noch eines Tages verlassen werden. Solche Auffassungen findet man auch unter Westberlinern. Damit ergäben sich aber nicht nur für die Bewohner der Westsektoren ernste Probleme, sondern auch für uns. Niemand in der Zone kann sich vorstellen, wir wir dann die zusätzlichen zweieinhalb Millionen Menschen ernähren sollen, angesichts der außerordentlichen Versorgungsschwierigkeiten, die die Ostzone jetzt schon hat. Zur Zeit ist unser „Stammgericht“ mit Wasser gekochtes Blattgemüse, ohne Kartoffeln und sonstige Zutaten. Zur Abwechslung gibt es gelegentlich auf dem Schwarzen Markt gekaufte ‚Grütze‘. Das Brot ist hochprozentig ausgemahlen und mithin kaum noch genießbar. Die sehr gute Obsternte dieses Jahres wandert ausnahmslos in die Magazine der Besatzungsmacht. Für Marmelade gibt es Kunsthonig, anstelle von Fleisch zumeist „Austauschmittel“ wie Eier, Käse oder Magermilch. Fett wird durch Zucker ersetzt, oft genug aber auch durch sogenanntes „Affenfett“, ein Produkt aus Tierdärmen, das sich bei Erhitzen im Wasser auflöst.

Donnerstag, den 8. Juli 1948

Seit heute bin ich auf Koerbers Wunsch „Mitglied des Sekretariates des Landesausschusses Brandenburg des Volkskongresses für Deutschlands Einheit und gerechten Frieden“. So lang wie dieses Namensungetüm war auch die Rede des Landtagspräsidenten Ebert, der am Nachmittag auf einer Sitzung des Sekretariats mit den Brandenburger Volksratsmitgliedern und den Vorsitzenden und Sekretären der Kreisausschüsse die Bilanz des Volksbegehrens⁴³ in unserem Land zu ziehen versuchte. Nach Eberts bzw. der SED Auffassung müsse der Volkskongreßbewegung nach und nach auch die Überwachung des wirtschaftlichen Lebens der Zone übertragen werden. Der Landtagspräsident ließ keinen Zweifel daran, daß sich der sogenannte Volksrat eines Tages in die Ostzonenregierung umwandeln werde. Im übrigen machte er vor diesem „überparteilichen“ Gremium massive Propaganda für seine Partei, die SED. In der Diskussion kam

wiederholt zum Ausdruck, daß der Ablauf des Volksbegehrens im Land Brandenburg unter der Einstellung der „Umsiedler“ gelitten habe, die sich mit dem Hinweis auf die Ostgrenze geweigert hätten, ihre Unterschrift zu geben.

Donnerstag, den 15. Juli 1948

Jetzt ist unser Parteivorstand endlich aufgewacht! Nach langem Zögern und vorangegangener Fühlungnahme mit der CDU-Zonenleitung hat der Zentralvorstand am Mittwoch auf einer Sitzung unter Vorsitz von Arthur Lieutenant in Berlin mit bemerkenswerter Deutlichkeit zu der jüngsten Entwicklung in der Ostzone Stellung genommen. Unter der Schlagzeile „LDP-Beschlüsse zu politischen Gegenwartsfragen“ ist in der heutigen Ausgabe des „Morgen“ in einem Dreispalter auf Seite 1 zu lesen, was die LDP-Führung an den gegenwärtigen Zuständen in unserer Zone auszusetzen hat:

1. die Ablehnung der von der SMA genehmigten Überprüfung ungerechter Enteignungen durch die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK);
2. die Arbeitsweise der DWK, die nach Ansicht des Zentralvorstandes „zu ersten Besorgnissen Anlaß gibt“. In diesem Zusammenhang wird hervorgehoben, daß die Zusammensetzung der DWK in keiner Weise den Ergebnissen der letzten Landtagswahlen entspreche – „die LDP verlangt eine Korrektur in der parteipolitischen Zusammensetzung“ – und daß den Parteien keine Möglichkeit gegeben werde, über von der DWK vorgelegte Gesetze zu diskutieren;
3. die Tatsache, daß die SED mit ihrer Politik „den Boden der vertrauensvollen Blockbildung“ verlassen habe. „Wenn jetzt die SED glaubt, die anderen Parteien vor vollendete Tatsachen zu stellen, muß sie die Verantwortung tragen, ob damit nicht eine Gefahr für die Fortsetzung der Blockpolitik verbunden ist“;
4. Tendenzen zur Verschiebung der für diesen Herbst vorgesehenen Gemeindewahlen. Nach Auffassung des Vorstandes bestehe keinerlei Anlaß, die Wahlen zu verschieben. Er fordere darum die zuständigen Verwaltungsstellen auf, die erforderlichen Vorarbeiten für die Wahlen sofort in Angriff zu nehmen;
5. „die neuerdings unternommenen Versuche, in die Bauernschaft der Zone durch Unruhe zu bringen, daß zwischen werktätigen und sonstigen Bauern unterschieden wird“. Dagegen wandte sich der Vorstand „auf das schärfste“.

Man darf gespannt sein, wie die Sowjets und die SED auf diesen Gegenangriff der LDP reagieren werden, obwohl nach den bisherigen Erfahrungen über das „Wie“ eigentlich kein Zweifel mehr bestehen sollte. Ich rechne damit, daß man zumindest den gegenwärtigen Zentralvorstand politisch liquidieren wird, halte aber auch eine Zerschlagung der Partei insgesamt durch die Kommunisten keineswegs für ausgeschlossen.

Gestern gab es hier wieder einmal eine Razzia. Presseberichten zufolge haben sowjetische Soldaten am Mittwochabend Durchgänge und Bahnsteige des S-Bahnhofs Potsdam abgeriegelt und die aus Berlin kommenden Fahrgäste einer strengen Ausweiskontrolle unterzogen. Festnahmen wurden nicht beobachtet. Man vermutet, daß es sich hier um eine Art Generalprobe für eine größere Fahndung gehandelt habe.

Sonnabend, den 17. Juli 1948

Gestern morgen wurde im Casino des Landtages endlich der schon für Juni geplante Landesparteitag eröffnet. Die Stimmung war gereizt und angriffslustig, es wurde sehr hart diskutiert, doch am Ende lief alles so, wie von Koerber es mit der SMA vorbereitet hatte.

Bei der Eröffnung des Parteitages erklärte der über siebzigjährige Vorsitzende der Landtagsfraktion, Dr. Schneider, unter großem Beifall: „Ernste Besorgnisse erfüllen die LDP in Anbetracht der letzten Entwicklung. Wir sind nicht gewillt, anstelle des Nationalsozialismus eine andere Diktatur treten zu lassen!“ Das war starker Tobak. Aber auch der stellvertretende Parteivorsitzende, Minister Arthur Lieutenant, der das Hauptreferat hielt, nahm kein Blatt vor den Mund. Ausgehend von den Beschlüssen des Zentralvorstandes vom 14. Juli warnte Lieutenant davor, daß die SED für die sowjetische Besatzungsmacht allein maßgeblich sei. Er kritisierte scharf die Personalpolitik der Kommunisten und in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß 95% aller Mitarbeiter der Deutschen Wirtschaftskommission der SED angehörten. Damit sei die DWK, gedacht als „Instrument des Volkes“, allein der SED verantwortlich. Auch der FDGB habe alle Verwaltungsstellen mit Kommunisten besetzt. Jetzt fordere die SED auch noch die uneingeschränkte Herrschaft über die Polizei. Lieutenant macht während seiner mehrfach von stürmischen Beifall unterbrochenen Rede wiederholt darauf aufmerksam, daß die LDP entschlossen sei, sich solchen Tendenzen des Machtanspruchs der SED künftig zu widersetzen.

Bei einer kleinen abendlichen Feier im engsten Kreise nach Abschluß der Delegiertentagung äußerten von Koerber und Flatau mir gegenüber Bedenken gegen diese Rede Lieutenants. Sie sei ausgesprochen „unklug“ gewesen und werde zum baldigen „Abschuß“ des amtierenden Parteivorsitzenden und Finanzministers führen. Ich teile diese Auffassung nicht. Meines Erachtens war es hohe Zeit, daß die Parteiführung unmißverständlich die Grenzen unserer Kompromißbereitschaft darlegte. Das sind wir uns selbst und auch unseren 2¼ Millionen Wählern in der Zone schuldig. Daß Lieutenant bald gezwungen werden wird, seine Ämter niederzulegen, ist indessen wahrscheinlich und, wie ich meine, außerordentlich bedauerlich.

Wie gesagt: von Koerber hat diese Delegiertentagung gut überstanden. Zunächst wurde er von allen Seiten attackiert, viele Delegierte waren bemüht, die mit der SMA abgestimmten Wahlvorschläge zu durchkreuzen. Aber schließlich erwies sich die Besatzungsmacht als stärker: Koerber wurde als 1. Vorsitzender wiedergewählt.⁴⁴ Mühlmann wurde sein 1. Stellvertreter – eine, wie mir scheint, wenig glückliche Besetzung der Parteispitze. Rudolf Bätcher ist wieder Jugendvertreter im Vorstand. Er verlangte, daß ich entsprechend dem Beschluß des Landesjugendausschusses

für den Vorstand kandidieren sollte. Koerber erhob sofort Einspruch. Im Falle meiner Wahl müsse ich, so Koerber, meine Tätigkeit in der Landesleitung aufgeben. Darauf zog ich meine Kandidatur zurück.

Die Sowjets waren mit einem starken Aufgebot erschienen, um die Veranstaltung und insbesondere den Wahlvorgang zu überwachen. Ihnen lag offensichtlich daran, Koerbers Wahl zum Landesvorsitzenden durchzusetzen. Zu ihm haben sie wohl einigermaßen Vertrauen. Ist es aber auch gerechtfertigt? Gewiß, von Koerber ist vorsichtig und kompromißbereit, aber sicherlich kein Freund der Russen und der Kommunisten. Wenn sie ihn dennoch protegieren, so wohl nur deshalb, weil die personellen Alternativen zu Koerber für sie noch weniger akzeptabel sind. Von Koerber deutete übrigens mir gegenüber an, daß er nicht die Absicht habe, noch einmal ein ganzes Jahr lang die Arbeit eines Landesvorsitzenden zu leisten. Er trage sich mit dem Gedanken, sich nach einer angenehmeren Tätigkeit umzusehen.

„Die besten Jahre unseres Lebens“ heißt ein amerikanischer Film, der die Probleme heimgekehrter Soldaten eindrucksvoll beleuchtet. Im Mittelpunkt der Handlung steht das Schicksal eines beidhändig amputierten Matrosen. Es gibt in diesem Film Szenen von erschütternder Eindringlichkeit. Ich sah den Film heute nachmittag in einem Westberliner Kino. Bei einem Bummel durch die Straßen des blockierten Stadtteils ist eine erfreuliche Senkung der Preise in den Geschäften und Gaststätten gegenüber der Zeit vor der Währungsreform festzustellen. Allerdings geben die Restaurants jetzt markenfreie Gerichte nur noch gegen B-Mark ab.⁴⁵ An den Kinokassen bekommt man dagegen nach wie vor Karten gegen Ostgeld, allerdings nur gegen Vorlage des Personalausweises. Auch die Schwarzhändler am Bahnhof Charlottenburg verkaufen nur noch gegen Westgeld. Dort erhält man die russische Exportzigarette „Stella“ jetzt schon für 25 Pfennige (West). Leute, die über ein mit B-Mark gut gefülltes Portemonnaie verfügen, können jetzt gut leben.

Über die Stadt hinweg dröhnen ununterbrochen anglo-amerikanische Transportmaschinen; sie fliegen Nahrungsmittel und Kohlen in die Westsektoren ein. Währenddessen verschärft sich die außenpolitische Lage von Tag zu Tag. Die Sowjets haben ihre Truppen an der Zonengrenze zusammengezogen, die Amerikaner fliegen für alle Fälle Geschwader schwerster Bomberverbände über den Atlantik ins Krisengebiet Deutschland. Ein versehentlich losgehendes Gewehr könnte genügen, um das Pulverfaß zur Explosion zu bringen. Die Drohung eines dritten Weltkrieges steht über diesen kühlen und regnerischen Julitagen des Jahres 1948.

Mittwoch, den 21. Juli 1948

Gestern hatte ich über eine Stunde lang das Vergnügen, mit Kommunisten über das Thema „Sozialistische oder private Wirtschaft“ zu diskutieren.

Ort der Debatte wiederum der Landessender Potsdam. Außer mir diskutierten über den „Zweijahresplan, die Volkseigenen Betriebe (VEB) und die Privatwirtschaft“ ein Herr vom Hauptamt für VEB, ein Funktionär der SED und der Diskussionsleiter, ebenfalls Mitglied der SED.⁴⁶ Wir machten zunächst eine – ziemlich hitzige – Probediskussion, ehe das Mikrofon eingeschaltet wurde. Ich hatte mit meinen geringen Kenntnissen auf diesem Gebiet schwer gegen die gut geschulten Funktionäre zu kämpfen. Wir waren dann aber alle durch die Vordiskussion schon so abgekämpft, daß die anschließende, über den Sender gehende Hauptdiskussion einigermaßen ruhig verlief.

Otto G. brachte heute aus Berlin das Gerücht mit, Dr. Gaertner sei nach dem Westen geflüchtet. Gaertner war für den Posten des 1. Vorsitzenden der LDP als Nachfolger von Külz vorgesehen. Wenn sich das Gerücht bestätigen sollte, müßte man für die Zukunft dieser Partei noch mehr fürchten.

Freitag, den 23. Juli 1948

Die Flucht des Dr. Gaertner (Präsident der Thüringischen Landesbank) und die noch bevorstehende Umtauschaktion (Klebemark in neues Ostgeld), das sind die Gesprächsthemen des heutigen Tages. G. hat tatsächlich die Ostzone verlassen. Der Grund ist bisher unbekannt. Selbst die Zonenleitung ist von diesem Schritt völlig überrascht worden. Dieser Fall ist ein gefundenes Fressen für die Westpresse. Sie benützt den Anlaß, um gegen die LDP erneut kräftig vom Leder zu ziehen. Der „Morgen“ schreibt zutreffend, es sei leichter, fahnenflüchtig zu werden und „aus dem Kessel auszufliegen“, als im Kampf zu verharren, selbst wenn dieser fast aussichtslos erscheine. Wer wird nun die Führung der Partei übernehmen, Lieutenant oder Prof. Kastner? K. gilt in der Partei als Verräter an unserer Sache, als ein Mann, der sich den Kommunisten und ihren Machenschaften nur zu bereitwillig zur Verfügung stellt. Da aber die SMA auch in Eisenach wie üblich die Wahl „machen“ wird, ist Kastners Berufung zum Zonenvorsitzenden m. E. keineswegs ausgeschlossen.

Nach einer Meldung des „Morgen“ vom heutigen Tage soll der oben erwähnte Geldumtausch am 25. oder 26. Juli beginnen. Danach wird zunächst eine Kopfquote umgetauscht, die niedriger als 70 Mark sein soll. Der Rest müsse auf ein Sperrkonto eingezahlt werden, das (wahrscheinlich) nach 14 Tagen freigegeben wird. Diese Meldungen haben lebhaften Unwillen in der Bevölkerung ausgelöst. Man kann sagen, daß diese zweite „Währungsreform“ noch unpopulärer ist als die erste. In Berlin, das ich heute nachmittag besuchte, werden bereits Angstkäufe getätigt. Diese Menschen glauben nicht mehr an die Versprechungen der Sowjets. Das heißt in diesem konkreten Fall: daß die Beträge auf den Sperrkonten in absehbarer Zeit wieder freigegeben werden. In Westberlin war heute eine

lebhaftes Umtauschaktion im Gange (Ostgeld in Westgeld). Am Bahnhof Zoo sah man Hunderte von Berlinern, die sich als wandelnde Wechselstuben anboten und dabei ein gutes Geschäft machten. Übrigens: Zigaretten gibt es jetzt nur noch gegen B-Mark, westlich lizenzierte Zeitungen ebenfalls.

Auf dem Weg zum Potsdamer Hauptbahnhof traf ich Fräulein S. Ich kenne sie von meiner Tätigkeit am St. Josef-Krankenhaus im Jahre 1946. Ihr Vater war vor dem Krieg in Potsdam als Arzt tätig, im Krieg diente er als höherer Sanitätsoffizier. Er war Mitglied der NSDAP. Nach dem Einmarsch der Russen wurde er verhaftet und verschwand spurlos. Vor sechs Wochen hat nun die Familie die Nachricht erhalten, daß Dr. S. „gefallen“ sei.

Sonntag, den 25. Juli 1948

Einen Monat hindurch war die „Tapetenmark“ die offizielle Währung der Ostzone. Heute gibt es endlich das neue Ostgeld. Beim Umtausch der mit den Spezialcoupons beklebten alten Geldscheine prüfen die Bankangestellten mit einer Lupe die Echtheit dieser Coupons. Manche haben dabei das Nachsehen. Auf ihrem Geldschein klebt ein gefälschter Coupon – und damit ist ihr Geld futsch. Die Entrüstung unter der Bevölkerung über diese Prüfungen ist groß. Haben nicht unsere Behörden immer wieder Berichte als unwahr zurückgewiesen, wonach gefälschte Coupons im Umlauf sein sollen? Und hat man es deshalb nicht auch fahrlässig verabsäumt, der Bevölkerung mitzuteilen, wie solche Fälschungen aussehen? Nur dann hätte man sich gegen das „Falschgeld“ sichern können.

Jeder bekommt also heute 70 Altmark in neues Ostgeld umgetauscht. Der Rest muß auf ein Sperrkonto eingezahlt werden. Ab 15. August sollen wir über diese Beträge wieder verfügen können. Die alten Scheidemünzen bleiben weiterhin gültig. Die 50-Pfennig-Münzen dürften nach und nach aus dem Verkehr gezogen werden, da heute auch neue 50-Pfennig-Scheine ausgegeben werden.

General Clay, der am Freitag in Washington den weiteren Ausbau der Berliner Luftbrücke ankündigte, hat die Bereitschaft seiner Regierung verkündet, „mit den Russen die Frage der Währungsreform zu jedem Zeitpunkt zu diskutieren“. Er glaube, daß eine vernünftige Basis für einen Kompromiß „ohne Verletzung irgendwelcher Grundsätze“ möglich sei. Dazu dürfte es nun wohl zu spät sein, Mister Clay!

Die LDP gerät unter Beschuß – Volkskongreß und Volksausschüsse

Montag, den 26. Juli 1948

Wie vorauszusehen hat gestern die Besatzungsmacht zum Gegenschlag ausgeholt. Nach der LDP-Erklärung vom 14. Juli hat die sowjetamtliche „Tägliche Rundschau“ am Sonntag in einem sich über eine halbe Seite erstreckenden Artikel zum „Neuen Kurs“ unserer Partei Stellung genommen. Darin wird Lieutenant einer chauvinistischen reaktionären Einstellung bezichtigt.⁴⁷ Nach Auffassung der „Täglichen Rundschau“ befindet sich die LDP auf dem „falschen Weg“.

Heute antwortet die LDP-Parteileitung auf diesen Angriff. Entgegen der Behauptung der sowjetamtlichen Zeitung lehne die LDP den Zweijahresplan nicht ab, sie wolle jedoch Verbesserungen vorschlagen und damit ihre praktische Mitarbeit beweisen. Die LDP verlange „eine Beseitigung offenkundiger Unrechtsfälle bei den Sequestrierungen“. Und weiter: die heutigen Grenzen im Osten seien, wie im Potsdamer Abkommen festgelegt, nur als vorläufig zu bezeichnen. Schließlich drückte die LDP-Führung ihre Bereitschaft aus, gemeinsam mit allen Parteien an der Blockpolitik zum Wohle des deutschen Volkes mitzuarbeiten.

Das ist ein halber Rückzieher, der aber gewiß nicht ausreicht, um Sowjets und SED mit dem Lieutenant-Kurs zu versöhnen. Es ist m. E. nur noch eine Frage der Zeit, wann Lieutenant endgültig abgeschossen wird. Unsere Lage ist hoffnungslos. Sie verschlimmert sich täglich. Heute meldet der „Sozialdemokrat“ auch noch die Verhaftung des stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes Thüringen der LDP und Landtagsfraktionsvorsitzenden Hermann Becker. Er soll am vergangenen Donnerstag durch den NKWD abgeholt worden sein. Man sagt, seine Verhaftung stehe im Zusammenhang mit der Flucht Dr. Gaertners.

Dienstag, den 27. Juli 1948

Acht Stunden und fünfzehn Minuten dauerte es heute, bevor ich – in einer langen Menschengruppe stehend – bis zum Auszahlungsschalter der Landeskreditbank vorgedrungen war, um Gelder der Mitarbeiter in neue Ostmark umzutauschen. Im Kassenraum herrschte eine Temperatur von nahezu dreißig Grad. Die Organisation dieses Geldumtausches ist miserabel. Niemand, selbst der Herr am Auskunftsschalter nicht, konnte sagen, vor welchem Schalter man sich anstellen muß bzw. welche Formalitäten vor dem eigentlichen Umtausch noch zu erledigen sind. Mancher steht so stundenlang in der falschen Reihe und wird dann, endlich am Ziel des Wartens, vom Schalterbeamten ab- und auf das Ende einer anderen „Schlange“ zurückgewiesen. Aber selbst dann, wenn man sich von Anfang an richtig einreihet, ist man vor Verwechslungen und Unstimmigkei-

ten zwischen Angestellten und Kunden nicht gefeit. Als ich den Schalter endlich hungrig und erschöpft erreicht hatte, erschien Kollege G., um mich abzulösen.

Freitag, den 30. Juli 1948

Heute die erste Aussprache mit dem für die LDP zuständigen Offizier auf der SMA in Potsdam, Kapitän Zerebrennek. Z. wollte sich offenbar einen persönlichen Eindruck von mir verschaffen. Er war sehr höflich und ließ sich zunächst meinen Lebenslauf erzählen. Ich verschwieg nichts, auch nicht meinen militärischen Werdegang während des Zweiten Weltkrieges und die Einsätze an der Ostfront, über die er ohnehin längst informiert sein dürfte. Nach diesen Präliminarien fragte mich Zerebrennek, ob ich bereit wäre, den Vorsitz des Landesjugendausschusses zu übernehmen. Als ich die Frage bejahte, gab er Anweisungen für die politische Jugendarbeit. Dabei wandte er sich vor allem gegen die nach seiner Meinung heftige Kritik, die von den jungen LDP-Mitgliedern an den politischen Verhältnissen in der Zone geübt werde. Er verlangte „positive Mitarbeit“. Eindringlich warnte er mich davor, wie P. und Bätcher eine liberale Jugendorganisation aufziehen zu wollen.⁴⁸ In einem solchen Falle müsse die Besatzungsmacht eingreifen. In der Ostzone gäbe es nur eine Jugendbewegung, und das sei die FDJ. Diese allein sei auch für die Sportverbände zuständig; andere, also nicht-kommunistische Sportverbände gäbe es nicht, sie würden auch nicht erlaubt werden. Das waren offene und unmißverständliche Worte. Im weiteren Verlauf des Gesprächs nahm der sowjetische Offizier sehr kritisch zu der letzten Rede Lieutenants Stellung und rühmte den verstorbenen Vorsitzenden Külz als einen „fortschrittlichen Demokraten“. Ich selbst äußerte mich freundlich zurückhaltend, legte mich nicht fest und wurde schließlich in Gnaden entlassen.

Danach begab ich mich in den Landtag zu einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses. Ebert führte den Vorsitz und verkündete die Richtlinien für die künftige Arbeit der Volksausschüsse. Diese sollten sich um alles kümmern, was in der Zone geschieht. Insbesondere aber müßten sie jetzt den von der SED entwickelten Zweijahresplan propagieren, denn dieser Plan sei ein Schritt zur Wiederherstellung der deutschen Einheit. Wieso, das wurde natürlich nicht begründet. Lebhafteste Unterstützung fand Ebert bei dem CDU-Landrat Siebenpfeiffer, den seine Parteifreunde einen „Quisling“ nennen. S. attackierte in seiner Diskussionsrede besonders die LDP wegen ihrer jüngsten Erklärungen.⁴⁹ Als ich mich gegen diese Angriffe zur Wehr setzte, entschuldigte er sich bei mir. Mit großer Besorgnis wiesen weitere Diskussionsredner auf die wachsende antisowjetische Einstellung der Arbeiterschaft in der Zone hin. Dem müsse man mit allen Mitteln entgegenwirken, da diese Entwicklung eine große Gefahr in sich berge.

Montag, den 2. August 1948

Seit heute dürfen in der Zone keine westlich lizenzierten Zeitungen und Zeitschriften mehr verkauft werden. Den Zeitungsvertrieb für die Ostzone wird ab sofort eine zentrale staatliche Vertriebsgesellschaft vornehmen, die fest in der Hand der Kommunisten ist. Mein Zeitungshändler in der Nauener Straße meint allerdings, man könne wohl in Kürze wieder mit dem Verkauf von Westzeitungen rechnen⁵⁰, weil die Kommunisten fürchteten, die Westmächte würden sonst Gleiches mit Gleichem vergelten und den Verkauf der östlichen Zeitungen in ihren Zonen verbieten. Damit aber würde den Sowjets und der SED ein wichtiges Propagandamittel für Westeuropa aus der Hand geschlagen.

Der Zonenparteitag der LDP ist für die Zeit vom 11. bis 13. September in Eisenach vorgesehen. Doch nur wenige glauben noch daran, daß der Parteitag zu diesem Zeitpunkt wirklich stattfinden wird. Die Sowjetisierung der Zone schreitet rasch voran. Heute wurde der Zeitungsvertrieb verstaatlicht, morgen wird es vielleicht schon die gesamte Landwirtschaft sein. In Sachsen werden die Bauern bereits aufgefordert, sich zu Dorfgemeinschaften zusammenzuschließen. Damit dürfte der erste Schritt zur Kollektivwirtschaft getan sein. Ich denke, in drei Jahren wird die Zone Rußland nicht ähnlich, sie wird dann ein Teil Rußlands sein.

Donnerstag, den 5. August 1948

Der Zonenparteitag wird wahrscheinlich auf Oktober vorschoben.⁵¹ Offenbar sind die Sowjets mit ihren Parteitagsvorbereitungen nicht rechtzeitig fertig geworden. Verschoben werden mit fast an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch die gesetzlich auf den Herbst festgelegten Gemeindewahlen. Die SMA entspricht damit einem Wunsch der SED und der ihr angeschlossenen Verbände (NDP, FDGB, DFD etc.). Diese fürchten offenbar die wachsende antikomunistische Einstellung der Bevölkerung. Dieser Tage kam einer unserer Kreisvorsitzenden in die Landesleitung und bot uns 30 000–40 000 Mark anonymer Gruppen zur Finanzierung des Kampfes gegen die Kommunisten an. Die Tatsache, daß sich der Mann von uns einen Vorschuß von 800 Mark erbat, um das Geld zu beschaffen, machte uns mißtrauisch. Aus dem Geschäft wurde nichts.

Über die außenpolitische Lage sind wir nur noch unzureichend informiert. Nur wer einen stärkeren Empfänger besitzt, mit dem er RIAS und den NWDR hören kann, vermag sich einigermaßen über die Vorgänge in der Welt zu unterrichten. Wer aber auf unseren Sender und unsere Zeitungen angewiesen ist – und das sind sehr viele – ist arm daran.

Zu Beginn des Monats bekam die Landesleitung endlich einen Nachfolger für Welkow als Landesgeschäftsführer. Es ist der 48jährige Diplomingenieur und technische Wirtschaftsprüfer Erwin Steffen, Mitglied der Partei seit Januar d.J. Das Organisationsreferat übernahm Heinrich de Vries,

ein temperamentvoller, schlanker Ostfrieze von 51 Jahren. Er mußte seine Parteitätigkeit in Thüringen beenden, weil die Besatzungsmacht mit seinen politischen Aktivitäten nicht einverstanden war. Erstaunlicherweise hat ihn Koerber dennoch genommen. Hofft er ihn zu zähmen?

Dienstag, den 10. August 1948

Am Morgen eine Sekretariatsitzung des Landesvolksausschusses. Es kam dort bei der Erörterung der zukünftigen Aufgaben der „Volksausschüsse“ zu einer kleinen Kontroverse zwischen dem Vertreter der CDU, Zborowski, und dem der SED, Sägebrecht. Z. gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß sich diese Ausschüsse mehr und mehr Rechte anmaßen könnten, die bisher den Behörden und Parteien vorbehalten waren. In der Tat wollen die Kommunisten die Volksausschüsse als Kontroll- und Spitzelorgane in alle Bereiche des kommunalen, politischen und wirtschaftlichen Lebens der Zone einschalten. Es ist sogar an die Bildung kommunaler Volksausschüsse gedacht, die offenbar eines Tages die legalen Ausschüsse bei den Gemeindeparlamenten ersetzen sollen. Zborowski verlangte eine genaue Abgrenzung der Aufgaben, damit es keine Kompetenzstreitigkeiten mit den kommunalen Behörden und den Parteien gäbe. Am besten wäre es, wenn sich die Volksausschüsse ganz auf ihre eigentlichen Aufgaben im Rahmen der Volkskongreßbewegung beschränkten. Die Reaktion Sägebrechts und anderer Kommunisten war gereizt und zugleich ausweichend. Sie taten so, als seien ihnen die Sorgen des Herrn Z. völlig unbegreiflich.

Mittwoch, den 11. August 1948

Auf der heutigen Sitzung des Landesjugendausschusses der LDP wurde ich einstimmig zu dessen Vorsitzenden gewählt. Bei unseren Beratungen spielte ein Artikel des Landesjugendreferenten von Sachsen, Manfred Gerlach, veröffentlicht im Heft 9 der „Informationen“, eine gewisse Rolle. G. hat dort einen recht eigenwilligen Standpunkt zur Frage unserer Beziehungen zur FDJ vertreten. In diesem Zusammenhang teilte Rudolf Bätcher mit, daß die geplanten ständigen Zusammenkünfte der Parteien mit der FDJ an der Interesselosigkeit von FDJ und SED gescheitert sind.

Zum kommenden Zonenparteitag wurde der Ausschuß darüber informiert, daß das beabsichtigte Treffen der LDP-Jugend in Eisenach leider undurchführbar sei (die Besatzungsmacht hat Einspruch erhoben). Dafür soll es auf der Wartburg ein Treffen der als Delegierte oder Gäste in Eisenach anwesenden Mitglieder der Jugendausschüsse im kleinsten Rahmen geben. Das Einleitungsreferat zum Thema „Jugend in der LDP“ soll Wolfgang Natonek (Leipzig) übernehmen.

Von Koerber gab dazu Ergänzendes bekannt: der endgültige Termin des Parteitages stehe noch immer nicht fest. Auch die Beratungen über die Zusammensetzung des neuen Parteivorstandes seien noch nicht abge-

schlossen. Für das neue Parteiprogramm, das in Eisenach verabschiedet werden soll, lägen z.Zt. zwei Entwürfe vor: ein Referentenentwurf der Parteileitung und ein Entwurf des Leiters der Programmkommission des Parteivorstandes⁵³, des Dr. von Stoltzenberg. Bei dem Referentenentwurf handelte es sich – so Koerber – um eine abstrakte, in Flugblattform gehaltene Aneinanderreihung von Forderungen. Der Stoltzenberg-Entwurf sei sehr umfangreich und so nicht brauchbar. Er bringe als Einleitung eine historische Betrachtung über den Liberalismus und wirke mehr wie ein Manifest. Das Parteidirektorium sei gegenwärtig bemüht, aus diesen beiden Entwürfen ein Programm zu formulieren, das dem Parteitag vorgelegt werden kann. Die Arbeit am Programm mache auch deshalb große Mühe, weil es in der Partei zwei Richtungen gäbe. Die eine Richtung lehne eine Gewaltenteilung (Legislative – Exekutive – Justiz) nach Montesquieu als überholt ab. Die andere wolle die Gewaltenteilung – das Kernstück der liberalen Auffassung – als notwendige staatsrechtliche Konstruktion bestehen lassen.

Koerber nahm sodann zum Zweijahresplan Stellung. Nach der Währungsreform sei es notwendig, die Wirtschaft überall „straffer anzufassen und auszurichten“. Dieser Plan sei nur auf den Osten und den Südosten eingestellt. Sollte aber die Moskauer Konferenz zu einer Verständigung führen, dann müßte dieser Plan abgeändert werden. Die LDP bemühe sich ständig, Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Abschließend äußerte sich der Landesvorsitzende zum Verfassungsentwurf des Volksrates: „Heute, am 11. August vor 29 Jahren, wurde die Weimarer Verfassung verkündet“. Der jetzige Verfassungsentwurf bringe neue Gedanken. Damals stand neben dem Parlament der Reichspräsident. Der Artikel 48 (Notverordnungsrecht), der dem Reichspräsidenten in Krisenzeiten weitgehende Vollmachten gab, habe dem Nationalsozialismus den Weg geöffnet. Die Volksratsverfassung lege dagegen das Hauptgewicht auf das Parlament und mache die Länderkammer stärker. Jede Verfassung sei allerdings von dem Geist abhängig, mit dem sie erfüllt werde. Wir müßten jede der Formulierungen genau prüfen.

Ich teilte dem Ausschuß einige Neuerungen mit. So die Regelung, daß künftig bei jeder Lehrerkonferenz Schülervvertreter mit beratender Stimme anwesend sein sollen. Die Vertreter der FDJ hätten in den Lehrerprüfungsausschüssen Sitz und Stimme. Die Parteileitung bereite eine Dr.-Wilhelm-Külz-Stiftung zur Förderung begabter Studenten vor.⁵⁴

Wir tagten heute nur in kleiner Besetzung. Von den 30 Kreisverbänden waren lediglich 11 vertreten.

Montag, den 16. August 1948

Lieutenant wird noch immer durch die kommunistische Presse attackiert. Das Ziel der jüngsten Angriffe der „Täglichen Rundschau“ dürfte es sein,

die Wahl Lieutenants zum Parteivorsitzenden in Eisenach zu verhindern. Solange L. nicht offiziell erklärt hat, daß er in Eisenach nicht kandidieren wird, ist mit einer Genehmigung des Parteitages durch die SMA kaum zu rechnen. L. soll angeblich gar keinen Wert auf den Parteivorsitz legen. Aber er ist wegen seiner mutigen Worte zweifellos der Wunschkandidat der großen Mehrheit der Parteimitglieder. L. scheint den Ehrgeiz zu haben, der Jakob Kaiser der LDP zu werden. In Kreisen der Zonenleitung wird indessen ein anderer Nachfolger für Külz genannt: Dr. Johannes Dieckmann. Er soll angeblich bereit sein, für den Parteivorsitz zu kandidieren.

Dienstag, den 17. August 1948

Sieben Stunden dauerte die heutige Sitzung des erweiterten Landesvorstandes im Landtag. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der kommende Zonenparteitag. Koerber behauptete, Lieutenant wünsche nicht, Parteivorsitzender zu werden.⁵⁵ Parteifreund Lorenz meinte, nach seinen Informationen würden die Attacken auf Lieutenant aufhören, wenn dieser auf eine Kandidatur verzichte. Daraufhin beschloß der Vorstand, andere Kandidaten für den Parteivorsitz vorzuschlagen, u. a. Prof. Hübener und Dr. Ralph Liebler. Der Landesvorsitzende und seine beiden Stellvertreter wurden beauftragt, in einer Rücksprache mit Lieutenant zu erkunden, wie dieser sich zur Vorstandswahl stelle. Übrigens beschloß der Landesvorstand auch, mich zur Wahl in den Hauptausschuß der Partei vorzuschlagen.⁵⁶

Sonntag, den 21. August 1948

Am Freitag nach vielen Monaten Pause wieder ein Diskussionsabend in den Räumen des Landesverbandes. Thema: der Verfassungsentwurf der SED. Der Entwurf soll bis zum Herbst vom „Volksrat“ durchberaten und dem „3. Volkskongreß“ im Oktober in Berlin zur Annahme vorgelegt werden. Auf den ersten Blick erscheint diese Verfassung ganz akzeptabel. Sie enthält viel liberales Gedankengut und stützt sich teilweise durchaus auf die Weimarer Verfassung. Einige Artikel geben jedoch einer autoritären Partei die Handhabe, andere Parteien kaltzustellen und die Macht an sich zu reißen. So zum Beispiel der Artikel, wonach das Parlament über die Zulassung von politischen Parteien zu bestimmen habe. Bei der gegenwärtigen Machtkonstellation in der Ostzone würde das bedeuten: alle Parteien, die der SED nicht genehm sind, werden nicht zugelassen. Bedenklich ist auch, daß der Entwurf nichts über das System enthält, nach dem gewählt werden soll. Möglich, daß die SED sich für ein Verhältniswahlssystem aussprechen wird, damit sie als stärkste Partei die anderen von der Regierung fernhalten kann. Wir müssen auf jeden Fall versuchen, das Listenwahlssystem durchzudrücken, wenn wir noch zur Geltung kommen wollen. Auch der Artikel über das Wahlalter (aktives Wahlrecht mit 18, passives mit 20

Jahren) dürfte für uns nicht akzeptabel sein. Gegenstand lebhafter Erörterungen in den demokratischen Parteien ist auch die Frage, wieweit die Hinzuziehung der „demokratischen Massenorganisationen“ den autoritären Bestrebungen der SED Vorschub leistet. Auch der Artikel, der sich mit der Frage eines Regierungswechsels befaßt, verdient unsere Aufmerksamkeit. Ein solcher Wechsel soll nur möglich sein, wenn die Opposition – ohne Koalition! – einen Ministerpräsidenten stellen und zugleich ein neues Regierungsprogramm vorlegen kann. Es ist zu bezweifeln, ob so etwas in einer kommunistischen Diktatur überhaupt möglich sein kann. Da eine Einigung Deutschlands noch nicht zustandekommt, wird dieser Verfassungsentwurf wohl noch in diesem Jahr für den Oststaat Gesetz und somit auch für unsere Partei zur Grundlage ihrer politischen Arbeit werden.

In Berlin herrschen jetzt zeitweilig bürgerkriegsähnliche Zustände. Am Donnerstag kam es Presseberichten zufolge auf dem Potsdamer Platz und in den anliegenden Straßen zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizeiangehörigen des Ostsektors und russischer Militärpolizei auf der einen und etwa 600 deutschen Passanten (Besuchern des Schwarzen Marktes) auf der anderen Seite. Die Polizisten schossen in die Menge, es gab sechs Verwundete.

Heute nachmittag in Westberlin. Am Zoo wird der „Schwarze Markt“ immer größer. Umtauschkurs Ost- gegen Westmark zur Zeit 3,4:1. Erstaunlich viel Schokolade wird von den Schwarzhändlern angeboten, 100 g sind für ganze 9 Westmark zu haben. Hier rechnet man allerdings mit einer Aufhebung der Doppelwährung in Berlin und der Einführung der Ostmark in allen Sektoren, sofern man sich in Moskau einigen sollte.⁵⁷ Doch danach sieht es gar nicht aus. Haupthinderungsgrund für eine Einigung zwischen den Alliierten scheint die beabsichtigte Bildung eines Weststaates zu sein, der für die Sowjetunion unakzeptabel ist. Werden aber die Westmächte auf eine Verwirklichung ihres Planes verzichten können, wenn doch eine Einigung mit den Sowjets über *ganz* Deutschland nicht mehr zu erwarten ist? Wie massiv sich unsere Besatzungsmacht selbst in die internsten deutschen Angelegenheiten einmischt, macht ein Bericht des Herrn Koblitz (SED) auf der letzten Sekretariatssitzung des Landesausschusses am Donnerstag deutlich: danach hat die SMA Vertretern dieses Ausschusses am 17. August präzise Anweisungen gegeben, wie die genaue Einhaltung der Termine der Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß garantiert werden könne.

Dienstag, den 24. August 1948

Auf Befehl der SMA haben jüngst kommunistische Organisationen und Betriebsgruppen bei den Sowjets um eine Verschiebung der gesetzlich vorgeschriebenen Herbstwahlen nachgesucht. Nun hat Marschall Sokolowskij – großmütig wie er nun einmal ist – dem „Wunsch der Bevölke-

rung“ nachgegeben und die Wahlen bis zum Herbst 1949 zurückgestellt.⁵⁸

Gestern wieder einmal eine „entscheidende Beratung im Kreml“ („Telegraf“). Stalin empfing die drei westlichen Diplomaten am Montagabend. Bei den Gesprächen soll die Berliner Währungsfrage nach wie vor im Mittelpunkt stehen. Am gleichen Tage hat in Herrenchiemsee das Plenum des westdeutschen Verfassungskonvents mit großer Mehrheit den Vorschlag gebilligt, das westdeutsche Staatsgebilde „Bund der Deutschen Länder“ zu benennen.

Donnerstag, den 26. August 1948

Heute abend auf der Bezirksversammlung Brandenburger Vorstadt des 3. Volkskongresses. Dieser Bezirk hat mehrere zehntausend Einwohner. Erschienen waren einschließlich Referenten und Veranstaltungspräsidium 28 Potsdamer. Der Volkskongreß ist doch eine wahre Volksbewegung! Wie die Leute wirklich denken, kann man auch in unseren Kinos beobachten. Jede Wochenschau der DEFA⁵⁹ („Der Augenzeuge“) wird mit Gelächter und abfälligen Bemerkungen begrüßt. Obwohl, wie mir Freunde berichten, solche „Demonstranten“ gelegentlich schon aus dem Kino heraus verhaftet worden sind.

Zweijahresplan – „Schädlinge und Saboteure“ – „Freier Bauer auf freier Scholle“

Sonntag, den 29. August 1948

Am Sonnabend zur Kreisdelegiertentagung des Kreisverbandes Osthavel-land. Meine erste Parteitage Rede. Der als Hauptredner vorgesehene von Koerber hatte abgesagt. Als ich im Laufe des Vormittags die Tagungsstätte, das „Schweizerhaus“ in Nauen, betrat, gab es skeptische und enttäuschte Gesichter, nach der Rede aber doch freundlichen Beifall. Diese Rede war mehr ein Bericht über die Lage. Der erste Teil behandelte die Situation des Landesverbandes, seine Krisen von Grundeis über Falk und Welkow bis zu Kunze. Ferner eine Wertung des Landesdelegiertentages am 16. Juli und ein optimistischer Ausblick auf die weitere Entwicklung. Dann einige bedauernde Sätze zur Verschiebung der Gemeindewahlen, Aufruf an die Parteifreunde, die Zeit bis zum Herbst 1949 zu nutzen, die Organisation zu festigen, Ortsgruppen zu gründen (jeden Monat eine Ortsgruppe in jedem Kreisverband ergibt 360 neue Ortsgruppen in 12 Monaten). Zum Zweijahresplan ein paar vorsichtige Bemerkungen: Uns ist jedes Aufbauprogramm recht – bedauerlich sei indessen, daß die SED diesen

Plan allein ausgearbeitet habe. Wir müßten aufpassen, daß es nicht nur zu einer quantitativen, sondern auch zur qualitativen Steigerung der Produktion komme und dabei der Zivilbedarf berücksichtigt werde. Den Privatbetrieben müsse die Möglichkeit eines fairen Wettbewerbs mit den Staatsbetrieben, z. B. durch gleiche Rohstofflieferungen gegeben werden. Zum Verfassungsentwurf und zum Volkskongreß: der Entwurf berücksichtige zweifellos die Fehler der Weimarer Verfassung. Aber wir müßten achten bei den Artikeln über die Zulassung von Parteien, über das Wahlalter und das Wahlsystem. Der Volkskongreß gebe uns die Möglichkeit, den Ruf nach der Einheit Deutschlands als Gegenargument gegen sozialistische Wirtschaftspläne zu nutzen. Dann noch ein paar allgemeine Bemerkungen zur Außenpolitik und ein vielleicht etwas zu pathetischer Abschluß.

In der Diskussion spielten Probleme der Landwirtschaft die Hauptrolle: die Zukunft der Großbauern, Fragen der Veredelungswirtschaft, der Saatzucht. Kritik wurde am „Morgen“ geübt und seinen Leitartikeln. Einer schlug vor, in einer Resolution an das Zentralorgan die Einwände gegen die politische Linie unserer Zeitung zum Ausdruck zu bringen. Zum Thema Volkskongreß kam die Frage, wieviele Mitglieder der LDP eigentlich im Volksrat vertreten seien. Die Antwort auf diese Fragen war – bei Anwesenheit von Vertretern der Besatzungsmacht – nicht immer leicht und wohl auch häufig nicht zufriedenstellend. Doch im Saal herrschte eine Stimmung relativen Wohlwollens. So ging es einigermaßen gut. Nach diesem Debüt habe ich Appetit auf mehr.

In Berlin geht es noch immer turbulent zu. Am Freitag wurde die Stadtverordnetenversammlung auf unbestimmte Zeit vertagt, weil wiederum kommunistische Demonstranten aus dem Ostsektor im Anmarsch waren. Die Kommunisten besetzten erneut das Stadthaus. Der „Daily Herald“ spricht von einer Neuaufgabe der Nazimethoden. Aber in Moskau wird noch immer „verhandelt“. Wie lange noch?

Sonntag, den 5. September 1948

Am Sonnabend in Eberswalde zum Gesellschaftsabend des dortigen Kreisverbandes im Volkshaus. Die Veranstaltung dauerte bis vier Uhr früh. Das Wiedersehen mit Eberswalde nach mehr als sieben Jahren war nur kurz, dunkel und wenig eindrucksvoll. Die Stätten meiner Rekrutenzeit konnte ich nicht besuchen, weder die Kasernen noch die Kinos oder die Lokale.

Interessant, was dieser Kreisverband außer geselligen Abenden mit Kabarett und Tombola noch bietet: Skatgruppe, Gesangsgruppe, Literatur- und Theatergruppe, Schachgruppe, Musikgruppe und sogar eine Frauenhandarbeitsgruppe. Die junge Geschäftsführerin des Kreisverbandes berichtete allerdings, daß diese Gruppen z. Zt. erst konstituiert werden. Mit

der CDU habe man bereits eine Arbeitsgemeinschaft für Jugendfragen gebildet und bereite auch kulturelle Arbeitsgemeinschaften der beiden demokratischen Parteien vor.

Mittwoch, den 8. September 1948

Die Leute sind erbost. Am 4. September hatte Marschall Sokolowskij eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung befohlen. Unsere Presse berichtete darüber in fetten Schlagzeilen. Heute nun werden die „Rationsverbesserungen“ veröffentlicht. Sie sehen so aus: Keine Erhöhungen bei Zucker, Fleisch, Marmelade, Fett und Milch, keine Erhöhung der Brotrationen für die Kartengruppe II (Arbeiter), 50 g mehr für die eine Gruppe der Angestellten und Nichtbeschäftigten, die andere Kategorie geht leer aus. Nur eine geringe Erhöhung der Rationen an Nahrungsmittel und Kartoffeln für einige Kategorien, andere behalten die alten Rationen. Man hat fast den Eindruck, die Sowjets wollen sich über die hungernde Bevölkerung lustig machen. Ich halte das für eine sehr gefährliche Politik.

Am Abend Sitzung des Kreisvorstandes. Heinrich de Vries las den Parteifreunden die Leviten: sie hätten seit zwei Jahren geschlafen. Es sei skandalös, daß ausgerechnet die Kreisverband unserer Landeshauptstadt jede Aktivität vermissen lasse. Besonders unwürdig aber sei die Beschaffenheit der Räume der Geschäftsstelle (im Westflügel des Nauener Tores). Dies sei keine Kreis-, sondern eher eine „Scheißgeschäftsstelle“. Wir befänden uns hier auf historischem Boden, auf dem einmal ein Soldatenkönig für Ordnung und Sauberkeit gesorgt habe. Diese Worte riefen Entrüstung, ja Entsetzen hervor. Ob de Vries „militärische Parolen“ verkünden wolle für die Parteiarbeit? Der Kritiker versöhnte schließlich die erzürnten Parteifreunde mit einer Einladung zu einem Gesellschaftsabend des Landesverbandes am 1. Oktober.

Der Kreisvorsitzende Brauer teilte mit, daß der für Mitte September nach Eisenach einberufene Zonenparteitag auf unbestimmte Zeit verschoben sei. Es sei geplant, den Parteitag in einen Delegiertentag umzuwandeln und diesen im Oktober in Berlin durchzuführen.⁶⁰ Der Kreisvorstand beschloß, einen Antrag zur Ergänzung des vorliegenden Parteiprogrammentwurfs an die Parteileitung zu richten. Danach sollen in den Gemeindevertretungen nur solche Personen Sitz und Stimme haben, die auf Grund allgemeiner Wahlen dazu als Beauftragte politischer Parteien berechtigt sind. Das richtet sich gegen die kommunistischen Massenorganisationen und gegen NDP und DBP.⁶¹

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die Politische Abteilung der SMA in Potsdam vom 6. September 1948:

„I. Politik

Bis zum Befehl des Marschalls Sokolowskij, der die Verschiebung der Gemeindewahlen bis zum Herbst 1949 anordnete, trafen beim Landesverband zahlreiche Re-

solutionen aus dem Mitgliederkreis ein, die die Partei- und Landesleitung aufforderten, sich kompromißlos für die Durchführung der Wahlen noch in diesem Jahr bei den zuständigen Stellen einzusetzen.

IV. Stimmungsbericht

Von entscheidendem Einfluß auf die politische Einstellung der Bevölkerung war auch in dem Berichtsmonat August die Ernährungs- und Versorgungslage. Ganz allgemein wird in der Bevölkerung über die unzureichende Ernährung geklagt, namentlich auf die ungenügende Zuteilung von Fett und Fleisch hingewiesen und die geringen zur Verteilung kommenden Mengen von Obst und Gemüse gerade jetzt im Sommer bedauert. Umso stärker werden Nachrichten aus Westdeutschland beachtet, wonach das Angebot an Lebensmitteln reichhaltiger und fast zufriedenstellend geworden sei ...

Gegen den durch die Ernährungslage erzeugten Pessimismus ... sind erheblich Anstrengungen notwendig, umso mehr, da sich das Mißtrauen gegen eine gesunde Aufwärtsentwicklung der allgemeinen Lage auch auf die Haltung gegenüber den laufenden politischen Ereignissen auswirkt und die Müdigkeit steigert. So fand die Verfassungsfrage nur ein sehr geringes Interesse. Die Berliner Frage, namentlich das westliche Schlagwort der Blockade, stieß jedoch zumeist auf eine skeptisch ablehnende Einstellung der Ostzonenbevölkerung, da bekannt war, daß die Berliner Nahrungsmittelrationen noch immer diejenigen der Ostzone übertreffen ...“

Sonntag, den 12. September 1948, 1.25 Uhr

Am Donnerstag kam es in Berlin nach einer Massenkundgebung gegen den Kommunismus auf dem Platz der Republik (angeblich 300 000 Menschen!) zu blutigen Ausschreitungen gegen die Markgraf-Polizei⁶² im Ostsektor und gegen russische Militärpolizei. Als ein russischer Offizier den abziehenden Massen den Durchgang durch das Brandenburger Tor verweigern wollte, zertrümmerte die Menge die Scheiben seines Kraftwagens. Die Ostpolizei riegelte darauf den Pariser Platz ab. Die Demonstranten gingen mit Steinwürfen gegen die Polizisten vor. Diese machten von der Schußwaffe Gebrauch und verletzten mehrere Personen. Ein Verletzter – sechzehn Jahre alt – ist inzwischen gestorben. Mehrere Kundgebungsteilnehmer stiegen auf das Brandenburger Tor und rissen die rote Fahne von der Quadriga herunter.

Indessen geraten die Verhandlungen der Vier in Moskau und Berlin über die Berlin-Frage erneut ins Stocken. Man muß wohl damit rechnen, daß noch im Herbst schwerwiegende Entscheidungen über die Zukunft Berlins und Deutschlands fallen werden. Es scheint fast, als wolle die westliche Welt den Kreuzzug Hitlers gegen den Bolschewismus in etwas veränderter Form fortsetzen.

Dienstag, den 14. September 1948

Als habe man in ein Wespennest gestochen, so aufgeregte summen die SED-isten über die Abstimmung in der letzten Landtagssitzung. Die Fraktionen der LDP und der CDU hatten einen Antrag der SED-Fraktion, den Zweijahresplan zur Arbeitsgrundlage des Landtages zu machen, abge-

lehnt. In einem Ferngespräch, das von der CDU mitgehört wurde, richtete die SED-Landesleitung an ihre Ortsgruppen- und Kreisvorstände den Befehl, sofort im ganzen Land Brandenburg öffentliche Kundgebungen zu veranstalten. Dort sollten dann LDP und CDU fertiggemacht werden. Aber eine bessere Propaganda unter der Bevölkerung können wir gar nicht finden. Denn bekanntlich wollen unsere Brandenburger von dem kommunistischen Wirtschaftsplan nichts wissen.

In den letzten Tagen wurde in Sachsen und Thüringen eine größere Anzahl von Parteifreunden verhaftet. Die Schlacht um Berlin wirkt sich immer mehr auch auf die Ostzone aus. Unter den Verhafteten sollen einige Jugendsekretäre der Partei sein. – Morgen fahre ich nach Rathenow. Dort werde ich übermorgen in einer Jugendstunde vor jungen Behördenangestellten über das Thema „Die Folgen des Hitlerregimes für die deutsche Jugend“ sprechen. Hoffentlich geht alles gut.

Donnerstag, den 16. September 1948

Heute morgen das Referat in Rathenow. Das Thema gab Gelegenheit, die SED indirekt zu attackieren. Ich verdamnte die Nazis, ihren Wehrsport, den Mißbrauch der Gläubigkeit der Jugend und deren Erziehung zum Fanatismus, den Kadavergehorsam gegenüber einem verbrecherischen System, die Gleichgültigkeit der Eltern angesichts der Verführung ihrer Kinder durch eine Diktatur. Ich forderte die Jugendlichen auf, sich nicht durch „politische Scharlatane und Diktatoren“ überrumpeln zu lassen, „jede Form von Diktatur“ kompromißlos abzulehnen, statt Haß Liebe zur Menschheit zu pflegen und sich anstelle „politischer Verrantheit“ einen offenen Blick zu bewahren.

In der anschließenden Diskussion meldeten sich nur FDJ-Funktionäre zu Wort. Sie kritisierten meine Rede, weil ich mich gegenüber den „politischen Feinden“ (damit meinten sie die antikommunistischen Kräfte im Westen) zu zurückhaltend geäußert habe. Die anderen Jungen und Mädchen schwiegen. Ich habe keine Ahnung, wie sie diese Rede aufgenommen haben. Ich fürchte, das war kein großer Erfolg. Am 26. September, auf dem Kreisparteitag in Rathenow, werde ich wohl noch etwas deutlicher werden müssen.

Sonabend, den 18. September 1948

Es wird Herbst. Windböen treiben welke Blätter durch die Straßen und den Menschen Wolken von Trümmerstaub ins Gesicht. Es ist schon so kühl, daß man einen warmen Ofen vertragen könnte. Jeder denkt bereits voller Sorgen an den kommenden Winter. Derweil verschärfen sich die Spannungen zwischen West und Ost täglich. Die gegenseitigen Beschimpfungen werden immer maßloser und gemeiner. In Griechenland wird noch immer gekämpft. In Indien (Haiderabad) ging gestern ein kurzer Krieg

zuende. Dafür flammten in Palästina die Kämpfe nach der Ermordung des Uno-Vermittlers Graf Bernadotte am Freitag wieder auf. In Paris gab es am Mittwoch Straßenkämpfe zwischen streikenden Arbeitern und Polizeitruppen.⁶³ Und hier bei uns geht die Jagd auf die Nichtkommunisten weiter.

Zur Zeit sind Behördenangestellte dran, die sich nicht zur SED bekennen wollen.⁶⁴ „Schädlinge und Saboteure“ werden verhaftet. In Westberlin löst eine Protestkundgebung die andere ab. Das wiederum animiert die Kommunisten zu ebenso zahlreichen Gegenkundgebungen. Die Tageszeitungen auf beiden Seiten begeistern sich mit bewundernswerter Ausdauer. Selbst in unsere Partei ist der Unfrieden eingezogen: der Kampf um den Parteivorsitz ist im vollen Gange, der Parteitag muß darum weiterhin auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Bei soviel Kampf werden selbst kleine Funktionäre rebellisch. Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe in Plaue erklärte dieser Tage aus eigener „Machtvollkommenheit“ seinen Ortsverband zum Kreisverband und lehnte zugleich jede weitere Zusammenarbeit mit dem Landesverband ab.

Mittwoch, den 22. September 1948

In der heutigen Sitzung des Landesjugendausschusses kam es nach einer Diskussion über die Westpolitik der Zone zu einer erregten Debatte über Sinn oder Unsinn weiterer politischer Tätigkeit in der LDP. Einer der Freunde ging dabei so weit, die illegale Arbeit der LDP-Jugend zu fordern. Ich versuchte zu bremsen. Unsere Möglichkeiten in der Ostzone liegen – leider – nicht darin, so schnell wie möglich ein liberales Wirtschaftssystem durchzusetzen oder die Verwaltung zu entSEDifizieren. Alles was wir tun können, ist, uns wo immer möglich schützend vor die Bevölkerung zu stellen, um sie vor allzu schlimmen Auswirkungen der gegenwärtigen Politik zu bewahren.

Zu Beginn der Tagung berichtete ich kurz über den Verfassungsentwurf des Volksrates.⁶⁵ Bätcher meint zu diesem Entwurf, daß die Regelung der Tätigkeit der Massenorganisationen unsere Zustimmung nicht finden könne. Nur die Parteien sollten an der Regierungs- und Parlamentsarbeit beteiligt werden. Wie zur Bestätigung dieser Ansicht von der Unvereinbarkeit der Tätigkeit der kommunistischen Massenorganisationen mit einem demokratischen Verfassungsleben gab der zu Punkt 3 der Tagesordnung geladene Vertreter des Landessportausschusses, das FDJ-Mitglied G., eine Kostprobe des einseitig politischen Charakters der „Demokratischen Sportbewegung“. Diese wurde von der SMA der FDJ und dem FDGB übertragen. So sei diese Frage nach der Direktive 23⁶⁶ anders gelöst als im Westen, wo sich im Sport Kräfte bereitfänden, mit den Kriegstreibern und fremden Mächten zusammenzuarbeiten, meinte der Jugendfunktionär. Die Zonensportbewegung sei überparteilich, aber politisch. In ihren Rei-

hen sei die Kampfbereitschaft gegen den Militarismus und Faschismus zu stärken. Die Überparteilichkeit werde dadurch gewährleistet, daß in jeder Sportgemeinschaft die FDJ den 1. und der FDGB den stellvertretenden Vorsitzenden stelle. Alle Sportler bis zum 25. Lebensjahr besäßen zudem die Kollektivmitgliedschaft der Freien Deutschen Jugend.

Nach diesen eindrucksvollen Beweisen für die Überparteilichkeit der Demokratischen Sportbewegung bat uns der FDJler um die Unterstützung im Landtag, sobald dort ein Antrag zur Finanzierung dieses Vereins eingebracht werde. Ich erwiderte, das sei nicht die Aufgabe dieses Jugendausschusses. Da solle er sich besser an unsere Landtagsfraktion wenden. Im übrigen könnten uns die Ausführungen über die sogenannte Kollektivmitgliedschaft keineswegs befriedigen. Das schien jedoch den Jugendfreund nicht im mindesten zu beunruhigen.

Montag, den 27. September 1948

Am Wochenende mit de Vries zum Kreisparteitag in Rathenow. Wir wurden sehr gastlich aufgenommen und auf das beste bewirtet. Die Referenten des Parteitages, de Vries, Max Reinhold von der DWK und ich stimmten in der patriotischen Grundtendenz unserer Reden völlig überein. Die Resonanz war entsprechend positiv. Nach meinem Referat auf der Jugendkundgebung am Sonntagvormittag im Stadtcasino gab es eine einstündige Diskussion vorwiegend mit kommunistischen FDJ-Mitgliedern. Sie hatten sich offensichtlich über meine scharfe Kritik an der Politik der FDJ, ihrer Kindervereinigung⁶⁷ und der Jugendpolitik der SED geärgert. Nun wollten sie es mir heimzahlen. Ich glaube aber, ich bin ihnen nichts schuldig geblieben.

Inzwischen sind die Moskauer Berlin-Gespräche endgültig gescheitert. Die Westmächte beabsichtigen nun, die Berlin-Frage vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bringen. Das wird mit Sicherheit zu nichts führen. Allenfalls dazu, daß die Sowjetunion die UNO verläßt und sich damit moralisch noch mehr ins Unrecht setzt. Damit aber wird das Deutschlandproblem auch nicht gelöst.

Sonntag, den 3. Oktober 1948

In der vergangenen Woche in der Provinz, um dort den „freien Bauern auf freier Scholle“ persönlich kennenzulernen. Auf Befehl der SMA und Veranlassung der Landesregierung wurden Vertreter der Parteien und Massenorganisationen in die Kreise des Landes Brandenburg geschickt. Sie sollten sich an Ort und Stelle für eine „vorfristige Erfüllung“ des Brotgetreidesolls bis zum 10. Oktober einsetzen. Ich startete am Mittwoch, fuhr mit der Bahn nach Lübben und von dort weiter in das Notstandsgebiet am Schwiellochsee östlich von Lübben. Am Donnerstag vormittag traf ich mit den Vertretern der SED und des FDGB im Dörfchen Goyatz am Südzip-

fel des Sees ein. Der Boden hier ist sandig und wenig ergiebig. Überschwemmungen des Frühsommers haben die Saat teilweise vernichtet. Die Getreideernte ist darum auch sehr kümmerlich ausgefallen. Viele Bauern sind nicht in der Lage, ihr „Soll“ zu erfüllen. Am Freitag besuchte ich mit dem Kontrolleur der Gemeinde, einem vernünftigen und humanen Mann, die Bauernhöfe, deren Besitzer mit der Ablieferung von Getreide noch im Rückstand sind. Wir fanden fast überall leere Scheunen, Böden und Ställe; das Vieh war längst als „Äquivalent“ für nichtgeliefertes Brotgetreide fortgeschafft. In einem oder zwei Jahren wird vielleicht in diesem Notstandsgebiet das letzte Vieh verschwunden sein. Dann haben die Bauern kein Zugvieh mehr, keinen Dung für den Acker, keine Milch, die sie in die Städte liefern können und kein Fleisch. So jedenfalls beurteilten von uns besuchte Bauern ihre – und unsere Zukunft. Die Regierung scheint sich nicht darum zu kümmern⁶⁸, wenn eine Gemeinde oder ein Kreis von einer Mißernte heimgesucht werden. Sie fordert lediglich einhundertprozentige Sollerfüllung von den Landwirten, ganz gleich wie. Wer es nicht schafft, wird bestraft, wandert ins Gefängnis oder auch in einen GPU-Keller: „Sabotage“. Oder er muß vom Hof.

Aber nicht nur schlechte Ernten machen den Bauern Sorgen, sondern auch die dadurch hervorgerufenen „Schulden“ an Saatgut. War die Ernte schlecht, muß der Landwirt sein Saatgut hergeben, um „erfüllen“ zu können. Das wird ihm dann zwar als Leihsaat bis zur nächsten Ernte zur Verfügung gestellt. Aber letztes Jahr bekamen die Bauern diese ihre Leihsaat erst im November! Und vor allem: bei der nächsten Ernte heißt es dann, nicht nur das Soll erfüllen, sondern auch noch diese „Schulden“ abdecken. Da das nicht möglich ist, wachsen die Schulden immer weiter. Gut ist der daran, der noch über Vieh verfügt, um es anstelle von Getreide abzuliefern. Für den Moment ist er die bittersten Sorgen los. Aber der nächste Ablieferungstermin kommt bestimmt – und weiter geht es bergab.

Am Freitagabend wurde ich Zeuge eines Verhörs besonderer Art. Ein sowjetischer Offizier aus Lübben hatte sämtliche Bauern, die ihr Soll nicht erfüllt haben, in die Bürgermeisterei von Lamsfeld zitiert. Der Major saß an einem Tisch an der Breitseite des Raumes, um ihn herum im Halbkreis die Bauern. Der Bürgermeister war dabei und wir Funktionäre aus Potsdam. Mit schneidender Stimme fragte der Offizier jeden der „Angeklagten“, warum er nicht „erfüllt“ habe und was er zu tun gedenke, um endlich seinen Pflichten nachzukommen. Ängstliche, stammelnde, Entschuldigung heischende Antworten, immer wieder durch höhnische Bemerkungen des Majors unterbrochen. Ein vielleicht siebzيجjähriger Bauer versicherte mit Tränen in den Augen, er habe wirklich nichts mehr und könne auch nichts beschaffen. Nein, er wisse wirklich nicht, woher er das fehlende Getreide nehmen solle. Sein Nachbar argumentierte ähnlich. Einer nach dem anderen bekannte sein Unvermögen, die Forderungen zu erfüllen. Mit bösem Lächeln stellte der Major fest, er sähe schon, sie wollten

nicht. Nun, dann müßten sie sich eben am Sonntagvormittag auf der Kreiskommandantur in Lübben melden. Dort würden sie das weitere hören. Zwei der Bauern, die weniger als 40% abgeliefert hatten und, wie der Bürgermeister beteuerte, tatsächlich ihr letztes Getreide fortgaben, sollen vor Gericht gestellt und abgeurteilt werden. So befiehlt es der sowjetische Offizier.

Später, beim Abendessen, sagt mir ein Herr von der Landesregierung, Mitglied der SED, er habe sich immer gewundert, daß die politische Arbeit auf dem Dorfe nicht recht vorangehe. Seit er gesehen habe, mit welchen Mitteln hier gearbeitet werde, sei ihm alles klar. Man müsse schon völlig gewissenlos sein, wenn man solche Methoden Jahr für Jahr mitmachen wolle. Er jedenfalls könne das nicht, er habe genug. Auch die anderen kommunistischen Funktionäre, die mit am Tisch saßen, waren von dem Erlebten offensichtlich erschüttert. Was werden sie nun daraus gelernt haben?

Als ich am späten Samstagabend nach Hause zurückkehrte, erzählte Mutter, am Nachmittag sei die Kriminalpolizei dagewesen, um das Wartezimmer nach westlichen Zeitungen zu durchsuchen. Die Beamten handelten ganz offensichtlich im Auftrag des Kontrollrates, der vor wenigen Jahren den ungehinderten Vertrieb von Zeitschriften aller Art in ganz Deutschland angeordnet hatte ...

Montag, den 6. Oktober 1948

Nach Meldungen der Westpresse sind in den letzten Tagen fünf Spitzenfunktionäre der LDP-Landesleitung Sachsen-Anhalt nach dem Westen geflüchtet. Unter ihnen der dortige Landessekretär für Politik, Altmann, sowie der Presse-, Organisations- und Jugendreferent der Partei. Der Leiter der unserem Parteifreund Hübener direkt unterstellten Abteilung für Wirtschaftsplanung und dessen Sekretärin wurden von der NKWD verhaftet. Man kommt mit den Verlustmeldungen kaum noch nach.

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SMA in Potsdam vom 5. Oktober:

„In der letzten Sitzung des Antifa-Blockes⁶⁹ ... wurde die Presse- und Versammlungskampagne der SED gegen die LDP und CDU anläßlich der Ablehnung des Zusatzantrages zum Zweijahresplan der SED im Landtag behandelt. Da der betreffende Antrag nur wegen eines offensichtlichen parlamentarischen Formfehlers seitens der SED von den Vertretern der LDP und CDU abgelehnt wurde und somit die SED-Polemik gegen diese Parteien völlig unberechtigt war, distanzieren sich die SED-Vertreter im Block von den Aktionen ihrer Partei, die als ein schwerer Verstoß gegen die Blockpolitik zu betrachten waren ...

Die Stimmung der Bevölkerung wurde auch in dem Berichtsmonat vorwiegend von der Entwicklung der Ernährungslage bestimmt. Die Tatsache, daß die veröffentlichte Erhöhung der Rationssätze nicht die mehrfach angekündigte Ausgabe von erhöhten Mengen von Brot und Zucker für alle Bevölkerungsteile enthielt, löste bei den Betroffenen eine starke Enttäuschung aus ... Das Vertrauen in die Äu-

ßerungen und Versprechungen maßgeblicher Regierungsstelle (hat) weiter abgenommen. Zum anderen hat sich, nachdem auch diese Ernte ohne wesentliche Besserung der allgemeinen Lage vorübergegangen ist, das Gefühl der Resignation in der Bevölkerung verstärkt ...

Im Zusammenhang mit den Nachrichten aus Westdeutschland über reichlichere Ernährung und Versorgung ist Teilnahmslosigkeit gegenüber dem politischen Geschehen in der Ostzone stärker entwickelt als es den Aufbauplänen und den dafür notwendigen Arbeitsleistungen dienlich ist ...

Die Berliner Frage ... wurde von weiten Kreisen mit gemischten Gefühlen betrachtet, da die Sonderstellung der Hauptstadt Berlin mit verbesserten Rationen und Lebensbedingungen inmitten des Landes Brandenburg vielfach Ablehnung und Widerspruch auslöste. Die Verschiebung der Wahlen wurde weitgehend bedauert.“

Montag, den 11. Oktober 1948

Am Wochenende im dienstlichen Auftrag zur Landesschule der FDJ in Bärenklau bei Leegebruch und am Üdersee. In der ehemaligen Fliegerschule tagte die Landesarbeitsgemeinschaft der Kindervereinigung der FDJ. Ich war mit dem Landesjugendsekretär der CDU angereist, um zu erfahren, was sich politisch hinter dieser „Kindervereinigung“ verbirgt, in welcher Weise hier Kinder von der FDJ indoktriniert werden. Wir sind voll auf unsere Kosten gekommen. Es wurde ganz offen gesprochen, die Anwesenheit „bürgerlicher Vertreter“ störte offensichtlich nicht. Vielleicht auch, weil der CDU-Kollege selbst Mitglied der FDJ ist und man von mir das gleiche annahm.⁷⁰

Die Tagung begann am Sonabend mit den Tätigkeits- und Erfahrungsberichten der Kreisvorsitzenden der Kindervereinigung. Danach werden auf Initiative der FDJ z. Zt. im Land Brandenburg an allen Schulen Kindergruppen gebildet, deren Leiter zum Teil Junglehrer, noch häufiger aber Funktionäre der FDJ sind. Viele der jungen Funktionäre klagten über erhebliche Widerstände von Lehrern und Eltern gegen diese Organisation. In der Landeshauptstadt Potsdam habe sich z. B. bisher noch kein einziger Lehrer für diese Arbeit zur Verfügung gestellt. Aber auch LDP und CDU zeigten sich gegenüber diesem Vorhaben häufig sehr reserviert, teilweise werde die Kindervereinigung von diesen Parteien sogar vorbehaltlos abgelehnt. Dagegen sei die Zusammenarbeit mit der SED und den kommunistischen Massenorganisationen überall sehr gut.

Was sei nun zu tun? Einer meinte, es müsse wohl dafür gesorgt werden, daß die „reaktionären Elemente“ aus der Lehrerschaft entfernt werden und Neulehrer die notwendige politische Schulung erhielten. Vorbild sei hier der Kreis Lebus: dort bekämen diese Lehrer ihre politische Ausrichtung auf der Parteischule der SED. Der Kreisvorsitzende aus Westhaveland schlug dagegen vor, Lehrer grundsätzlich nicht als Leiter der Kindervereinigung einzusetzen. Das ging den meisten aber zu weit.

Der nächste Tagesordnungspunkt – Referate über die Aufgaben der Kindervereinigung – war noch aufschlußreicher. Die Leiterin der Landes-

arbeitsgemeinschaft der Kindervereinigung und eine „Jugendfreundin“ vom Zentralrat der FDJ machten in ihren Referaten deutlich, was diese Organisationen politisch erstreben: Aufklärung über die „Antisowjethetze“, Auskunft über politische Tagesfragen wie Luftbrücke und Marshallplan, Erkenntnis auch darüber, wohin sie – die Kinder – gehören: in das Lager der „fortschrittlichen Kräfte“ nämlich. Ferner Ausstattung mit Argumenten „gegen unsere Gegner“, Beschäftigung mit dem kommunistischen Zweijahresplan usw. Mein CDU-Kollege und ich haben während der zwei Tage nur Fragen gestellt und fleißig Notizen gemacht. Höhepunkt der Veranstaltung war am Sonnabend eine Feier in der „Landeshelferschule“ am Üdersee, die sehr an vergangene HJ-Zeiten erinnerte. Bei anbrechender Dunkelheit wurde ein Lagerfeuer entfacht, wir mußten uns bei den Händen fassen und um den flammenden Holzstoß einen Kreis bilden. Dann schmetterten die Jugendfreunde deutsche, russische und internationale Lieder der Arbeiterbewegung in die Nacht: „Vorwärts du junge Garde des Proletariats“ nach der Andreas-Hofer-Melodie oder das Weltjugendlied „Reicht euch die Hände, nun sich vollende Glück der Gemeinsamkeit!“ Es fehlten nur die Landsknechtstrommeln und die Wimpel. Aber auch so war es „ergreifend schön“.

Donnerstag, den 14. Oktober 1948

Am Nachmittag eine Sitzung des Gesundheitsausschusses. Der Kreisarzt gab einen Überblick über den Gesundheitszustand in Potsdam. Noch übersteigen die Todesfälle die Geburtenzahlen, aber der Abstand verringert sich schon deutlich. Während Krebserkrankungen gegenüber den Friedenszeiten zurückgegangen sind, ist die Zahl der Herz- und Kreislaufkrankungen sowie vor allem der Tuberkulosefälle erheblich gestiegen. Mit offener Tuberkulose sind in Potsdam z. Zt. 404 Personen, mit anderen tuberkulösen Erkrankungen 376 Einwohner registriert. Diese Kranken bekommen zusätzliche Lebensmittelrationen: täglich $\frac{1}{4}$ Liter Vollmilch und pro Dekade 122 g Fett.

Montag, den 18. Oktober 1948

Am Sonnabend mit de Vries und Steffen nach Calau und Spremberg. Wir fuhren in unserem alten Adler bei herrlichem Herbstwetter auf Landstraßen unter einem Dach bunten Laubes unseren „Einsatzorten“ ohne Panne entgegen. Am Abend sprach ich auf einer Mitgliederversammlung in Altdöbern. Ich gab einen Überblick über jüngste Ereignisse, Vorgänge, welche die Parteifreunde beschäftigen. Es wären in erster Linie unerfreuliche Dinge: Entlassung von LDP-Mitgliedern aus Regierungsämtern, der Angestelltenabbau zu Lasten der Mitglieder von LDP und CDU. Der Kampf der SED gegen die Betriebsgruppen unserer Partei gehe weiter. Zur Zeit werde die Landesleitung mit Revisionsanträgen und Protesten gegen neue

Enteignungen durch die VEBs überhäuft. Selbst bereits zurückgegebene Betriebe würden ohne Begründung verstaatlicht. Überall nur Achselzucken, keiner fühle sich für diesen offensichtlichen Rechtsbruch verantwortlich. Ein Vertreter der Landesregierung, von uns angesprochen, habe solche Eingriffe mit der „Revolution“ entschuldigt. Auch anderswo gehe diese Art von Revolution weiter. In Pritzwalk z. B. sei zehn privaten Einzelhändlern auf Veranlassung des Landrates die Genehmigung für den Verkauf bewirtschafteter Waren entzogen worden. Die Geschäfte wurden geschlossen, wenig später die Waren abgeholt. Einen Monat darauf habe man den Händlern auch die Gewerbe genehmigung entzogen. Einige Stadtteile seien nun gänzlich ohne Lebensmittelgeschäfte. Beim Konsum müßten die Verbraucher Schlange stehen.

Es gab eine stundenlange Diskussion bis nach Mitternacht. Einer berichtete über Eingriffe der DWK in die Selbstverwaltung der Gemeinden. Berlin habe befohlen, das am 31. August in den Gemeinden verfügbare Geld an die Kreditinstitute des Landes abzuführen, um ein durch die Währungsreform entstandenes Millionendefizit abzudecken. Die DWK habe allerdings lediglich auf Weisung der SMA gehandelt, sie soll sich zunächst gegen diese Maßnahme gesträubt haben. Nun stünden die Gemeinden ohne einen Pfennig da, könnten oft ihre Angestellten nicht mehr bezahlen und auch das von den Russen befohlene „Wiederaufbauprogramm“ im Rahmen des Zweijahresplanes nicht fortführen.

Abschluß der Reise am Sonntagnachmittag ein Besuch zu dritt bei dem Direktor der Oberschule in Alt-Döbern, einem älteren, sehr zurückhaltend wirkenden Parteifreund. Traurig berichtete er über sein Mißgeschick. Man wolle ihn seines Amtes entheben, weil in einer illegalen Schülerzeitung seines Gymnasiums spöttische Bemerkungen über die „Pauker“ und vor allem über den „Ersten Mai“ gestanden hatten. Die Schüler hätten daraufhin eine Delegation nach Potsdam zur Landesregierung gesandt, um Gnade für ihren Direktor zu erwirken. Die Entscheidung der Regierung stehe noch aus. Der Parteifreund hatte nur wenig Hoffnung auf einen guten Ausgang der Affäre.

Die Stimmung im Volk – Hennecke als deutscher Stachanow – „Volkskontrolle“

Dienstag, den 19. Oktober 1948.

„Die Stimmung im Volk ist antisowjetisch, und wir sind verhaßt“, klagte heute der Vertreter des FDGB auf der Sitzung des Sekretariats des Landesausschusses. Man war in der Tagesordnung beim Erfahrungsaustausch

über die Arbeit der Volkskongreßbewegung draußen im Land angelangt. Der Gewerkschaftsfunktionär gab Beispiele für diese Stimmung. Er sei, so berichtete er, während einer Bahnfahrt von Mitreisenden regelrecht verprügelt worden, als er sich in politische Diskussionen über die Frage der Antisowjethetze einließ. Auch Landtagspräsident Ebert und die Vertreter der NDP und der Demokratischen Bauernpartei wußten Ähnliches zu berichten. Man könne es heute kaum noch wagen, in der Bahn, auf der Straße oder in einer Menschengänge vor Schaltern und Geschäften gegen die „Antisowjethetze“ Stellung zu nehmen. Der CDU-Landrat Siebenpfeiffer wußte Abhilfe: man solle doch die Bevölkerung auf das Kontrollratsgesetz hinweisen, wonach Hetze gegen eine Besatzungsmacht mit dem Tode bestraft werden könne. Noch Besseres vermochte der NDP-Vorsitzende Koltzenburg anzubieten: er schlage die Bildung gut organisierter Agitationsgruppen vor, die auf den Verkehrsmitteln, vor allem in der Bahn, sofort im Bedarfsfalle tätig werden könnten. Auch müßte jeder von uns in Briefen an seine Freunde, Verwandten und Bekannten im Westen ständig die „Wahrheit“ über die Sowjetzone verbreiten (das könnte ihn teuer zu stehen kommen!) und auf diese Weise der Antisowjethetze entgegenwirken. Schließlich ergriff Ebert noch einmal das Wort und meinte, er persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß Deutschland der Hilfe der Sowjetunion noch gar nicht würdig sei. Er jedenfalls lehne jede Hilfe ab, die den Wiederaufbau der UdSSR verlangsamten würde, hätten wir doch das größte Interesse, daß dieser Aufbau so schnell wie möglich voranschreite.

Später beschäftigten wir uns mit den kulturellen Aufgaben der Volksausschüsse. Wieder kamen die bemerkenswertesten Beiträge von dem ehemaligen Sozialdemokraten Ebert. Er zeigte sich mit dem künstlerischen Schaffen in der Zone höchst unzufrieden. „Wo ist das große Epos der Bodenreform?“ rief er pathetisch. Die Künstler müßten endlich zeitnah schaffen, die Themen Bodenreform und Volkseigene Betriebe gestalten. Koerber und ich verfolgten diese Debatte der Kommunisten schweigend. Denn das sind nun einmal nicht unsere Sorgen!

Freitag, den 22. Oktober 1948

Hauptthema der heutigen Sitzung des Zonenjugendausschusses in Berlin: Festsetzung des Wahlalters. Nach längerer und sehr intensiver Debatte einigte sich der Ausschuß, das aktive Wahlalter entsprechend früheren Stellungnahmen auf 21 Jahre festzusetzen. Die Mehrheit sprach sich dafür aus, das passive Wahlalter auf 23 Jahre festzulegen. In einem Beschluß des Ausschusses, der dem Zentralvorstand zugeleitet wird, haben wir gefordert, „daß bei dieser wichtigen Frage nicht Parteigesichtspunkte in den Vordergrund treten dürfen, sondern dem Gedanken der Verwirklichung der Einheit Deutschlands Rechnung getragen wird“. Zuvor hatten wir ei-

nen Organisationsplan (Richtlinien für die Jugendarbeit in der LDP) verabschiedet, in dem die Jugendarbeit als ein „Teil der politischen Arbeit der Partei“ deklariert und insoweit eine eigenständige Jugendarbeit der Ausschüsse abgelehnt wird.

Sonntag, den 24. Oktober 1948

Übers Wochenende vertiefte ich mich in den Akten des Falles „Kuhberg“. Der Ortsgruppenvorsitzende von Plaue, Dr. K., hat jüngst seinen Ortsverband zum Kreisverband ausgerufen und widerstrebenden Parteifreunden Vergeltungsmaßnahmen „nach dem Umsturz“ angedroht. Diese seltsame Aktion scheint politisch kaum motiviert, dafür jedoch um so eindeutiger mit der besonderen, exzentrischen Persönlichkeit des Dr. K. zu erklären sein. Erstaunlich, daß solche Eskapaden in einem Augenblick höchster Bedrohung unserer Partei überhaupt möglich sind, zu einer Zeit, in der die Sowjetisierung unserer Zone immer weiter voranschreitet. In diesen Wochen wird die „Volkspolizei“ bewaffnet, kaserniert und militärisch gedrillt und so eine Art Volksmiliz geschaffen, bereit zum Einsatz gegen den Westen. Ein groteskes Gegenstück zu dieser Remilitarisierung Ostdeutschlands: der empörte Aufschrei des Landessenders Potsdam über eine Armbrustschießbude, die gegenwärtig eine der wenigen Attraktionen auf dem Potsdamer „Oktoberfest“ im Lustgarten darstellt.

Das Tagesgespräch der Zone ist jedoch (wenn man unserer Presse glauben darf) die fulminante Leistung des Bergmanns Adolf Hennecke, der sein Soll jüngst um mehrere hundert Prozent übererfüllte und daraufhin von allen Regierungsstellen, Behörden und kommunistischen Verbänden mit Glückwunschadressen geradezu überschüttet wurde. Hennecke wurde zum Vorbild für alle Werktätigen unserer Zone ernannt. Das war der Startschuß zur Einführung des russischen Stachanow-Systems in der Ostzone.⁷¹ Schon haben zahlreiche Arbeiter überall im Lande „spontan“ ihr Arbeitssoll ebenfalls um hundert Prozent und mehr übererfüllt. Sie traten in einen Wettbewerb mit dem Superaktivisten Hennecke, um den Zweijahresplan voranzutreiben und die Zone von den bösen kapitalistischen Staaten unabhängig zu machen.

Dienstag, den 26. Oktober 1948

Am Vormittag in der Rewi-Gaststätte (früher Karstadt-Haus) zur Landeskongferenz der „Volkskontrollausschüsse“.⁷² Ich notierte folgenden Kernsatz eines der Hauptredner: „Die Volkskontrolle muß den bewußten oder unbewußten Wirtschaftsverbrechern das Leben zur Hölle machen, und Ihr sollt die Teufel in dieser Hölle sein!“ Die Entwicklung in der Ostzone, so ein anderer Redner, sei keine friedliche, denn der Klassenkampf verschärfe sich ständig. Beispiel: Es sei bedauerlich, daß in Sachsen die volkseigene Textilindustrie ihr Soll nur zu 35% erfüllt habe, die privaten

Unternehmer dagegen bis zu 72% geschafft hätten. Die Ausbeuter behielten eben auch nach ihrer Kaltstellung ihre speziellen Erfahrungen und ihre Beziehungen zu den bürgerlichen Kreisen – sie hätten ungeheuerliche Möglichkeiten. So hätten die Unternehmer es scheinheilig verstanden, sich in ein sozialpolitisches Mäntelchen zu hüllen und die Betriebsangehörigen zu ködern. Leider aber gestatteten es die Zustände in den Volkseigenen Betrieben nicht, die Aufmerksamkeit der Volkskontrolle ausschließlich dem privaten Sektor zuzuwenden, obwohl das dringend nötig wäre. Denn die privaten Betriebe seien die Quellen des Schwarzen Marktes. Die Bourgeoisie sei eben der Arbeiterklasse in ihren Methoden überlegen, zumal nur wenige Menschen sich bisher zu der neuen Ordnung bekennen würden. (Herr Höniger vom Justizministerium nannte diese „neue Ordnung“ später ein Chaos, in das man erst einmal „Ordnung bringen müsse“.)

Jedes Wirtschaftsvergehen, so der Redner, sei ein „Dolchstoß gegen das Proletariat“. Überall, bis in die höchsten Verwaltungsstellen hinein, fände man „bezahlte Agenten des Monopolkapitalismus“, die den Zweijahresplan sabotierten und die Ostzone „systematisch ausbeuteten“. Dies aber sei nur möglich, weil die Arbeiterschaft nicht wachsam genug sei.

Die Kontrollkommissionen hätten bekanntlich das Recht, alles und überall zu kontrollieren; sie verfügten über eine ungeheure Macht. Es sei aber noch verfrüht, die Arbeit der Volkskontrollausschüsse zu legalisieren; diese müßten sich erst „formen und finden“. Die neue Wirtschaftsstrafverordnung gebe ihnen alle Möglichkeiten.⁷³ Kein Staatsanwalt könne heute mehr von sich aus eine Haftentlassung verfügen, ohne sich vorher mit der Volkskontrolle ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Es werde mit der Justiz rascher in der „fortschrittlichen Entwicklung“ vorangehen, als die Zuhörer das vielleicht glaubten. Dazu müsse man allerdings noch einen großen Teil der akademischen Richter „auf die richtige Spur setzen“, denn es fehle ihnen bisher an der rechten Erkenntnis.

Der jetzige Zustand in der Landwirtschaft sei untragbar. Bauern, die nicht gewillt seien, Plandisziplin zu üben, müsse man vom Hof nehmen bzw. ihnen für vielleicht zehn Jahre einen Treuhänder einsetzen. Man müsse die „Hamsterer“ mehr unter Druck setzen, ihnen z. B. drohen, nicht nur die gehamsterte Ware, sondern auch Rucksäcke und Fahrräder wegzunehmen. Sie müßten angeben, welcher Bauer ihnen die Produkte verkauft habe.

Ein Diskussionsredner berichtete, in seinem Kreis habe man Hamstern die Kartoffeln gelassen, sofern sie die Bauern verraten hätten. Der Erfolg dieser Aktion sei überraschend gut gewesen. Man dürfe nicht vergessen: die Großbauern seien die „Klassengegner“ auf dem Dorfe. Man müsse diese Klassenfeinde suchen, finden und ihren Widerstand brechen. Darum gehöre der klassenbewußte Arbeiter in die Kontrollausschüsse und diese in die Hände der Gewerkschaften. Leider sei der deutsche Arbeiter in der Privatindustrie nicht klassenbewußt genug. Von ihm sei keine Un-

terstützung zu erwarten. Er sei zum Helfer der Schieber und Hamsterer geworden. Somit sei die Stärkung des Klassenbewußtseins der deutschen Arbeiterschaft eine der Hauptaufgaben der Volkskontrollausschüsse.

Ein anderer Diskussionsredner forderte, die Kontrollausschüsse sollten künftig auch die Arbeits- und Gesundheitsämter sowie die Amtsärzte kontrollieren. Eine weitere Mitarbeit der Parteien bei der Volkskontrolle sei dagegen nicht mehr erwünscht, da deren Mitarbeit sich doch nur auf einen „Kuhhandel“ über die Kompetenzen beschränkt habe. Ja, man habe sogar aus der Volkskontrolle eine parlamentarische Affaire machen wollen. –

Nun wissen wir es also, wohin die Reise geht: Unterdrückung jeder privaten Unternehmerinitiative, Vernichtung der Großbauern und des privaten Handwerks, Ausschaltung der Parteien bei der Volkskontrolle und schließlich Diktatur des Proletariats. Da kann man nur lachen, wenn gestern das „Berliner Montagesecho“, Schwennickes Zeitung, mit der Schlagzeile „SED fürchtet den Abzug der Sowjets“ aufmachte. Richtig dürfte an der Meldung lediglich sein, daß die Sowjets beabsichtigen, den Volksrat mit der Bildung einer deutschen Regierung zu beauftragen. Gewiß zutreffend werden auch sowjetische Pläne sein, die Großbauern zu enteignen und die gesamte Produktion in Form von volkseigenen Betrieben der DWK zu übergeben, den privaten Handel zugunsten des Konsums auszuschaftern und eine zuverlässige Parteiarmee aufzubauen. Aber das alles ist ja längst im Gange und insofern keine Neuigkeit mehr.

Dienstag, den 2. November 1948

Am Sonntag und Montag im Nordwesten der Mark, in Kyritz, Pritzwalk und Wittstock. Überall Klagen und Beschwerden, verängstigte, rabiate oder auch in Lethargie versunkene Parteifreunde. Heinrich de Vries und ich versuchten, diesen Menschen neuen Mut zu geben, sie aufzurütteln, ihnen zu zeigen, daß es vorläufig noch Sinn hat, weiterzumachen. Aber in der Ostprignitz, dem reichsten Kreise unseres Landes, einem für die LDP sehr günstigen Gebiet (1946 23,1% der Stimmen), ruht vielerorts die Parteiarbeit völlig. Der Vorsitzende des Kreisverbandes, Werner W. aus Kehrberg, ist ein mutiger, energischer Mann voller Ideen, die sich jedoch im Augenblick zumeist nicht realisieren lassen. Nur noch wenige Parteifreunde unterstützen ihn in seiner Arbeit. W. besitzt kein Fahrzeug, um den durch sowjetische Montagetruppen von Eisenbahnstrecken „befreiten“ Kreis bereisen und neue Ortsgruppen gründen zu können. Dabei wäre das dringend notwendig: in den über 140 Ortschaften der Ostprignitz gibt es zur Zeit nur 17 LDP-Ortsgruppen. Auch ist kein Parteigeschäftsführer vorhanden, nachdem die beiden letzten das ganze Kapital des Kreisverbandes in großzügigster Weise verwirtschaftet haben. Dabei ist die LDP fast überall relativ stark in den Gemeindeparlamenten vertreten. Die CDU, die stärkste Partei im Kreis, arbeitet meist eher mit der SED als mit

der LDP zusammen. Dazu kommen Pressionen der Besatzungsmacht. In Wittstock z. B. unterbindet die Kreiskommandantur fast jede Parteiarbeit, dem Vorsitzenden des Ortsverbandes wurde sogar die Redeerlaubnis entzogen. Am gleichen Ort verpflichtete übrigens der SED-Schulrat die Lehrerschaft, Geschichtsunterricht künftig nur noch im Sinne der marxistischen Geschichtsbetrachtung zu erteilen. Überall geht z. Zt. die SED im Schutz der Besatzungsmacht zum Großangriff auf die letzten bürgerlichen Bastionen über. Dabei macht diese Partei in der ganzen Zone gegenwärtig eine schwere Krise durch. Selbst alte und bewährte Funktionäre fallen der in diesen Wochen angelaufenen Parteisäuberung zum Opfer. Auch Erich Gniffke, Mitglied des Parteivorstandes der SED, der jetzt nach dem Westen flüchtete.

Mittwoch, den 3. November 1948

Auf der heutigen Sitzung des engeren Landesvorstandes im Landtag zum Landesjugendsekretär der Partei gewählt. Damit steigt das Risiko. Mein Stellvertreter im Landesjugendausschuß, Siegfried Rönnefahrt, machte schon zum dritten Male Bekanntschaft mit der NKWD. Das bedeutete dreimal Inhaftierung für mehrere Tage. Beim letzten Mal mußte R. sogar vier Tage die „Gastfreundschaft“ des sowjetischen Geheimdienstes genießen. Der Bräutigam seiner Base, ein amerikanischer Fliegermajor, hatte Siegfried einen freundschaftlichen Brief geschrieben, der den Russen in die Hände fiel.

Im übrigen beschäftigte sich der Vorstand erneut mit dem Fall Kuhberg, mit Renten- und Lastenausgleichsproblemen und dem Verhältnis der Ländeparlamente zur DWK. Er beschloß, für den 11. Dezember eine erweiterte Vorstandssitzung nach Potsdam einzuberufen und die Tagung mit einem geselligen Abend im Haus des Kulturbunds zu verbinden.

Sonntag, den 7. November 1948

Jubelnden, minutenlangen Beifall spendeten ca. 400 Mitglieder der Freien Deutschen Jugend, als der Vertreter der Besatzungsmacht am Freitag vormittag den Kursaal in Templin (Uckermark) betrat. Der Offizier war sichtlich überrascht. Ja, er sah fast ein wenig verängstigt aus, als er oben neben dem Rednerpult auf der Bühne stand und unentschlossen zu Boden blickend die Ovationen der Jugendlichen über sich ergehen ließ. Vielleicht hatten ihn auch vereinzelte Pfiffe verwirrt, die sich unter den Jubel mischten. Doch auch sie waren wohl als Zustimmung, nicht als Protest zu verstehen. Denn diese 1. Landjugendkonferenz der FDJ ließ antikommunistischen Demonstrationen keinen Raum. Den Vertretern der Parteien und Organisationen wurde das Wort zu einer Begrüßungsansprache nicht erteilt, obwohl „Begrüßungen“ in der Tagesordnung vorgesehen waren. Und die Delegierten waren offensichtlich sorgfältig ausgewählte Jugendli-

che, die sich zwei Tage hindurch in immer neue Begeisterungsräusche hineinsteigerten, ähnlich wie vor wenigen Jahren noch die Jungen und Mädchen der Hitlerjugend.

Ich hatte mich am Donnerstag zögernd auf den Weg nach Templin im Norden der Mark gemacht. Die Bahnreise dauerte insgesamt 11½ Stunden. Mit mir reiste eine junge Landtagsabgeordnete der CDU, Annerose Z., ein zierliches, temperamentvolles und unaufhörlich plapperndes Mädchen. Sie ist Mitglied des Zentralrates der FDJ und erzählte ausführlich über ihre Begegnungen mit den Russen. Nach ihren Berichten scheint es auch heute noch in den Stadtrandgebieten zu Ausschreitungen und Übergriffen sowjetischer Soldaten zu kommen. Aber Annerose ist offenbar bisher glimpflich davongekommen.

Die beiden Templiner Tage waren deprimierend. Die Indoktrinierung der versammelten Blauhemden erfolgte ohne jede Hemmung. Man putschte die jungen Menschen vor allem gegen die Großbauern auf, die inzwischen fast alle in der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) als Vorsitzende und Wirtschaftsberater Unterschlupf gefunden haben sollen und damit zum „Keim der Ausbeutung der kleinen Bauern“ geworden seien. So meinte es jedenfalls der Vertreter der DWK, Ernst Busse (SED), in seinem Eröffnungsreferat „Die Landwirtschaft im Zweijahresplan“.⁷⁴ Der Landesvorsitzende der FDJ, Horst Brasch, machte den Sinn dieser Veranstaltung besonders deutlich, wenn er erklärte: „Unsere heutigen Beratungen gelten den Feinden des Fortschritts“. Die Feinde des Fortschritts seien z. B. Bürgermeister, die FDJ-Mitglieder von Russen verhaften ließen, weil die Jugendlichen Schwarzhandel aufgedeckt hätten. Weitere Feinde: Großbauern, die landwirtschaftliche Produkte verschieben. Diese Schieber sollten die Jugendlichen der Polizei und der FDJ melden und ihnen die Waren wegnehmen. Brasch: Der politische Kampf auf dem Dorf ist nicht leicht. Man habe „Aktivisten“ der FDJ niedergeschlagen und mancherorts SED-Mitgliedern nichts zu essen gegeben. „Wir wollen gegen Hetzer, Großbauern und Schieber vorgehen und werden schließlich den Sieg davontragen“, rief Brasch unter frenetischem Beifall der Jugendlichen aus.

An den Sitzungen der Kommissionen, die am Sonnabendvormittag Fragen der Landwirtschaft, der Sozial- und Kulturpolitik berieten, durften nur FDJ-Mitglieder teilnehmen. Ich hatte also Zeit zu einem Besuch bei unserem Kreisvorsitzenden Max Gaedecke in der Zehdenicker Straße. G. ist Landtagsabgeordneter, ein literaturbeflissener, intellektueller Typ. Man hat nicht den Eindruck, daß er viel von Politik versteht oder gar den harten Bedingungen politischer Arbeit in unserer Zone gewachsen wäre. Der graue Alltag hat darum auch in unserem Gespräch wenig Raum, dafür um so mehr moralische, künstlerische und philosophische Fragen unserer Zeit.

Die Feiern zum Weltjugendtag am Sonntag mit Prämiierung der Aktivi-

sten der Ziegelsteinaktion im Stadttheater, einer Kundgebung im Sportstadion und dem anschließenden Fußball-Länderspiel Brandenburg gegen Sachsen schenkte ich mir. Ich reiste bereits am Sonnabend nach Potsdam zurück.

Montag, den 8. November 1948

Alle Nichtkommunisten amüsieren sich: der Staatsanwalt, der die Angeklagten in dem großen Wirtschaftsprozeß von Glauchau-Meerane ins Zuchthaus schicken sollte, soll mit sämtlichen Prozeßakten nach dem Westen geflüchtet sein. Die SED will mit diesem Prozeß Schiebung und Warenhortungen in großem Umfange ahnden, die in Sachsen festgestellt worden sind. An diesen Delikten waren freilich nicht nur privatkapitalistische Wirtschaftsverbrecher, sondern auch Volkseigene Betriebe und Konsumgenossenschaften, hohe kommunistische Verwaltungsfunktionäre und andere Vertreter des „fortschrittlichen Lagers“ beteiligt.⁷⁵

Der jüngste Flüsterwitz der Zone: „Die SED ist blasenkrank“. „???“ „95% wollen austreten und können nicht!“

Mittwoch, den 10. November 1948

Ein Tourist besucht eine russische Fabrik. Er geht durch die Werkhallen und fragt die Arbeiter, wem denn das alles gehöre. Die Arbeiter: das gehört alles uns. Der Tourist schaut hinaus auf die Autos vor der Fabrik. „Und wem gehören die Autos?“ „Die gehören den Direktoren“, ist die Antwort. – Der Tourist fliegt nach Amerika, geht auch hier durch eine Fabrik und fragt die Arbeiter: „Wem gehört das alles?“ „Mr. Smith, Sir“ „Und wem die schönen Wagen da draußen vor der Fabrik?“ „Die gehören uns, damit fahren wir zur Arbeit.“ Diesen Witz erzählte mir heute ein Vertreter der CDU im Anschluß an eine Jugendstunde für junge Angestellte des Amtsgerichts Potsdam. Ich hatte, wie auch ein Vertreter der SED und der CDU, über die Politik unserer Parteien referiert. Der SED-Mann sprach geschult und mit einigem Fanatismus. Die Reaktion der jungen Menschen war ausgesprochen negativ und ablehnend. Der CDU-Funktionär und ich kamen dagegen gut an. Das mitgebrachte Propagandamaterial war im Nu vergriffen. Später diskutierten wir noch längere Zeit mit einem jungen Sozialisten über Wege zu einer neuen Weltordnung, zur Verhinderung von Kriegen und die Schaffung eines Weltstaates. Der junge Mann gehörte, seinen idealistischen politischen Anschauungen nach zu urteilen, offenbar zum rechten Flügel der SPD. Ich äußerte mich skeptisch zu seinen politischen Ideen, die ich für Utopien hielt. Es würden sich wohl auch in Zukunft Kriege nicht vermeiden lassen, zumal sich ja die Menschen nicht verändern und in den letzten Jahrtausenden durchaus nicht friedvoller geworden seien. Man habe vielmehr den Eindruck, daß die Menschheit immer grausamer, rücksichtsloser und brutaler werde. Die

moralische Entwicklung der Menschheit zeige offensichtlich eine noch absteigende Tendenz. Man könne fast behaupten, daß die Moral im gleichem Maße schwinde wie die Zivilisation steige und mit ihr die technische Entwicklung. Einen Ausweg im Kommunismus oder Sozialismus zu suchen, erscheine mir absurd. Denn hier handele es sich doch nur um Utopien, die sich nicht verwirklichen lassen. – Erst jetzt, beim Niederschreiben, wird mir bewußt, in welch deutlichem Gegensatz diese pessimistischen Prognosen zu meinem vorangegangenen Kurzreferat vor der Jugendgruppe des Amtsgerichts stehen. In ihm hatte ich der liberalen Idee durchaus die Fähigkeit zugesprochen, die Menschen von ihren Fesseln zu befreien und einen „moralischen Wiederaufstieg unseres Volkes“ herbeizuführen. Merkwürdigerweise hat mich der junge Sozialist auf diesen Widerspruch nicht hingewiesen.

Sonntag, den 14. November 1948

Nach einer Meldung der „Tagespost“ werden am kommenden Dienstag die ersten „freien Läden“ im Lande Brandenburg in Potsdam eröffnet. In der Brandenburger Straße wird vom 16. November ab je eine Verkaufsstelle für Textilien und für Lebensmittel ihre Waren feilbieten. Die Preise sind freilich gesalzen. Ein Kilogramm Zucker wird 33,–, ein Kuchenbrot von 1000 g 12,–, ein Kuchenbrötchen von 50 g 0,80 DM (Ost) kosten. Stoffe werden je nach Qualität für 40,– bis 135,– DM je Meter verkauft, Damengarnituren aus Seide zwischen 50,– und 80,–, Damen- und Herensweater zwischen 90,– und 125,– DM zu haben sein.

Diese neueste Errungenschaft der Ostzone wird seit Wochen von der Bevölkerung lebhaft diskutiert. Die Läden heißen bereits im Volksmund „staatliche Schwarzmarktgeschäfte“, weil nur ein kleiner Teil der Verbraucher in der Lage sein dürfte, die hohen Preise der freien Waren zu erschwingen. Zweifel herrschen vor, ob das Ziel dieser „Handelsorganisation Freie Läden“, nämlich die Bekämpfung des illegalen Schwarzen Marktes, auf diesem Wege erreicht werden kann. Man vermutet, daß es der DWK bei der Errichtung dieser Verkaufsstätten gar nicht so sehr um die Beseitigung des Schwarzen Marktes als vielmehr um die Abschöpfung der Geldmittel der Bevölkerung geht, um so die durch Reparationen und Geldreform entleerte Staatskasse wieder aufzufüllen. So werden wir bald, sofern das nötige Kleingeld vorhanden, in diesen Läden Zigaretten für 80 Pfennige das Stück oder einen Liter 12%iges Starkbier für 6 DM kaufen können.

Auf dem Gebiet des Eisenbahnverkehrs sieht es dagegen noch immer schlimm aus. Nach den rigorosen Schienendemontagen durch die Russen in den Jahren 1945/46 und dem Abtransport des rollenden Materials in die Sowjetunion hatte sich der Bahnverkehr vorübergehend leicht belebt. Jetzt hat er durch eine neuerliche 25%ige Verkehrseinschränkung einen

ernsten Rückschlag erlitten. Anfang des Jahres waren die Verordnungen über Reisebescheinigungen aufgehoben worden, nun hat man sie für D-Züge wieder einführen müssen.

Inzwischen versuchen wir Liberalen unverdrossen gegen den Strom zu schwimmen. Am Freitag vormittag nahmen von Koerber, de Vries und ich an einer Sitzung des Kreisvorstandes in Lübben teil. Im Beisein von Kapitän Zerebrennek und des Kreiskommandanten forderte de Vries von den Vorstandsmitgliedern, bis zum Frühjahr 1949 in jeder Gemeinde des Kreises einen Ortsverband der LDP zu gründen. Die Sowjets schrieben die Ausführungen unseres Organisationsleiters eifrig mit und werden nun wohl ihre Minen legen, um solch unerwünschten Zuwachs an Ortsgruppen und Parteimitgliedern zu verhindern. Dergleichen Aktivitäten passen nicht in die politische Landschaft der Zone.

Der SED-Spitzenfunktionär Fred Oelßner jedenfalls hat jüngst im „Neuen Deutschland“ unter der Überschrift „Der revolutionäre Weg zum Sozialismus“ brutal festgestellt: „Die höchste Form der Demokratie ist die Diktatur des Proletariats“.

„Der Strom, der zum Sozialismus führt“

Dienstag, den 16. November 1948

Ein Tag der Hiobsbotschaften. Massenverhaftungen in Leipzig sollen zwölf junge LDP-Funktionäre zum Opfer gefallen sein.⁷⁶ Auf der Sitzung des Landesjugendausschusses erfuhr ich zudem, daß der Pressereferent der Parteileitung, Freiherr von Brück, am Wochenende im Fahrstuhl der Parteileitung in der Taubenstraße von sogenannten „Kriminalbeamten“ verhaftet worden sei. Bätcher berichtete, nach Aussage des Fahrstuhlführers habe sich von Brück zunächst zur Wehr gesetzt, sei dann aber mit Hilfe weiterer Personen gewaltsam abgeführt und in eine in der Kanonierstraße parkende Limousine gestoßen worden. Damit nicht genug, erfuhren wir heute, daß unser Kreisvorsitzender von Niederbarnim, Karl Knopke, Beisitzer im Landesvorstand, von der Kriminalpolizei verhaftet worden sei, ebenso wie der Kreisgeschäftsführer von Beeskow-Storkow, Glommer.

Die Stimmung im Landesjugendausschuß war dementsprechend gedrückt. Aus den Kreisen waren nur acht Freunde nach Potsdam gekommen. Ich informierte über die Tagungen in Bärenklau und Templin. Der Vertreter aus Luckenwalde berichtet, daß dort künftig nur noch die Oberschüler das Abitur erhalten sollen, die in der FDJ mitarbeiten. Unser Freund aus Templin ergänzte, in seinem Kreis sei die Mitgliedschaft in der FDJ Voraussetzung für Stipendien an Schüler. Nach dem Mittagessen

ergriff von Koerber das Wort. Als er um eine Klärung des Begriffes „Volksdemokratie“ gebeten wurde, wies er auf den Artikel Oelßners im „Neuen Deutschland“ vom 11. November hin und bemerkte dazu: die Verschärfung der Haltung der SED und ihres Machtgedankens finde in der Bevölkerung keinen Widerhall. Für uns Liberale bedeute Demokratie auch heute noch die Herrschaft mit dem Stimmzettel. Und das sei nicht die Diktatur des Proletariats.

Donnerstag, den 18. November 1948

Bei der Besprechung einer Werbewoche zur Bekämpfung der Jugendkriminalität berichtete ein Kriminalbeamter Beklemmendes: man habe in Potsdam vierzehnjährige Mädchen aufgegriffen, die sich Chauffeuren der TUB (Taxi-Union Brandenburg) gegen Geld und Zigaretten angeboten hatten. Inzwischen seien sechs Taxichauffeure verhaftet worden, weil sie sich wiederholt an solchen minderjährigen Mädchen vergangen hätten. Eines dieser Mädchen habe der Kripo gegenüber damit geprahlt, an einem Nachmittag viermal mit Taxifahrern Verkehr gehabt zu haben. Bei ihrer Erzählung habe sie derart unflätige Worte gebraucht und unzünftige Bewegungen gemacht, daß das Verhör abgebrochen werden mußte. Fahrer der TUB, die am Hauptbahnhof Potsdam auf Kunden warten, hätten zudem gewerbsmäßig dreizehn- bis vierzehnjährige Mädchen für Geld und Zigaretten an russische Soldaten verkuppelt.

Sonntag, den 20. November 1948

Nun geht es Schlag auf Schlag! Wir befinden uns bereits im fortgeschrittenen Stadium einer kommunistischen Parteidiktatur. Heute abend verkündete der Kommentator von „Radio Berlin“, Herbert Gessner, die Abschaffung der Betriebsräte und die Geburt der „Betriebsgewerkschaftsleitungen“.⁷⁷ Die Betriebsräte waren 1945 nach zwölfjährigem Verbot durch ein Kontrollratsgesetz wieder ins Leben gerufen worden. Ihre Aufgabe: die Interessen der Arbeitnehmerschaft gegenüber der Betriebsleitung zu vertreten. Sie setzten sich in der Regel aus Angehörigen der drei in der Zone zugelassenen Parteien sowie aus Parteilos zusammen. Damit war ein gewisses Maß an Objektivität und politischer Neutralität garantiert. Als bei den kürzlich in einigen Betrieben vorgenommenen Betriebsrätewahlen die SED stark an Einfluß verlor, während LDP und CDU vielerorts die Mehrheit bekamen, griffen Besatzungsmacht und SED ein. So wie man die Gemeindewahlen verboten hat, um eine Niederlage der SED zu verhindern, ordnete man auch eine Verschiebung der noch fälligen Betriebsratswahlen an. Jetzt geht man noch einen wesentlichen Schritt weiter, zerschlägt, wie seinerzeit die Nationalsozialisten, die Betriebsräte und zwingt den Betrieben die Diktatur der SED-gesteuerten Betriebsgewerkschaftsleitungen auf. „Wir befinden uns in einem Strom“, so tönte Gess-

ner in seinem heutigen Abendkommentar, „in einem Strom, der zum Sozialismus führt.“

Ich fürchte, daß die SMA unsere Partei bis zum Frühjahr 1949 zerschlagen wird. Diese Auffassung vertraten auch die sächsischen Delegierten unseres Zonenjugendausschusses, Ruth E. und Eberhard Hönig, als wir im Anschluß an unsere Sitzung das Mittagessen einnahmen. Frl. E. hatte vor dem Ausschuß über die letzte Sitzung des Zonenvorstandes am 30. Oktober berichtet: Dr. von Stoltzenberg habe dort die Parteijugend für angeblich entstellte Veröffentlichungen in der Westpresse über die Wahlalter-Debatte in der LDP verantwortlich gemacht. Andere Vorstandsmitglieder hätten uns jedoch in Schutz genommen und erklärt, die Indiskretion sei durch Unvorsichtigkeit eines Volksratsmitgliedes zustande gekommen. Zuvor hatten wir im Jugendausschuß mehrheitlich den Delegierten des Landesverbandes Mecklenburg, Arno Esch, für den Hauptausschuß der Partei vorgeschlagen. – Ruth E. erzählte uns bei Tisch den neuesten Zonenwitz: „Die Ostzone wird beherrscht von G-rotewohl, P-ieck und U-lbricht, aber nur von ihren ersten Buchstaben!“

Dienstag, den 23. November 1948

Heute vormittag um 11 Uhr wurden in der Brandenburger Straße die ersten „freien Läden“ der volkseigenen Handelsorganisation (HO)⁷⁸ eröffnet. Vor dem Lebensmittelgeschäft wartete eine lange Schlange Kauflustiger, während die Läden für Textilien, Schuhe und Kurzwaren nur wenig besucht waren. Aber wer kann schon die Wucherpreise bezahlen? Wie die Tagespost heute morgen berichtet, läßt die Eröffnung der „freien Gaststätte“⁷⁹ im „Café Börse“ noch etwas auf sich warten. Kommentar der Berliner Zeitung „Sozialdemokrat“ zur Eröffnung der Staatsläden am 17. November: „Der Staat übernimmt das Schieben im großen, damit den kleinen Schiebern nichts mehr zum Schieben bleibt.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Donnerstag, den 25. November 1948

Keine Tagung in der Zone ohne viele Worte über den „Zweijahresplan“. Auch der 2. Landeskongreß der Volksbühne⁸⁰, seit gestern im Kulturbundhaus in der Mangerstraße tagend, ließ dieses beliebteste SED-Thema nicht aus. Schon in der Begrüßungsansprache des Landtagspräsidenten Ebert war davon und vor allem von den Hennecke-Aktivisten zu hören. Ebert beklagte, daß Hennecke täglich Hunderte von Drohbriefen aus der Arbeiterschaft erhalte, ja, man habe dem deutschen Stachanowisten sogar die Fensterscheiben eingeworfen.

Im übrigen verbreitete sich Herr Ebert des längeren über seine Erfahrungen, die er von einer kürzlichen Moskaureise mitgebracht hatte. Er be-

richtete von einem diplomatischen Empfang Molotows, zu dem auch eine Delegation des Deutschen Volksrates eingeladen war. Der sowjetische Außenminister habe dabei die Zonenfunktionäre demonstrativ bevorzugt und erklärt, die Sowjetunion werde alles daran setzen, um die Erfüllung der Potsdamer Beschlüsse zu erreichen. „Wenn wir wollen“, so rief Ebert aus, „daß die Erklärungen Molotows zur Tat werden, dann vernichten wir das Gift der antibolschewistischen Hetze gegen die Sowjetunion!“

Nach Ebert sprach Minister Rücker. Er forderte für die Volksbühne das „zeitnahe Stück“ und eine „ideologische Schulung im fortschrittlichen Sinne“. Ein bemerkenswert liberales Hauptreferat hielt Dr. Falk Harnack. Er ging zunächst auf das deutsche Theater in der Nazizeit ein. Es sei wesentlich eine „Traumfabrik“ gewesen und als Propagandainstitut mißbraucht worden. Zugleich aber habe das Theater im Dritten Reich dem Ästheten eine Flucht aus der Gegenwart ermöglicht. Aber ein totalitärer Staat verlange die bedingungslose Anerkennung seiner Ideologie, seiner Weltanschauung. Darum sei ein solcher Staat der Tod des Dramas, das nur auf freigeistigem Boden gedeihen könne (!). Der neue Weg des Theaters? Man dürfe nicht „aus Gründen der Nützlichkeit“ vorzugsweise Dramen der jeweiligen Besatzungsmacht aufführen, sondern müsse wieder zum deutschen Kulturerbe vorstoßen. „Wir brauchen Werke, die den ganzen Menschen angehen, die ihn erziehen (ohne erhobenen Finger) zur Menschlichkeit und Menschenwürde.“ Was also solle man spielen? Die Abrechnung mit der Vergangenheit und das Zeitstück auf der einen, Ablenkung und Entspannung auf der anderen Seite seien nur ein Teil der Spielplangestaltung der Volksbühne. Die erste Aufgabe sei es, an die deutsche Klassik anzuknüpfen und darauf aufzubauen.

Später ging Harnack auf die Angriffe gegen den „Formalismus“ ein. Hier wäre Zurückhaltung geboten. Bühnenwerke müßten gekonnt sein, und daran fehle es leider bei vielen Werken der Nachkriegszeit. Zu Sartre, Cocteau und den Existenzialisten bemerkte H., es sei zwar fraglich, ob deren Philosophie irgend jemand hilfreich sein könne. Dennoch hätten wir die Pflicht, uns mit diesen Werken auseinanderzusetzen. Bei der sowjetischen Dramatik handle es sich um eine Stabilisierung einer neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung. Eine Auseinandersetzung mit allem „Progressiven“ draußen in der Welt sei dringend erforderlich.

Allerdings dürfe man nicht sklavisch die Entwicklung des ausländischen Theaters übernehmen. Das Theater sei niemals Selbstzweck, sondern geistiger Ausdruck der seelischen Haltung eines Volkes. – Später, am Mittagstisch, bekannte Rücker, ihm habe dieses Referat gar nicht gefallen. Das dürfte wohl auch von meiner Begrüßungsrede gelten, in der ich von der Volksbühne politische Neutralität forderte, weil „ein weltanschaulicher Abschluß nur eine Verarmung bedeuten würde“. Nicht eine Parteigruppe, nicht eine genossenschaftliche Vereinigung, sondern die Gesamtheit der Mitglieder dieses Vereins solle Träger der Besucherorganisation

und Toleranz oberster Grundsatz ihrer Arbeit sein. – Davon aber war, von Harnacks Referat abgesehen, auf diesem Kongreß nichts zu spüren.

Sonnabend, den 27. November 1948

Gestern wieder einmal auf der SMA. Kapitän Zerebrennek hatte viel zu fragen. Ich bemühte mich um nichtssagende Antworten und spürte Mißtrauen bei meinem sowjetischen Gesprächspartner. Die Sowjets möchten viel über mich wissen. Jeder meiner Freunde, der zur SMA muß, bekommt mich betreffende Fragen. Z. verlangte gestern von mir, ihm bis Montag eine Stellungnahme zum Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates abzuliefern. Das kann er haben, vielleicht hilft's ihm weiter. Das ist jedenfalls besser, als wenn sich Z. seine Informationen über die Chefsekretärin des Landesverbandes, Frl. T., besorgt, die in der SMA ein- und ausgeht und durch ihre Nervosität, Fahrigkeit und Vergeßlichkeit ein permanentes Sicherheitsrisiko für alle Mitglieder der Landesleitung darstellt.

Sonntag, den 28. November 1948

Die Russen brauchen ständig junge Männer für die Arbeit in den Uranbergwerken von Aue.⁸¹ Wie bekannt wurde, muß Potsdam auf Befehl der SMA sofort 140 Arbeiter für Aue stellen. Heute morgen bekamen die „Auserwählten“ vom Arbeitsamt eine Karte zugeschickt, die sie zu einer Tauglichkeitsuntersuchung am kommenden Mittwoch auffordert. Auch Gerhard W. erhielt einen solchen „Gestellungsbefehl“. Er berichtete mir heute, die meisten künftigen Uranarbeiter suchten bereits vor der Untersuchung das Weite, ein weiterer Teil nach der Untersuchung. Von dem noch verbliebenen Rest verdrückten sich einige während des Transports oder sogar noch nach der Ankunft in Aue. Ein Angestellter des Arbeitsamtes habe ihm erzählt, daß von 140 Zwangsarbeitern höchsten zehn bis zwanzig tatsächlich im Bergwerk landeten. Das seien dann aber Leute, die sich gewissermaßen freiwillig für diese Arbeit zur Verfügung stellten.

In der ersten Zeit gingen diese Aushebungen entschieden einfacher vor sich: die Russen ließen die erforderliche Anzahl von Männern verhaften und transportierten sie nach Aue. Auf den Einspruch der Parteien hin seien sie von diesem zweifellos praktischen und zeitsparenden Verfahren inzwischen abgegangen.

Heute arbeitete ich an dem Bericht für Zerebrennek. Nach einer allgemeinen Bewertung des Verfassungsentwurfs und einer Betrachtung einzelner Artikel, die für die Jugend besonders wichtig sind, schrieb ich abschließend: „Wir jungen Liberaldemokraten vertreten die Ansicht, daß das Entscheidende jeder Verfassung der Geist ist, der sie erfüllt und mit dem sie angewendet wird. Die beste Verfassung nützt nichts, wenn nicht alle Menschen sie in wahrhaft demokratischem Geist verwirklichen und der Versuch irgendwelcher Gruppen, die Verfassungsartikel in *ihrem* Sinn

auszudeuten, zum Scheitern verurteilt ist. Die Erfahrungen von Weimar sollten uns eifersüchtig darüber wachen lassen, daß niemand mehr in Deutschland mit einer demokratischen Verfassung Mißbrauch treiben kann.“ Das wird dem Kapitän kaum schmecken.

Mittwoch, den 1. Dezember 1948

Moskau hat alle Vorbereitungen für die Berliner Wahlen am 5. Dezember getroffen. In Erwartung einer klaren Niederlage der Kommunisten hat der Kreml im russisch kontrollierten Ostsektor schnell einen Marionettenmagistrat eingesetzt und damit das Viermächteabkommen über Berlin und die Berliner Verfassung auf die drastischste Weise verletzt. Oberbürgermeister dieses Magistrats von Moskaus Gnaden wurde Brandenburgs Landtagspräsident Friedrich Ebert. Das ereignete sich am Dienstag. Gestern besuchte ich zusammen mit de Vries eine Wahlversammlung des legalen Berliner Landesverbandes der LDP⁸² im Friedenauer Lichtspielhaus. Der Theatersaal war überfüllt. Es sprach der Landesvorsitzende C.-H. Schwennicke. Sein Thema: Der Kampf der Berliner gegen den Bolschewismus und die Wahlen am kommenden Sonntag in den Westsektoren. Schwennicke sprach außerordentlich scharf und polemisch, aber er riß das Publikum mit. Seine Ausführungen wurden immer wieder von lebhaften Beifallskundgebungen unterbrochen. Hier spürte man, was die Berliner über die jüngsten Ereignisse wirklich denken. Wenn wir doch in der Zone einmal unsere Meinung so offen sagen könnten wie dieser Herr Schwennicke hier in Friedenau!

Montag, den 6. Dezember 1948

Berlin hat gewählt und Moskau (und seiner SED) eine gehörige Abfuhr erteilt.⁸³ Die Wahlbeteiligung war sehr hoch: fast 87%. Klar in Führung liegt die SPD. Der Berliner Landesverband unter Schwennicke konnte einen beachtlichen Stimmenzuwachs verzeichnen. Gewiß haben aber nicht alle Berliner, die der SPD gestern ihre Stimme gaben, damit ein „unmißverständliches Bekenntnis zu einer sozialistischen Zukunft“ Berlins abgeben wollen, wie der „Sozialdemokrat“ in seiner heutigen Ausgabe kühn behauptet. Viele wählten wohl nur deshalb die Sozialdemokraten, weil diese am radikalsten ihre Stimme im Kampf gegen den Kommunismus erschallen ließen und es verstanden, die Massen mit von Demagogie nicht ganz freier Propaganda in Bewegung zu bringen.

Das kommunistische „Radio Berlin“ hat gestern und heute den ganzen Tag gegen die „Spalterwahlen“ gegeistert. Dabei haben sie die Lage wieder einmal völlig falsch eingeschätzt. Noch am Sonntag schrieb die kommunistische „Berliner Zeitung“: „Die Berliner in den Westsektoren kämpfen, indem sie der Wahl fernbleiben. Sie lassen die Spalter und Kriegstreiber mit ihrem engsten Anhang allein!“ Denkste!

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes Brandenburg an die SMA in Potsdam:

„Mit Beunruhigung verfolgten unsere Mitglieder im Berichtsmonat (November) die Artikel der SED-Presse und die Referate maßgeblicher Persönlichkeiten dieser Partei über die Ziele der SED. Die offene Propagierung der Diktatur des Proletariats als höchste Form der Demokratie, die Äußerungen, daß die Privatwirtschaft der letzte Hort der Ausbeutung der Werktätigen sei, die gewaltsame Wiedergeburt des Klassenkampfgedankens und schließlich der von der SED betriebene Kampf gegen die Großbauern als die Klassenfeinde des Dorfes beschäftigen ernsthaft unsere Mitglieder und erfüllt sie mit großer Sorge. Man sieht allgemein in diesen Bestrebungen einen gewissen Widerspruch zu der Verfassung und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Besatzungsmacht den breiten Massen, die sich nicht zur SED bekennen, ihre Unterstützung gegen autoritäre Bestrebungen nicht versagen wird, zum Schutze der Demokratie und im Interesse der Einheit Deutschlands ...

Die öffentliche Aufmerksamkeit war ferner in dem Berichtsmonat auf die Entlassungen gerichtet, die in der Verwaltung durchgeführt wurden. An einzelnen Stellen wurde bemängelt, daß Mitglieder der LDP entlassen wurden, dagegen parteilose Angestellte bei gleicher beruflicher Qualifikation in ihren Amtsstellen verblieben.“

Mittwoch, den 8. Dezember 1948

Heute zum ersten Mal zu einer Aufnahme im Berliner Rundfunkhaus in der Masurenallee. Ich nahm mit Rudolf Bätcher an einem Streitgespräch über das Thema „Sollen wir mit 18 Jahren wählen?“ teil. Kontrahenten waren eine junge FDJ-Funktionärin sowie zwei Vertreter der „Jungen Welt“ des „Berliner Rundfunks“. Es wurde eine lebhafte Diskussion. Rudi hielt sich etwas zurück, er hat momentan politische Schwierigkeiten. Wir diskutierten eine halbe Stunde. Mein Eindruck: Rudi und ich haben die Kommunisten zumindest zeitweilig in die Defensive gedrängt. Sie bekamen zwar noch während der Debatte Verstärkung durch den Redakteur der Sendung, der mit sichtlicher Sorge dem Ablauf des Gesprächs gefolgt war. Aber wir Liberaldemokraten fühlten uns als die moralischen Sieger dieses Gefechts.

Sonntag, den 12. Dezember 1948

Auf einer Arbeitstagung des Landesverbandes sprachen am Sonabend der geschäftsführende Vorsitzende der Partei, Dr. Karl Hamann, und Professor Hermann Kastner vor mehr als 200 Funktionären der Kreis- und Ortsverbände. Ihre Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß unsere Partei neue Wege beschreiten muß, wenn sie weiterhin nicht nur existieren, sondern auch in verstärktem Maße Einfluß auf die politische Gestaltung der Ostzone gewinnen will. Überwindung des liberalen Konservatismus und Anpassung an die gegebenen Verhältnisse, das sei der Weg, um unsere Partei stark und schlagkräftig zu machen. Kastner schien viele seiner Feinde durch ein brillantes Referat und seine Persönlichkeit überzeugt zu haben. Er verblüffte mit schlagfertigen Antworten auf Zwischenrufe,

die ihn festnageln und in Verlegenheit bringen wollten. Hamann sprach sehr ruhig und sachlich, von hoher geistiger Warte her, und wurde so von der Mehrzahl seiner Zuhörer wahrscheinlich nicht richtig verstanden. Aber der Beifall war langandauernd und herzlich.

Hinterher ein Gesellschaftsabend in den Räumen des Kulturbundes in der Mangerstraße. In der alten Villa aus der Gründerzeit ein fürchterliches Gedränge. Eine kleine Tanzkapelle spielte bis 5 Uhr früh, der Alkohol floß in Strömen. Erst heute morgen um sieben verabschiedete ich mich von meinen Freunden. Wir gingen voll Optimismus und mit dem festen Entschluß auseinander, Hamann und Kastner in ihrer Politik tatkräftig zu unterstützen.

Sonntag, den 19. Dezember 1948

Die Lage unserer Partei wird immer kritischer. Es gab neue Verhaftungen. Der Kreisvorsitzende von Spremberg, Paul Müller⁸⁴, wurde das jüngste Opfer. In Leipzig hat die SMA den gesamten Vorstand des größten Bezirksverbandes der Ostzone abgesetzt, nachdem zahlreiche Verhaftungen vorangegangen waren. Dr. von Stoltzenberg wurde inzwischen kommissarisch mit der Führung des Bezirksverbandes beauftragt. Das kostet uns sicherlich Mitglieder, denn Stoltzenberg ist in Parteikreisen wegen seiner angeblich sowjethörigen Einstellung verhaßt. Aber vielleicht ist er nur ein zweiter Kastner, dessen Parteiausschluß von zahlreichen Mitgliedern gefordert wird und dem man – nach eigenen Aussagen – das Schicksal Rathenau⁸⁵ angedroht haben soll.

Mittwoch, den 29. Dezember 1948

Friedrichroda: Seit zwei Tagen im Thüringer Wald. Ich hatte mich Mitte des Monats zu einem Erholungsaufenthalt in der hiesigen Landespartei-schule angemeldet, doch die Sache lief nicht so glatt wie erwartet.⁸⁶ Am 27. Dezember fuhr ich mit dem D-Zug von Berlin über Wittenberg – Halle – Naumburg nach Erfurt und von dort mit dem Personenzug über Gotha nach Fröttstädt. Inzwischen war es dunkel geworden, und von Fröttstädt nach Waltershausen ging kein Zug mehr. Ich nahm also meinen Koffer und marschierte auf verschneiter Landstraße nach Waltershausen, erreichte dort die Waldbahn und gelangte schließlich gegen neun Uhr abends ans Ziel. Aber die im Waldhaus „Karin-Sigrid“ untergebrachte Parteischule war geschlossen. Der Erholungsaufenthalt, so bedeutete man mir, war abgeblasen, weil die Schule am 1. Januar ihre Pforten endgültig zumachen werde und die meisten Feriengäste abgesagt hätten. Ein Nachtquartier wurde mir aber vergönnt.

Seit Donnerstagsmorgen lebe ich im Sanatorium Tannenhof. Das Zimmer (Untersuchungszimmer) mit Vollpension kostet nur sieben Mark. Die Gäste des Tannenhofs sind überwiegend Ehepaare. Ein Juristenehepaar

mit erwachsener Tochter, ein sympathischer Abteilungsleiter der Ostzonenpolizei mit Frau, ein junges Architektenehepaar und so fort. Über Politik wird nicht gesprochen, allenfalls andeutungsweise. Wir vertreiben uns die Zeit mit Wandern und Gesellschaftsspielen. Man lebt hier wie auf einer Insel, in einer ruhigen, verschneiten Winterlandschaft. Für die Gäste des Tannenhofs ist ein paar Tage lang die bürgerliche Welt noch in Ordnung.